

50. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. November 2013

Inhalt

Armutsbekämpfung neu denken: Enquete-kommission einsetzenAntrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2013
(Drucksache 18/958)

Abg. Röwekamp (CDU)	3569
Abg. Möhle (SPD)	3572
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	3573
Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen)	3575
Abg. Röwekamp (CDU)	3578
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	3580
Abg. Möhle (SPD)	3580
Abg. Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen)	3582
Abg. Rupp (DIE LINKE)	3583
Senatorin Stahmann	3584
Abstimmung	3587

Lampedusa muss ein Wendepunkt für Europa sein!Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 7. November 2013
(Drucksache 18/1119)

Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen)	3587
Abg. Timke (BIW)	3588
Abg. Frau Grobien (CDU)	3589
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	3591
Abg. Frau Mahnke (SPD)	3591
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	3593
Senator Mäurer	3594
Abstimmung	3595

Betriebe der Erneuerbaren-Energie-Branche bei Kurzarbeit unterstützenAntrag der Fraktionen der SPD und
Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. August 2013
(Drucksache 18/1011)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 28. August 2013

(Drucksache 18/1043)

Abg. Reinken (SPD)	3596
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)	3597
Abg. Kastendiek (CDU)	3598
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE)	3599
Staatsrat Dr. Heseler	3600
Abstimmung	3601

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die GrunderwerbsteuerMitteilung des Senats vom 9. Juli 2013
(Drucksache 18/994)

2. Lesung	3601
-----------------	------

Gesetz zur Änderung des Vorbereitungs-dienst-ZulassungsgesetzesMitteilung des Senats vom 1. Oktober 2013
(Drucksache 18/1079)

1. Lesung	
2. Lesung	3602

Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel verbessernMitteilung des Senats vom 8. Oktober 2013
(Drucksache 18/1085)

.....	3602
-------	------

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22
vom 6. November 2013**

(Drucksache 18/1118) 3602

Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache 18/1124) 3603

Bremen braucht einen „Masterplan Bildung“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2013
(Drucksache 18/1065)

Abg. Dr. vom Bruch (CDU) 3603
Abg. Güngör (SPD) 3606
Abg. Frau Dogan (Bündnis 90/Die Grünen) 3607
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) 3610
Abg. Dr. vom Bruch (CDU) 3612
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) 3613
Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt 3613
Abstimmung 3614

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Dezember 2012
(Drucksache 18/683)

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Bericht der staatlichen Deputation für
Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 9. August 2013
(Drucksache 18/1012)

Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) 3615
Abg. Reinken (SPD) 3616
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen) 3617
Abg. Kastendiek (CDU) 3618
Senator Günthner 3619
Abg. Frau Bernhard (DIE LINKE) 3619
Senator Günthner 3621
Abstimmung 3622

Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1018)

Abg. Hinners (CDU) 3622

Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) 3623
Abg. Frau Schmidtke (SPD) 3624
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) 3625
Abg. Dr. Korol (BIW) 3626
Abg. Hinners (CDU) 3627
Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) 3628
Staatsrat Münch 3628
Abstimmung 3630

Wissenschaftsfinanzierung neu ordnen: mehr Verantwortung des Bundes bei der Forschung und mehr Chancen der Länder in der Grundfinanzierung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 13. August 2013
(Drucksache 18/1017)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 3630
Abg. Tsartilidis (SPD) 3631
Abg. Frau Grobien (CDU) 3631
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE) 3632
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 3633
Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt 3633
Abstimmung 3634

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union wirkungsvoll bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1019)

Abg. Frau Grobien (CDU) 3634
Abg. Frau Mahnke (SPD) 3635
Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen) 3636
Abg. Tuncel (DIE LINKE) 3638
Senator Günthner 3638
Abstimmung 3639

„Pflege braucht ein Gesicht“ – Pflegebeauftragten einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1020)

Abg. Bensch (CDU) 3640
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 3640
Abg. Brumma (SPD) 3642
Senatorin Stahmann 3642
Abstimmung 3643

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Güngör, Frau Hoppe, Frau Peters-Rehwinkel,
Frau Ryglewski, Saffe, Schmidtman, Seyrek, Strohmänn.

Präsident Weber

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Grotheer

Vizepräsidentin Schön

Schriftführerin Mahnke

Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senator für Gesundheit **Dr. Schulte-Sasse**

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Härtl** (Senator für Gesundheit)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Münch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat Professor **Stauch** (Senator für Justiz und Verfassung und
für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 50. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Roland zu Bremen Oberschule, Studierende des ersten Semesters des Internationalen Studiengangs Politikmanagement der Hochschule Bremen und Teilnehmer der TERTIA Berufsförderung GmbH. – Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die interfraktionellen Absprachen können Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 9.00 Uhr, entnehmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch darauf aufmerksam machen, dass heute um 13.00 Uhr auf dem Marktplatz eine Veranstaltung der „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ stattfindet. Bürgerschaft, Senat, Parteien und Amnesty International wollen gemeinsam die Todesstrafe öffentlich ächten. Zur Kundgebung kommen auch Stelzenläufer, die die Straßenlampen schwarz verhüllen werden. Sowohl Erhard Mische von Amnesty International als auch der Präsident der Bremischen Bürgerschaft werden eine kurze Ansprache halten. Es ist geplant, Petitionslisten „Gegen Todesstrafe“ auszulegen. Ihre Teilnahme beziehungsweise Anwesenheit an dieser Veranstaltung wird gewünscht.

(B)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Armutsbekämpfung neu denken: Enquete-kommission einsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Juni 2013
(Drucksache 18/958)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp, Fraktion der CDU.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag begehrt die CDU-Fraktion die Einsetzung einer Enquetekommission, also eines Gremiums der Bremischen Bürgerschaft, das paritätisch besetzt werden soll mit Abgeordneten unseres Hauses sowie von uns benannten externen Sachverständigen. Die Enquetekommission soll sich

nach unserem Antrag mit den Fragen der Armut in den beiden Städten unseres Landes befassen. (C)

Warum das Thema Armut? Die Antwort auf die gesellschaftliche Relevanz dieser Fragestellung ergibt sich aus dem Armuts- und Reichtumsbericht des Senats aus dem Jahr 2009. Damals wurde erstmalig umfangreich auch statistisch erhoben, welches Ausmaß und welche Folgewirkungen die Armut in unserem Land, in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven, haben. Damals stellte der Senat fest, dass 129 000 bis 179 000 Menschen vom Armutsrisiko betroffen sind. Diese beträchtliche Zahl von Menschen in den beiden Städten unseres Landes ist von Armut bedroht oder lebt von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Damals wurde festgestellt, dass 60 000 Menschen in 30 000 Haushalten von Überschuldung betroffen sind. Es wurde ermittelt, dass wir 112 000 Beziehende von Transferleistungen mitten in unserer Gesellschaft haben. Ermittelt wurde, dass jedes dritte Kind unter 15 Jahren Leistungen nach dem SGB II, also staatliche Transferleistungen, bekommt. 41 000 Menschen waren 2009 von Arbeitslosigkeit betroffen. Wie wir zwischenzeitlich durch Studien der Arbeitnehmerkammer wissen, überwiegend Langzeitarbeitslose. 9 Prozent der Kinder haben 2009 ohne jeden Abschluss unsere staatlichen Schulen verlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser vom Senat erstellte Bericht zeichnet ein düsteres Bild über die Lebenslagen vieler Menschen in Bremen und Bremerhaven. Gleichzeitig sind in dem betreffenden Zeitraum, aber auch im vergangenen Jahrzehnt, die Aufwendungen für unsere staatlichen Leistungen, für Transferleistungen, dramatisch gestiegen. 2009, also im Berichtsjahr des Armuts- und Reichtumsberichts, wandten wir aus unserem Haushalt hier in Bremen 814 Millionen Euro ausschließlich für staatliche Transferleistungen auf. Darin sind die zusätzlichen Folgekosten von Armut, wie beschäftigungspolitische Aktionsprogramme, wie Hilfs- und Beratungsangebote, wie Leistungen für Zuwendungsempfänger, die sich um die Folgen der Armut auch in den Stadtteilen kümmern, noch nicht enthalten. (D)

2013, also für dieses Jahr – vier Jahre später –, hat der Senat die Aufwendungen für diese Leistungen mit 976 Millionen Euro veranschlagt. Das entspricht einer Steigerungsrate von 20 Prozent in nur vier Jahren. Nimmt man einen längeren Zeitraum, beispielsweise von 2001 bis 2011, stellt man fest, dass sich die Leistungen um mehr als 45 Prozent erhöht haben. Analysiert man diese Zahlen noch genauer, ergibt sich beispielsweise, dass sich die Hilfen für junge Menschen und Familien in diesem Zeitraum verdoppelt haben. Die Leistungen zur Existenzsicherung haben sich verdoppelt. Die Hilfen für Sucht-, Drogen- und psychisch Kranke haben sich sogar verdreifacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Senat rechnet in seiner Finanzplanung damit, dass wir

(A) voraussichtlich im nächsten Jahr allein für die Transferleistungen die Schwelle von einer Milliarde Euro erreichen werden.

Was sind die Folgen dieser festgestellten Armutslagen aus dem Jahr 2009? Was hat sich in der Zeit seit 2009 für die von Armut betroffenen Menschen in Bremen und Bremerhaven geändert? Hat sich ihre Lage vielleicht verbessert? Die Statistik kommt zu ähnlichen Ergebnissen wie 2009. In Bremen und Bremerhaven sind unverändert 21,3 Prozent der Menschen – und damit jeder Fünfte – vom Armutsrisiko betroffen. Das betrifft 139 000 Menschen in Bremen und Bremerhaven. 14 Prozent der Haushalte sind überschuldet. Das betrifft 2013 76 000 Menschen. Die Quote der Leistungsbezieher hat sich in den letzten vier Jahren nicht verringert. Die Arbeitslosigkeit liegt mit einem Spitzenwert von 10,7 Prozent im Land noch immer an der Spitze aller deutschen Länder, nur in Berlin sind noch mehr Menschen arbeitslos als in Bremen und Bremerhaven. 8 Prozent – 1 Prozent weniger als 2009, aber immer noch 8 Prozent – der Schülerinnen und Schüler verlassen ohne irgendeinen Abschluss unsere staatlichen Schulen, und immer noch lebt jedes dritte Kind in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und ist damit von staatlichen Transferleistungen abhängig.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die CDU-Fraktion steht daher fest: Die Lebenslage der von Armut betroffenen und von Armut bedrohten Menschen in Bremen und Bremerhaven hat sich seit dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht des Senats nicht verbessert. Die Lage hat sich sogar noch verschärft.

Welche Schlussfolgerungen wurden aus dem Bericht im Jahr 2009 gezogen? Welche Handlungen wurden empfohlen? Auf welche Armutsbekämpfungsstrategien hat man sich seinerzeit verständigt?

Als Ziel wurde ausgegeben, die Beschäftigungsquoten zu erhöhen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Es wurde gefordert, die Überschuldung von privaten Haushalten zu verhindern. Die Lage hat sich, wie sich aus den Zahlen ablesen lässt, verschlimmert. Es wurde vereinbart, Arbeitslosigkeit auch präventiv, durch gute Ausbildung und Qualifikation, zu vermeiden. Die Zahlen zeigen, dass dieses Ziel nicht erreicht worden ist. Es wurde vereinbart, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die jüngste Studie der Arbeitnehmerkammer belegt, dass das nicht gelungen ist. Es wurde vereinbart, die Quote der Schulabbrecher von 9 auf 4,5 Prozent zu halbieren. Hier gibt es eine kleine, geringfügige Verbesserung, meine Damen und Herren, aber das Ziel wurde, auch wenn es ehrgeizig war, nicht erreicht.

Für die CDU-Fraktion steht daher fest: Mit den bisher zum Einsatz gebrachten Mitteln und Werkzeugen und auch mit den Zielen aus den Beratungen des Armuts- und Reichtumsberichts des Jahres 2009 lassen sich die Lebenslagen der von Armut betroffenen und

von Armut bedrohten Menschen in Bremen und Bremerhaven eben nicht bekämpfen. Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Neuausrichtung unserer Politik der Bekämpfung von Armut in Bremen und Bremerhaven!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Dabei bekenne ich für die CDU-Fraktion: Ja, wir haben keine Patentantwort, wir können Ihnen nicht sagen, vorschlagen und einen Kriterienkatalog entwickeln, was wir anders und wie wir es besser machen würden, und wir können Ihnen solche Erfolge auch nicht versprechen. Aber eines können wir Ihnen versichern: Mit den bisherigen Mitteln und der Fortschreibung der bisherigen Politik ist den Menschen in Bremen und Bremerhaven eben nicht geholfen.

(Beifall bei der CDU)

Ein „Weiter so!“ in der Frage, wie wir die Armut bekämpfen, darf es daher nicht geben. Wir werben als CDU-Fraktion dafür, dass wir uns fraktionsübergreifend mit externem Sachverstand den Problemlagen dieser Menschen nähern, uns neu besinnen und fernab von Ideologien, Parteiprogrammen und bisherigen politischen Verantwortungen die Bekämpfung der Armut zur Chefsache im Parlament machen. Das ist unser Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns, bevor wir den Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission gestellt haben, natürlich, wie Sie alle, in Bremen und Bremerhaven umgetan; in Einrichtungen der, wie es so schön heißt, sozialen Fürsorge, in Einrichtungen der Qualifizierung am Arbeitsmarkt, in Fortbildungs- und Ausbildungseinrichtungen, in Schulen. Ich habe viele solcher Einrichtungen persönlich besucht. Das hat dazu geführt, dass man selbst die eine oder andere Einstellung zur Armut geändert hat. Ich habe bisher fest daran geglaubt, dass wir in unserer Wohlstands- und Leistungsgesellschaft jeden dazu ermuntern und jedem dazu verhelfen können, durch eigene Anstrengungen von der eigenen Hände Arbeit leben zu können. Für mich hat sich die Gewissheit verfestigt, dass es bei den hohen Ansprüchen, der hohen Verdichtung am Arbeitsmarkt und dem riesigen Erfolgsdruck, den wir in unserer erfolgreichen Wirtschaft haben, nicht gelingen wird, jeden, der von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen ist, in unsere Arbeitswelt zu integrieren.

(Zuruf des Abg. W i l l m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen])

Aber, Kollege Willmann, viel wichtiger ist, dass wir uns dazu bekennen, in unserer Wohlstandsgesellschaft

(A) mit der Armut würdevoll umzugehen. Wer schon in Armut leben muss, hat einen Anspruch darauf, dass die Gesellschaft dieser Armut mit Würde begegnet und ihm als Mensch diese Würde auch zukommen lässt.

(Beifall bei der CDU)

Was nützt es dem Ein-Euro-Jobber in einem Arbeitslosen-Café in einem benachteiligten Stadtteil, der sich mit seiner Arbeit in diesem Café identifiziert und für sich sagt: „Das ist die Aufgabe, die ich mir jeden Tag stelle und die ich bewältige und die meinem Leben einen Sinn gibt!“, wenn wir ihm sagen: „Das kannst du aber nur befristet machen, und nach maximal einem Jahr, vielleicht schon nach einem halben Jahr erwarten wir von dir, dass du dich zu einem Kursus für Bewerbungstraining erneut vorstellst; weise uns das bitte nach, und wir helfen dir dabei, wenn du wieder 30 Bewerbungen schreibst!“

Meine Damen und Herren, was löst das bei einem solchen Menschen eigentlich aus? Er weiß genau wie wir, dass dieses Bewerbungstraining keinen Erfolg haben wird. Er weiß genau wie wir, dass es ihm nicht helfen wird, am ersten Arbeitsmarkt perspektivisch eine Lebensstellung zu finden. Deswegen, so denke ich, stellen sich Fragen, die weit über die Zuständigkeit unseres Bundeslandes hinausgehen, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir diese Menschen in ihrer Würde, in ihrer Arbeitslosigkeit und in ihrer sozialen Notlage unterstützen wollen. Sie unter Druck zu setzen, ihnen immer wieder zu sagen: „Du musst dich anstrengen, du musst zusätzliche Qualifikationen erwerben, du musst dich am Arbeitsmarkt bewerben, du musst dich frustrieren lassen, indem du wieder Absagen bekommst“, meine Damen und Herren, einen solchen Weg halten wir als CDU-Fraktion für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet nicht, dass wir Perspektivlosigkeit akzeptieren wollen. Aber das bedeutet, dass die Menschen, die unverschuldet in Armut leben müssen, einen Anspruch darauf haben, dass ihnen in Würde begegnet wird.

Meine Damen und Herren, wir sind als Bremer CDU nicht alleine mit unserer Forderung nach Einrichtung einer Enquetekommission. Die nationale Armutskonferenz fordert die Einsetzung einer Enquetekommission, um – Zitat – „Handlungsempfehlungen und Umsetzungsstrategien zur Armutsbekämpfung auszuhandeln“. Nächste Woche findet auf Veranlassung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen, die erste Bremer Armutskonferenz hier in Bremen statt, auch mit der Erwartung, dass endlich Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die unstreitig im Armuts- und Reichtumsbericht des Senats festgestellten Sachverhalte aufzuarbeiten und Armut wirksam zu bekämpfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Armut ist aus Sicht der CDU-Fraktion das wichtigste gesellschaftspolitische Thema, das uns in Bremen und Bremerhaven in den nächsten Monaten begegnen wird.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen werben wir dafür, dass wir die Kräfte, die wir bisher vereinzelt in der Arbeitsmarktpolitik, in der Sozialpolitik auf Bundes- und Landesebene eingesetzt haben, bündeln und dieser besonderen Problemlage in den beiden Städten unseres Landes begegnen. Wir haben eine Verantwortung, weil nirgendwo in Deutschland die Armutslage so dramatisch ist wie in unseren beiden Städten. Wer, wenn nicht wir in Bremen und Bremerhaven, kann einen übergreifenden Ansatz finden, um diesen Menschen in ihren Lebenslagen wirklich zu helfen?

(Beifall bei der CDU)

Warum eine Enquetekommission? Ich weiß aus einem Schriftverkehr der Sozialsenatorin mit dem Beirat in Horn-Lehe, dass sie auf die Erstellung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts verweist. Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten: Führen Sie sich die Erfolge des ersten Armuts- und Reichtumsberichts noch einmal vor Augen! Der Analyseteil war erschreckend, aber er war erhellend. Das, was an politischen Konsequenzen gezogen worden ist, das, was an Maßnahmen entwickelt worden ist, und das, was an Erfolgen erreicht worden ist, hat den Menschen gerade nicht geholfen. Warum soll der zweite Bericht erfolgreicher sein als der erste? Deswegen sagen wir: Mit den bisherigen Instrumenten werden wir die Armut nicht dauerhaft und nachhaltig bekämpfen können.

(Glocke)

Herr Präsident, lassen Sie mich noch kurz drei Sätze sagen. Warum eine Enquetekommission? Was ist eigentlich der besondere Bedarf für eine Enquetekommission?

Zunächst einmal möchte ich gratulieren. Paragraph 68 a unserer Geschäftsordnung hat letzte Woche, am 7. November, seinen 34. Geburtstag gefeiert. Seit 34 Jahren gibt es die Möglichkeit, dass das Parlament, dass der Souverän, sich mit externem Sachverstand Themen widmet, die von sehr grundsätzlicher Bedeutung sind, die fraktionsübergreifendes und extern beratendes Handeln erforderlich machen. Aber er hat es noch nicht ein einziges Mal getan. In 34 Jahren unserer Parlamentsgeschichte hat es vier Anträge auf Einsetzung einer Enquetekommission gegeben. Das war einmal ein Antrag der Grünen zum Thema Wahlrechtsreform. Das ist von der CDU die Anregung gewesen, die Sanierungsverhandlungen mit dem Bund zum Anlass zu nehmen, einen Bremen-Plan zur Sa-

(A) nierung unserer Haushalte zu entwickeln. Das ist der Ansatz der CDU gewesen, zu sagen: Wir wollen die Drogenhilfepolitik noch einmal völlig neu ausrichten, und wir haben über die Frage der Bildungspolitik versucht, eine Enquetekommission einzurichten. Immer ist die Einsetzung einer Kommission an der Mehrheit im Parlament gescheitert.

Im Bund und in den anderen Ländern hat es dagegen viele erfolgreiche Enquetekommissionen gegeben; im Bund beispielsweise zu den Themen Frau und Gesellschaft, Gentechnologie, Bildung 2000, Energieversorgung und in den Ländern zu den Themen Demografie, wie in Mecklenburg-Vorpommern, Zukunft der Arbeit oder Situation in der Pflege und Chancen für Kinder wie in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, man kann, wenn man wirklich will und daran glaubt, eine Enquetekommission zur Verbesserung der Situation unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wir glauben, dass die Bekämpfung der Armut ein Thema ist, dem wir uns bis zum Ende der Legislaturperiode auch hier intensiv widmen sollten. Die bisherigen Ansätze zur Bekämpfung der Armut sind an ganz unterschiedlichen Ursachen und fernab von politischen Verantwortungen gescheitert: an Ressortgrenzen, an der Fehlbarkeit von Maßnahmen, an unzureichendem Geld und an fehlerhaftem Einsatz von Geld. Die Chance, den Menschen in Bremen und Bremerhaven wirklich zu helfen, haben wir hier im Parlament, und, meine Damen und Herren, wir haben auch die Verantwortung dafür! – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle, Fraktion der SPD.

Abg. **Möhle** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Donnerwetter, sage ich einmal! Da macht sich die CDU also auf, in der Sozialpolitik neue Wege zu gehen. Das will und muss man ernst nehmen. Allerdings muss ich auch sagen, Herr Röwekamp, was mich überrascht. Jedes Mal, wenn Sie sozialpolitisch sozusagen in die Luft springen, landen Sie regelmäßig auf der verkehrten Seite des Zauns.

(Beifall bei der SPD)

Wieso fordern Sie eigentlich jetzt das, was wir Arbeits- und Sozialpolitiker schon lange fordern, nämlich dass man mit diesem Unsinn der befristeten Ein-Euro-Jobs oder ähnlichen Befristungen aufhört, wenn uns die Bundesregierung gleichzeitig sozusagen eine Instrumentenreform auf den Tisch legt, die das, was Sie gerade gefordert haben, unmöglich macht?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

Ich halte das, ehrlich gesagt, für ziemlich scheinheilig!

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Frechheit!)

Ich glaube, die CDU möchte weg von dem Image, sozial kalt zu sein, und versucht jetzt, hier in Kuschelwärme zu machen und uns sozusagen vorzuführen.

(Abg. **B e n s c h** [CDU]: Kein Wort haben Sie verstanden! Kein Wort!)

Mich ärgert maßlos, dass der CDU-Vertreter nicht ein Wort zur Verantwortung der Wirtschaft in Fragen der Armut verloren hat. Nicht ein Wort zur Verantwortung der Wirtschaft!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Es kann doch wohl nicht angehen, dass man sich mit aller Macht gegen den Mindestlohn stellt, obwohl das, wie hier hunderttausend Mal diskutiert worden ist, eine untere Grenze gegen die Armut ist. Wieso stimmen Sie dem eigentlich nicht zu, Herr Bensch? Wieso stimmen Sie dem nicht zu?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D)

Jetzt hier ganz verständnisvoll über die Leiden der Armen zu reden – herzlichen Glückwunsch! Herzlichen Glückwunsch! Das machen wir, die Grünen, aber auch die SPD, seit Jahren.

(Abg. **D r . v o m B r u c h** [CDU]: Sie haben nichts verstanden! Nichts verstanden!)

Seit Jahren versuchen wir, Armut zu bekämpfen.

(Zurufe von der CDU – Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Mit welchem Ergebnis denn?)

Dass Sie so aufgeregt sind, wundert mich nicht. Ich will Sie einmal eines fragen – da bleibe ich auch wirklich hartnäckig –: Sie sagen, Sie wollen das hier ideologiefrei diskutieren. „Ideologiefrei“ – was heißt das eigentlich? Wollen Sie nicht begreifen, dass steigender Armut auf der einen Seite steigender Reichtum auf der anderen Seite gegenübersteht und dass es einen Zusammenhang gibt zwischen immer mehr Menschen, die reich und immer reicher werden, und immer mehr Armen? Glauben Sie, dass es da keine Zusammenhänge gibt, oder was heißt „ideologiefrei“?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) Ich will an dieser Stelle auch etwas sagen. Sich hinzustellen und zu sagen, alle Maßnahmen, die in den letzten Jahren in Bremen ergriffen worden seien, seien schlicht erfolglos, heißt, dass sie ein komplettes Netzwerk, ein sehr breit aufgestelltes Netzwerk, kurzerhand beiseiteschieben. Mich ärgert das, weil in dem Bereich sehr, sehr viele Menschen sehr gute Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Warum sagen Sie denn nicht in der Sozialdeputation: „WiN-Gebiete müssen besser unterstützt werden!“? Ich glaube, Sie haben sich bei der letzten Diskussion über diese Frage in der Sozialdeputation enthalten. Warum stehen Sie nicht genau zu diesem Programm, das übrigens bundesweit allerhöchste Anerkennung findet? Das sind alles Teile einer Armutsbekämpfung. Aber sich jetzt hier so hinstellen! Ehrlich gesagt, ich würde mich freuen, wenn das ernster gemeint ist, als ich das im Moment empfinde.

(B) In Wirklichkeit ist es verrückt. Es gibt Analysen – ich habe einen ganzen Packen mitgebracht, weil ich gedacht habe, vielleicht müssten Sie das noch einmal nachlesen –, es gibt unzählige Berichte, wir haben eine präzise Analyse der Verhältnisse hier in Bremen, wissenschaftlich fundiert, politisch begleitet. Es gibt überhaupt keinen Erkenntnisbedarf. Wir wissen genau, was wir tun müssen. Aber immer dann, wenn wir Vorschläge machen, das auch zu tun, ist die CDU als Erste dagegen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Sie haben vor gar nicht langer Zeit, in der Großen Koalition – ich erinnere mich sehr genau daran –, im Sozialressort 90 Millionen Euro einsparen wollen. Dann gab es Verhandlungen, und am Ende hat man sich geeinigt: 40 Millionen Euro, das müsste gehen. – Ich sage Ihnen, in dem Bereich sind Einsparungen außerordentlich schwierig. Richtig ist, dass wir genau hinschauen müssen, welche Maßnahmen wie unterstützt werden. Da muss man genau hinsehen. Natürlich gibt es auch einige Maßnahmen, von denen ich nicht davon überzeugt bin, dass sie genau richtig sind. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass alle Maßnahmen nichts geholfen hätten? Oha, kann ich nur sagen! Oha!

Ich glaube, ehrlich gesagt – ich will mich einmal eines Gedankenmodells bedienen –, Sie gehen jetzt durch die Beiräte und versuchen dort, den Gedanken der Enquetekommission zu vermitteln. Ich glaube, sie schmeißen sich jetzt an die Beiräte, und das ist überaus populistisch.

(Beifall bei der SPD – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das ist Ihnen ja auch völlig fremd, das Thema! – Abg. B e n s c h [CDU]: Ganz mieser Stil, Herr Möhle! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das ist die ernsthafte Auseinandersetzung à la Möhle!)

(C)

So waren Sie im Übrigen immer schon, und ich sage: Herzlich Willkommen in der untersten Schublade! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir waren einigermaßen von den Socken.

(Abg. T s c h ö p e (SPD): Rote! – Heiterkeit)

Von den roten Socken, natürlich! Wir waren ziemlich überrascht, als wir das von der CDU gelesen haben. Aber ich denke, man muss sich natürlich ernsthaft damit auseinandersetzen.

Ich will zu Anfang – ich habe gleich gesagt, dass ich heute zweimal zu dem Thema reden werde – etwas zitieren:

(D)

„In Bremen und Bremerhaven sind besonders viele Menschen arm. Mehr als 100 000 Menschen im Land Bremen müssen von sozialen Leistungen leben. Jedes dritte Kind muss in Armut aufwachsen. Die hohe Arbeitslosigkeit und der Abbau sozialer Hilfen haben ebenso zur Verarmung beigetragen wie die Tatsache, dass Erwerbsarbeit oft schlecht entlohnt wird, dass die Menschen davon nicht leben können.“

Ich lasse jetzt einiges aus. Dann heißt es weiter:

„Aus diesem Grund ist ein integriertes und ressortübergreifendes Gesamtkonzept in Form eines ‚Masterplans‘ – eines ‚Masterplans‘ Armutsbekämpfung – „dringend erforderlich, eigentlich längst überfällig. In diesem Plan müssen alle relevanten Dimensionen von Armut und deren Folgen erfasst werden. Gegenstrategien, Etappenziele und konkrete Instrumente der Maßnahmen der Armutsbekämpfung müssen benannt werden.“

Jetzt lasse ich wieder etwas aus. Dann folgt:

„Auch die Einsetzung einer Enquetekommission wäre eine denkbare Formel, die losgelöst von parteipolitischen Auseinandersetzungen in einem großen Zusammenspiel gesellschaftlicher Kräfte nach Lösungen suchen kann.“

Wenn ‚Armut als Lebenslage‘ interpretiert wird, müssen in diesem Zusammenhang neben der Einkommensdimension insbesondere die Bereiche Bil-

(A) dung, Gesundheit, Wohnen, soziale Kontakte sowie Freizeit Berücksichtigung finden.“

Jetzt lasse ich wieder einiges aus. Danach kommt der Beschlussteil, und dort heißt es unter einem Punkt:

„Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die Entwicklung des ‚Masterplans Armutsbekämpfung‘ als einen partizipativen Prozess zu organisieren. Sowohl die Fachöffentlichkeit als auch die allgemeine Öffentlichkeit sollen in geeigneter Weise in seine Erstellung einbezogen werden. Dazu können unter anderem öffentliche Anhörungen, Experten/inningespräche, Stadtteilkonferenzen oder Fachkommissionen“ – in den Quartieren – „dienen.“

Unterschrift: Monique Trödel, Peter Erlanson und die Fraktion der LINKEN am 25. Juni 2008.

Das war der Masterplan Armutsbekämpfung, den wir als LINKE damals gefordert haben. Die CDU hat ihn abgelehnt, die SPD hat ihn abgelehnt, die Grünen haben ihn abgelehnt. Wir haben uns damals, im Jahr 2008, weil die anderen Fraktionen nichts getan haben, gezwungen gesehen, die erste Armuts- und Reichtumskonferenz selbst zu veranstalten. Das ist der Bericht dazu. Das war am 7. Juni 2008.

Wir haben dann weiter, da immer noch nichts passiert ist, einen Landesplan zur Bekämpfung der Armut vorgelegt. Mit dem Material vom 22. Mai 2011 haben wir sozusagen einen abgestimmten Plan für den Wahlkampf vorgelegt und dargestellt, was Armutsbekämpfung kosten würde.

(B) Vor dem Hintergrund kommt es einem in der Tat ein bisschen komisch vor. Sie haben den Text am Anfang gehört. Man kann sich jetzt überlegen, ob Herr Bruch oder wer das geschrieben hat, das auch gelesen hat. Ich will ja nicht sagen, dass Sie abgeschrieben haben, aber es sind doch sehr viele Parallelen zu erkennen. Wir sagen in aller Deutlichkeit: Es fällt uns ausgesprochen schwer, jetzt von einem solchen CDU-Plan zu hören, in dem Dinge, die wir schon immer gefordert haben, die jedoch immer wieder abgelehnt wurden, in diesem Haus jetzt von der CDU vorgetragen werden und in dem dafür geworben wird. Wir sollten das doch alle gemeinsam machen.

Ich finde, das ist schon ein starkes Stück. Ich will auch sagen: Armutsbekämpfung ist für DIE LINKE selbstverständlich eines der zentralen Themen unserer Politik. Wir haben an jeder Stelle immer wieder darauf hingewiesen, wir haben immer wieder versucht, Elemente eines Masterplans Armutsbekämpfung einzubringen.

Wir haben sogar, wie Sie gehört haben, gesagt, dass auch eine Enquetekommission dazu dienlich wäre. Im Unterschied von jetzt vorliegendem Antrag haben wir eine Enquetekommission immer nur als eine begleitende Möglichkeit angesehen haben, weil wir gesagt haben, dass die Lehre, die man aus den WiN-Gebieten und den WiN-Prozessen ziehen kann, lautet, dass man die Menschen vor Ort mit einbeziehen muss.

Das haben wir gelernt, und von daher war unser Vorschlag eines Masterplans zur Armutsbekämpfung, wie Sie gehört haben, auch ganz eng mit partizipativen Elementen verbunden, dass man die Stadtteile mit einbeziehen muss, dass man Stadtteilkonferenzen machen muss, dass man auch die gesamte Wissenschaft in Bremen, die dazu gearbeitet hat, hinzuziehen muss, dass man aber natürlich auch eine große Bürgerbeteiligung organisieren muss, um dieses zentrale Thema in Angriff zu nehmen. Das ist für uns als LINKE selbstverständlich. Es tut in einfach weh, wenn die Partei, die auf Bundesebene maßgeblich dafür verantwortlich ist, hier so auftritt. Die SPD und die Grünen haben zwar mit Hartz IV angefangen – darauf weisen wir immer wieder hin –, aber die CDU hat dann mit der FDP gemeinsam nichts getan, um auch nur irgendetwas von diesen Grausamkeiten von Rot-Grün wieder zurückzunehmen. Sie hätten ja die Möglichkeit gehabt, und jetzt treten Sie hier so auf, Herr Dr. Bruch.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Wenn schon, „vom Bruch“! So viel Zeit muss sein!)

Ich sage „Herr Dr. Bruch“, weil ich glaube, dass von ihm der Text stammt. Entschuldigung, Herr Röwekamp.

(Zuruf von der CDU)

Das glaube ich Ihnen nicht! Wenn Dr. vom Bruch das geschrieben hat, dann sage ich: Okay, hier mutiert irgendwie der Saulus zum Paulus, oder vielleicht ist er auch nie ein Saulus gewesen. Aber dann ist er in der falschen Partei. Ich weiß nicht so genau. Es tut wirklich ein bisschen weh!

Auf der anderen Seite will ich sagen, dass so etwas aus unserer Sicht viel breiter angelegt sein muss, weil die Schwierigkeiten viel größer sind.

Natürlich werden wir über Geld reden. Natürlich tut es mir genauso weh – das wissen Sie –, immer wieder zu erleben, wie sich die Sozialdemokraten und die Grünen fanatisch in ihre Schuldenbremse verbissen haben und auch für Armutsbekämpfung kein Geld ausgeben wollen. Auch das ist etwas, was wir in diesem Parlament fast jeden Tag diskutieren, und das tut mir in der Seele weh!

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: 1 Milliarde bei 690 000 Einwohnern!)

Aber man muss das in einem größeren Rahmen sehen, und wenn jetzt immerhin eine durchaus große Partei, eine der großen Volksparteien, wie das Herr Tschöpe gestern so schön formuliert hat – auch wenn die CDU in Bremen nur eine kleine Volkspartei ist –, eine solche Kehrtwende macht, werden wir dem zustimmen. Wenn Sie in Bremen etwas gegen Armut

(C)

(D)

(A) machen wollen und sich dazu bekennen, dass etwas nicht funktioniert hat und dass man es jetzt endlich besser machen muss, und wenn Armut das zentrale Thema sein wird, dann werden wir als LINKE unsere Mithilfe nicht verweigern. – Danke erst einmal!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Wendland, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Retten Sie das Niveau!)

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Rede des CDU-Chefs, Herrn Röwekamp, und dem vorliegenden Antrag der CDU stellen wir fest: Die CDU-Fraktion hat das Thema Armut neu entdeckt – nur, neu ist das Thema nun wirklich nicht.

Der rot-grüne Senat hat in der letzten Legislaturperiode einen ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Dieser enthält nicht nur eine umfassende Analyse der Armutslagen in Bremen, sondern auch umfassende Maßnahmen. Einer sozialen Spaltung unserer beiden Städte entgegenzutreten, ist handlungsleitend für die rot-grüne Koalition. Armut hat dabei viele Facetten, Armut wirkt sich nicht nur durch geringe finanzielle Mittel aus, Armut erschwert die soziale Teilhabe, nicht nur wegen fehlenden Geldes, sondern auch wegen eines mangelnden Zugehörigkeitsgefühls.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Häufig geht materielle Armut auch mit Bildungsarmut einher, und nicht zuletzt macht Armut krank, insbesondere psychisch.

Ganz selbstkritisch müssen wir aber feststellen, dass es uns trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen noch nicht gelungen ist, die Schere zwischen Arm und Reich in unseren beiden Städten zu schließen. Auch die aktuelle konjunkturelle Entwicklung und die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt konnten daran kaum etwas ändern. Wir müssen deshalb unsere Anstrengungen verstärken, und wir müssen dabei auch genau hinschauen, welche Maßnahmen sich bisher bewährt haben und welche gerade nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in Ihrem Antrag bemängeln Sie, dass im Alltagsgeschäft der Politik die Debatten häufig stark verkürzt und häufig ideologisch geführt würden.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Heute ist das beste Beispiel dafür!)

Vielleicht ist aber nicht nur eine ideologische Sichtweise bei Einzelfragen das Problem, sondern ein unterschiedlicher Blick auf Armut und ihre Ursachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie uns einen Blick in den Armutsbericht der schwarz-gelben Bundesregierung werfen! Ich möchte an dieser Stelle nicht über das Ignorieren von Problemlagen via Streichungen von Fakten aus dem Bericht reden. Das haben wir hier hinlänglich diskutiert. Es geht mir um etwas ganz anderes: Armut erscheint in dem Bericht der schwarz-gelben Regierung vor allem als ein individuelles Schicksal, welches je nach Lebensphase variiert. Damit wird ein zentraler Teil der Debatte, der über die strukturellen Ursachen von Armut, einfach ausgeblendet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das ist für mich eine ideologische Verengung.

Das Armutsrisiko ist mitnichten gleich verteilt. Bevölkerungsgruppen wie Migranten, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Kinder, Jugendliche, Rentner, Menschen mit Behinderung haben ein deutlich erhöhtes Risiko, von Armut betroffen zu sein. Es gibt also ein strukturelles Problem. Im Bericht der Bundesregierung spielt das kaum eine Rolle, für uns in Bremen ist diese Tatsache aber von entscheidender Bedeutung.

Die erste Aufgabe, die wir haben, besteht darin, ein gemeinsames Verständnis der Ursachen von Armut zu finden. Vorher ist es müßig, über Prävention von Armut und Armutsbekämpfung zu streiten. Die Frage nach den Ursachen von Armut blenden Sie in Ihrem Antrag leider völlig aus.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Die kennen wir!)

Aber ich finde es gut, Herr Röwekamp, dass Sie anerkennen, dass die Sanktionspraxis der ARGE-Jobcenter problematisch ist. Fast 500 000 Menschen haben Sanktionen erfahren. Ich finde es gut, dass Sie das anerkennen, und hoffe, dass diese Sanktionspraxis auf Bundesebene gelockert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In Bremen verfügen wir über eine ausgeprägte Expertise über die Armut in unseren Städten. Neben dem Armuts- und Reichtumsbericht des Senats gibt es zivilgesellschaftliche Akteure, denen wir es zu verdanken haben, dass es einen guten Kenntnisstand über die soziale Lage in Bremen und Bremerhaven

(C)

(D)

- (A) gibt. Ich will hierbei insbesondere die Berichte der Arbeitnehmerkammer hervorheben, die die sozialen Probleme der Städte aufarbeiten und den Finger in die Wunde legen.
- Im Herbst nächsten Jahres wird der zweite Armuts- und Reichtumsbericht des Senats vorliegen. Lassen Sie uns dann hier im Parlament über diese Fragen diskutieren, eng an den Fakten und ohne unnötige Verengung des Fokus! Niemand braucht dann auf Ideologie auszuweichen.
- Zu einer ehrlichen Analyse gehört aber auch die Frage, welchen Einfluss Landespolitik und die Politik in den beiden Kommunen tatsächlich auf Armutsrisiken haben und haben können. Eine gut bezahlte Arbeit ist der beste Schutz gegen Armut.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Wenn sich aber die Bundesagentur für Arbeit nur auf arbeitsmarktnahe Klientel konzentriert, weil die schwarz-gelbe Regierung die Eingliederungstitel erheblich gekürzt hat, dann zeigt sich daran, dass die CDU keinen politischen Willen hat, Armut wirklich zu bekämpfen,
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- (B) und wenn sich die schwarz-gelbe Mehrheit einem gesetzlichen Mindestlohn und einer Bekämpfung von Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen verweigert –
- (Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Die schwarz-gelbe Regierung? Jetzt nach der Bundestagswahl?)
- es gibt ja noch keine neue Regierung! –, dann fehlt eine wichtige Unterstützung im Kampf gegen Armut!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf von der CDU)
- Ist noch nicht konstituiert!
- Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lassen das aber nicht als Entschuldigung gelten, um nicht alles zu tun, was in unserer Macht steht. Hierzu einige Beispiele:
- In der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik haben wir mit einem Landesmindestlohngesetz dafür gesorgt, dass überall dort, wo Bremen als Arbeitgeber oder Auftraggeber auftritt, keine Löhne mehr unter 8,50 Euro bezahlt werden. Bei der Wirtschaftsförderung haben wir soziale Kriterien eingeführt und sorgen so für bessere Arbeitsbedingungen
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Ein Unternehmen, das in Bremen Unterstützung von der Wirtschaftsförderung erhält, darf ebenfalls keine Löhne unter 8,50 Euro zahlen, und Arbeitsplätze, die nur mit Leiharbeitern besetzt werden, werden im Landesinvestitionsprogramm nicht mehr berücksichtigt.
- Es verbleiben aber auch noch Bereiche, in denen wir besser werden müssen. Noch immer haben viele Jugendliche in Bremerhaven und in Bremen Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden und damit ein Fundament für ihr Berufsleben zu erhalten. Hier müssen wir stärker hinschauen!
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Bildung nimmt bei der Bekämpfung von Armut und deren Verfestigung eine Schlüsselrolle ein. Die verschiedenen Studien zu den Leistungen von Schülerinnen und Schülern, wie beispielsweise die PISA-Studie, führen uns immer wieder vor Augen, wie sehr der Bildungserfolg vom sozialen Status des Elternhauses abhängt. Diesen Zusammenhang aufzulösen oder zumindest abzumildern, ist ein Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Nur so können wir künftig verhindern, dass Armut – was leider immer noch der Fall ist – vererbt wird.
- Veränderungen durch Bildung brauchen aber ihre Zeit, und Effekte können wir erst mittel- bis langfristig erwarten. Wir haben begonnen, die notwendigen Weichen zu stellen. Mit der Schulreform und der Einführung der Sekundarschulen fördern wir das längere gemeinsame Lernen. Wir haben nicht nur neue Ganztagschulen eingeführt, sondern vor allem gebundene Ganztagsangebote gefördert. Es reicht nicht aus, Kinder und Jugendliche ganztägig zu betreuen, denn nur mit einem ganzheitlichen pädagogischen Konzept und der notwendigen Verbindlichkeit können die Ganztagschulen ihre positive Wirkung entfalten.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- Bei freiwilligen Angeboten und weniger Verbindlichkeit entfaltet sich diese positive Wirkung nicht, weil dann die Trennung zwischen Unterricht am Morgen und Betreuung am Nachmittag beibehalten wird, und in dieser offenen Form ist es nicht möglich, eine Pädagogik zu entwickeln, die gerade den Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien helfen soll.
- (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)
- (C)
- (D)

(A) Den Flüchtlingen, die zu uns kommen, wird der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Solange ihnen verboten ist, einer Erwerbsarbeit nachzugehen und ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, sind sie zwangsläufig von Transferleistungen abhängig. Ihre Armut ist damit strukturell festgelegt. Wir brauchen unbedingt eine Aufhebung des Arbeitsverbots.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Bremen macht sich deswegen auf den Weg, auch junge Flüchtlinge auszubilden. Ziel ist es, mindestens 20 jungen Menschen, die aus dem Kontingent der an Bremen zugewiesenen Flüchtlinge kommen, eine Ausbildung etwa im kaufmännischen Bereich oder im Bereich der Medien und Informationsdienste zu ermöglichen. Entsprechend des Vorschlags des Senats werden 20 Plätze zusätzlich zum regulären Bedarf bereitgestellt. Darüber hinaus hat der Innensenator bereits einen Erlass herausgegeben, der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch über die Volljährigkeit hinaus erlaubt, die Ausbildung abzuschließen. Das ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, um eine unsinnige Regelung abzuschaffen.

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt. Obwohl junge Frauen mit durchschnittlich höheren und besseren Schulabschlüssen zu Beginn des Berufslebens die besseren Startchancen haben, bleiben sie im weiteren Verlauf insbesondere in gut bezahlten Zukunftsbranchen und zukunftssträchtigen Berufsfeldern wie etwa der Umwelt-, Windenergie- und IT-Branche oder der Logistikwirtschaft ebenso wie in Führungspositionen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Im Rahmen der Arbeitsmarktförderung haben wir Programme aufgelegt, die sich speziell an Frauen richten. Es gibt Programme für Alleinerziehende, für Berufsrückkehrerinnen und für Frauen ohne Schulabschluss.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch die Förderung niedrigschwelliger Angebote wie die Alleinerziehendenprojekte der Mütterzentren in Osterholz-Tenever und in der Vahr leisten hier einen wichtigen Beitrag. Es gibt auch ein Chancengleichheitsprogramm, das die Perspektiven von Frauen in zukunftsorientierten Branchen verbessern soll. Wir wollen Frauen ermuntern, bei der Berufswahl verstärkt auch diese Branchen in den Fokus zu nehmen. Eine besonders von Armut bedrohte Gruppe sind Alleinerziehende. Damit diese Frauen eine Erwerbsarbeit aufnehmen können, müssen sie ihre Kinder in guten Händen wissen. Mit dem Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren, flexiblen und längeren Öffnungszeiten in der Kindertagesstätte und dem Ausbau der Ganztagschulen schaffen wir damit die Voraussetzungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(C)

Bezahlbarer Wohnraum ist eine aktuelle und viel diskutierte soziale Frage. Voraussetzung dafür, dass es zu keiner Verstärkung der sozialen Segregation kommt, ist, dass auch Menschen mit geringen Einkommen oder mit Sozialleistungsbezug ihren Wohnort frei wählen können. Das setzt bezahlbaren Wohnraum auch in den zentralen und beliebten Quartieren voraus.

Die Mieten sind bei den meisten Menschen der größte Ausgabenposten. Je höher die Mieten sind, desto weniger Geld bleibt zum Leben. Die rot-grüne Koalition hat deshalb den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau beschlossen, und der Senat nutzt auch gesetzliche Möglichkeiten, um einen Anstieg der Mieten zu bremsen. Deshalb wird der Senat die Kappungsgrenzenverordnung auf den Weg bringen, welche bedeutet, dass aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes die Möglichkeit besteht, die Mieterhöhungen einzuschränken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielfach bleibt uns aber auch nichts anderes übrig, als mit den Folgen von Armutslagen umzugehen. Wir versuchen, Quartiere zu stabilisieren, wir leisten Hilfestellung bei der Bewältigung des Alltags. Letztendlich wollen wir, dass die Menschen nicht nur überleben, sondern auch richtig leben können. Hierzu einige Beispiele: Das erste Beispiel ist die Steigerung der Mobilität von armen Menschen. Die rot-grüne Koalition hat in der letzten Legislaturperiode das Stadtticket eingeführt, das den Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen eine vergünstigte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht. Über 16 000 Menschen nutzen das Ticket jetzt schon, und wir werden das auch zukünftig fortführen, weil das Stadtticket ein Erfolg ist.

(D)

Mein zweites Beispiel in Bezug auf die Folgenbekämpfung sind die Hilfen für wohnungslose Menschen. Wir wollen, dass die Menschen schneller wieder in eine eigene Wohnung können. Sofern sie Hilfen benötigen, sollen sie diese ambulant in einer eigenen Wohnung erhalten. Übergangwohnheime mit einem stationären Wohntraining sind längst nicht mehr zeitgemäß, und wir werden deshalb die Übergangwohnheime schließen und den Ansatz „Housing First“ voranbringen.

Das alles sind große Herausforderungen. Wir können beständig besser werden und müssen uns beständig hinterfragen, die Zielgenauigkeit der Maßnahmen verbessern, Erfolgloses durch Erfolgversprechendes ersetzen und auch von guten Beispielen anderer lernen.

(A) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sicherlich – da gebe ich Ihnen recht, Herr Röwekamp –, gibt es noch viel Potenzial bei der Verknüpfung von Maßnahmen. Dennoch, für all dies brauchen wir zurzeit keine Enquetekommission, es ist für uns selbstverständlich. Der Senat wird deshalb im kommenden Armuts- und Reichtumsbericht die aktuellen Maßnahmen auf ihre Wirkungen hin auswerten und die gemachten Erfahrungen bei den neuen Vorschlägen berücksichtigen. Mit dem Armuts- und Reichtumsbericht und dem damit verbundenen Verfahren zur Beteiligung der Fachöffentlichkeit und der politischen Gremien sowie der Beiräte ist genug Raum vorhanden, um die notwendigen Debatten über Ursachen, Bekämpfung und Prävention von Armutslagen zu führen und entsprechend zu handeln. Eine Enquetekommission ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Bekämpfung von Armut kann nicht allein vom Sozialressort geleistet werden, und bei der Entwicklung und Umsetzung von ressortübergreifenden Strategien können wir noch viel besser werden. In jedem Ressort gibt es gute Maßnahmen, aber der notwendige nächste Schritt ist, diese in einem ressortübergreifenden, umfassenden Armutsprogramm für das Land Bremen zusammenzuführen.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns bei dem bisherigen eingeschlagenen Verfahren bleiben. Wir warten den Armuts- und Reichtumsbericht des Senats ab und setzen dann diese Debatte fort. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp, CDU-Fraktion.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Möhle hat der CDU-Fraktion vorgeworfen, mit dem vorliegenden Antrag scheinheilig zu sein. Es gebe ja auch da eine Wirksamkeitskontrolle. Indem man die Kommission einsetzt, könnten Sie uns ja nicht nur an dem messen, was in dem Antrag steht, sondern an dem messen, was wir in dieser Kommission einzusetzen bereit sind. Aber offensichtlich haben Sie nicht die Courage dazu, sondern Angst davor, sich mit Experten vielleicht noch einmal kritisch die Erfolgshaftigkeit der eigenen Politik anzusehen. Wir haben keine Angst vor solchen Debatten.

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

Im Übrigen, Kollege Möhle, war das ein bemerkenswerter Auftritt von Ihnen hier. Umgekehrt würde ich sagen: Ich fand das nicht scheinheilig, was Sie hier gesagt haben, sondern ich glaube Ihnen das, was Sie sagen. Das ist Ihre tiefste innere Überzeugung: An der Armut in den beiden Städten unseres Landes ist Ihrer Auffassung nach ausschließlich die Bundesregierung schuld, und zwar egal, welche. Schuld ist auf jeden Fall irgendeine Bundesregierung, auf jeden Fall also, Herr Möhle, aus Ihrer Sicht irgendjemand anders. Wer so an das Thema herangeht, der hat es schon nicht verstanden!

(C)

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

Die zweite Botschaft war: Wir hier in Bremen machen alles richtig. Herr Möhle, wer sich die Zahlen anschaut und sagt: „Wir machen alles richtig!“, der muss für sich doch zu dem Ergebnis kommen: Ja, es ist richtig, dass ich eine Milliarde Euro im Jahr für Transferleistungen ausgeben muss; ja, es ist richtig, dass jedes dritte Kind in Bedarfsgemeinschaft leben muss; ja, es ist richtig, dass neun Prozent der Schüler ohne Abschluss die Schule verlassen; ja, es ist richtig, dass die soziale Lage insbesondere von Alleinerziehenden besonders dramatisch ist. – Wenn Sie das alles richtig finden, dann brauchen wir diese Kommission nicht, Herr Möhle. Ich finde das nicht richtig, um das deutlich zu sagen!

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

(D)

Lassen Sie mich auch noch zwei Sätze zu dem sagen, was aus meiner Sicht ein reines Ablenkungsmanöver ist! Ich habe nicht nur gesagt: „Ich bin bereit, darüber zu reden, was wir im Land besser machen können.“, sondern ich habe auch gesagt: „Wir als CDU-Fraktion sind auch bereit, über das zu reden, was auf Bundesebene nicht richtig gemacht wird.“ Übrigens haben wir das in der Vergangenheit auch schon gezeigt. Ich möchte nur an die Debatten hier im Parlament zum Thema Bildungskompetenz Bund, Aufhebung Kooperationsverbot, Energiewende erinnern. Wir als Bremer CDU haben an vielen Stellen gezeigt, dass wir nicht bedingungslos dem folgen, was aus Berlin vorgegeben wird. Das betrifft auch die Frage der Armutsbekämpfung. Weil sie nirgendwo in Deutschland so dramatisch ist wie in Bremen, müssen wir in Bremen vielleicht eine andere Antwort finden, als die CDU-geführte Bundesregierung sie findet, Herr Kollege Möhle. Das ist unser Selbstverständnis, und so treten wir hier an.

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

Wenn Kollege Möhle recht hat, ist der Bund schuld. Dagegen sprechen allerdings, Kollege Möhle, die Zahlen. Zum Armutsrisiko habe ich vorhin schon gesagt: 21,3 Prozent der Bremer sind armutsgefährdet. Im Bund sind dies 15,2. Überschuldung: 13,85 Pro-

(A) zent der Bremer Haushalte sind überschuldet, das ist der letzte Platz von 402 Landkreisen und Städten. Der letzte Platz! Arbeitslosigkeit: In Bremen 10,7 Prozent, im Bund 6,5 Prozent. Schulabbrecherquote in Bremen: 7,8 Prozent,

(Zuruf des Abg. G ü n g ö r [SPD])

2009 waren es 9. Sie hätten bis zum Ende zuhören müssen, Herr G ü n g ö r. Die neue Zahl ist 7,8, gerundet 8.

(Zuruf der Abg. Frau D r . S c h a e f e r
[Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, ein Prozent weniger! Bei dem Ziel, viereinhalb Prozent weniger zu haben – so kann man sagen –, ist ein Prozent schon eine Zielerreichung. Ja, es ist ein kleiner Fortschritt, aber es bekämpft doch die Lebenslagen der davon betroffenen Menschen in Bremen und Bremerhaven nicht, Frau Schaefer!

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

In Bremerhaven, um das Beispiel zu nennen, leben 37,8 Prozent aller Kinder im Alter unter 15 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaft. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 18,2. Der Anteil ist in Bremerhaven doppelt so hoch wie im Bund, und Sie, Kollege Möhle, haben die Traute, sich hier hinzustellen und zu sagen, die Bundesregierung sei daran schuld! Nein! Wenn es in Bremen dramatisch schlechter ist als überall anders in Deutschland, dann sollte es doch zum Selbstverständnis auch eines ehemaligen Grünen-Politikers gehören, sich einmal an die eigene Nase zu fassen und zu fragen: Haben wir vielleicht was falsch gemacht?

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht haben Sie Ihr soziales Gewissen beim Parteiwechsel zurückgelassen. Ich finde es unverantwortlich, wie Sie diese Debatte hier im Parlament führen,

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

und ich finde es im Übrigen auch peinlich für die Sozialdemokratie, dass so etwas hier im Parlament unwidersprochen bleiben kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserer Kritik daran, dass seit der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichts im Jahr 2009 nicht viel passiert ist, sind wir ja nicht alleine. Ich möchte aus der Einladung zitieren, die ergangen ist und die auch viele hier im Raum zur Armutskonferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erhalten haben. Da heißt es, ich

zitiere wörtlich: „In Bremen steigt die Armut Jahr für Jahr. Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem die Jüngsten, in Bremen bald jedes dritte Kind. Die Hinweise auf die Haushaltsnotlage bezahlen gerade die Schwächsten, und zwar mit eingeschränkten Zukunftschancen. Die seit 2009 vorliegenden Erkenntnisse aus dem Armuts- und Reichtumsbericht des Senats müssen endlich in ein Gesamtkonzept zur Armutsreduzierung einfließen. Es fehlt außerdem eine koordinierte Armutsprävention zwischen den Senatsressorts, den Verwaltungen und den Einrichtungen.“

Meine Damen und Herren, und ich sage: Ja, der Paritätische Wohlfahrtsverband hat völlig recht. Die Analyse ist hundertprozentig zutreffend, die 2009 mit dem Armuts- und Reichtumsbericht des Senats aufwendig aufgearbeitet worden ist. Aber, meine Damen und Herren, was hat sich seitdem für die Menschen in Bremen und Bremerhaven eigentlich konkret verbessert? Nichts hat sich für die einzelnen Menschen verbessert! Sie werden in ihrer sozialen Armut mit den Maßnahmen alimentiert, die hier aus den Haushaltsmitteln finanziert werden. Meine Damen und Herren, damit bekämpfen Sie jeden Tag – das rechnen wir Ihnen auch hoch an – die tatsächliche Lebenslage dieser Menschen.

Aber in einer verantwortlichen Gesellschaft muss es doch darum gehen, dass wir diesen Menschen nicht nur über den jeweiligen Tag helfen, sondern dass wir ihnen und ihren Kindern eine Perspektive geben, dauerhaft aus dieser Armut herauszukommen.

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

Das ist politische Verantwortung, meine Damen und Herren. Deswegen sage ich – in meinem ersten Beitrag habe ich das bewusst nicht als Schuldzuweisung verstanden wissen wollen –: Alle Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren teils gemeinsam, teils mit politischer Mehrheit der Großen Koalition, teils mit politischer Mehrheit der neuen Koalition hier beschlossen haben – ich habe nicht gesagt, dass alle diese Maßnahmen erfolglos geblieben sind –, haben den Menschen geholfen, meine Damen und Herren, aber sie haben das Armutsrisiko und die Zementierung von Armut in unserer Gesellschaft nicht beseitigen können. Deswegen hilft ein einfaches „Weiter so!“ den Menschen eben nicht. Wir müssen dafür sorgen, dass außer der täglichen Bewältigung von Armutsfolgen, die Armutsursachen in Bremen und Bremerhaven wirksam bekämpft werden.

(Beifall bei der CDU)

Das haben wir mit dem bisherigen Instrumentarium unserer Strategie der Armutsbekämpfung nicht geschafft, und wenn wir das nur fortsetzen, werden wir das wieder nicht schaffen. Dann hilft uns auch der nächste Armuts- und Reichtumsbericht nicht weiter. Ich glaube und bin der festen Überzeugung,

(C)

(D)

(A) dass mit einer ressortübergreifenden, vom Parlament getriebenen Neubesinnung in der Strategie zur Bekämpfung von Armut in Bremen und Bremerhaven mehr geleistet werden kann, als wir das bisher konnten.

Mein Selbstverständnis als Parlamentarier ist übrigens auch, dass ich diese Aufgabe nicht dem Senat überlassen möchte. Die Auswirkungen der breiten Verteilung von Armut in Bremen und Bremerhaven sind nicht nur eine Aufgabe der Regierung, sondern auch eine Aufgabe des souverän gewählten Parlaments.

Deswegen möchte ich Sie in einem zweiten Schritt, wenn Sie schon mit unterschiedlich qualifizierten Begründungen sagen, dass Sie die Enquetekommission jetzt nicht wollen – so habe ich die Kollegin Wendland, der ich für ihren sachlichen Beitrag sehr dankbar bin, weil er die Punkte noch einmal sehr gut aufgelistet hat, verstanden: „Wir wollen jetzt nicht über eine Enquetekommission reden.“ –, wenigstens bitten, darüber nachzudenken, ob wir es nicht so machen können, wie es im Bund und in einigen anderen Ländern auch getan wird.

Eigentlich ist die Frage der Einsetzung einer Enquetekommission ein Minderheitenrecht. Im Deutschen Bundestag genügen 25 Prozent der Abgeordneten, um einen Beschluss über die Einsetzung einer Enquetekommission zu fassen. Wenn wir in 34 Jahren so eine Kommission noch nie gehabt haben – übrigens unbeschadet der Frage, wer wann wo regiert hat –, dann sicherlich immer deswegen, weil die Regierungsmehrheit jeweils gesagt hat: Das wird sowieso schon gemacht, dafür gibt es keinen Bedarf, das macht unsere Regierung, das machen wir mit unserer Mehrheit.

(B) Meine Damen und Herren, wer sich den grundsätzlichen Fragestellungen unserer Gesellschaft stellen will, der muss akzeptieren, dass es abweichende und auch Minderheitenmeinungen gibt. Wenn Sie also heute mit politischer Mehrheit diesen Antrag nicht mittragen, dann ist meine herzliche Bitte: Öffnen Sie sich der Idee – auch weil die LINKE der Einsetzung einer solchen Enquetekommission zustimmen wird –, ob es nicht ein Ausdruck von Souveränität dieses Parlaments ist zu sagen: Auch wenn die Mehrheit dagegen ist, eine qualifizierte Minderheit reicht vielleicht, um solche Themen auf unsere Tagesordnung zu setzen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Erlanson das Wort, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE *): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe zu Anfang recht viel zur CDU gesagt und möchte jetzt, nach den bisherigen Reden, doch noch das ein oder andere zur Koalition sagen.

Ich finde, Frau Wendland hat zu Recht gefragt, welchen Einfluss denn eigentlich die Bundespolitik auf die Politik in den Ländern oder speziell in diesem Fall auf die Armut in Bremen hat. Ich finde, das ist eine richtige Frage. Ich würde diese Frage allerdings gerne an die Koalition zurückgeben und darauf hinweisen, dass wir nach der Bundestagswahl eine Situation haben, in der es im Parlament im Grunde eine Mehrheit für Rot-Rot-Grün gibt.

(C)

Es gibt einen Vorschlag unserer Parteivorsitzenden, Katja Kipping, die ganz deutlich gesagt hat: Wenn es Ihnen so ernst mit der Armutsbekämpfung ist, dann lassen Sie uns doch jetzt im Parlament den Mindestlohn beschließen. Wir hätten die Mehrheit dafür, und wer danach regieren will, der soll regieren. Auch das haben wir als LINKE deutlich gemacht: Na gut, wenn ihr eine andere Koalition wollt, könnt ihr das machen. Aber wenn es euch wirklich so wichtig ist dann, bitte schön, haben wir jetzt die Mehrheit. – Ich finde, dann muss man endlich auch einmal Nägel mit Köpfen machen.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wissen doch, dass das Mätzchen sind!)

Wir alle wissen, wie es ausgegangen ist, nachdem der große Gabriel gesagt hat, dass es mit den LINKEN vielleicht doch irgendwann einmal gehen könne. Mal gucken, vielleicht kommt da noch Bewegung ins Spiel. Ich will damit einfach nur sagen – auch an Sie muss man das deutlich sagen –: Wenn Sie es ernst meinen, dann setzen Sie mit uns gemeinsam durch, was wir alle für die Basis einer Armutsbekämpfung halten wie zum Beispiel Mindestlohn, sichere Rente und so weiter und so fort.

(D)

Ich möchte aber auch noch einmal zur CDU zurückkommen. Ich sage hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen!

Ich sage hier auch noch etwas anderes. Wir nehmen Sie mit Ihrem Anliegen ernst, und deshalb machen wir – es scheint ja so zu sein, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf keinen Fall mitmachen wollen – der CDU das Angebot: Lassen Sie uns die Formalien vergessen. Wir laden Sie zu gemeinsamen Arbeitsgruppen zur Armutsbekämpfung ein. Wenn es Ihnen wichtig ist, dann machen wir das mit Ihnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle, SPD-Fraktion.

Abg. **Möhle** (SPD *): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Röwekamp, der Trick ist alt, aber unwirksam.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Sie arbeiten sich an Behauptungen ab, die angeblich von mir stammen, die ich so aber gar nicht gemacht habe. Weder habe ich gesagt, dass die Bundesregierung Schuld hat,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch!)

noch habe ich gesagt, dass alles gut ist.

Es gibt ein Zusammenspiel von Landes- und Bundesebene. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, dass der arme Ein-Euro-Jobber das befristet machen muss, sei ein Drama. Dazu sage ich Ihnen, dass das genau an der Stelle durch die Bundespolitik verhindert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, das Teilhabepaket! Wir waren froh, dass wir Bundesmittel bekommen haben. Wir waren überhaupt nicht begeistert von der Bürokratie und dem Misstrauen, die dieses Teilhabepaket sozusagen mittransportiert hat. Wir haben in Bremen am Rande des gesetzlich Möglichen die blaue Karte installiert. Wir sind froh, dass Bremen die Gelder weitestgehend abrufen konnte. Auch das ist ein Teil der Armutsbekämpfung, mal nebenbei gesagt. Ich glaube, dass Sie gerade sehr aggressiv auf das reagiert haben, was ich gesagt habe, hat damit zu tun, dass Sie noch nicht richtig ernsthaft mit der Frage beschäftigt sind. Sie sprechen mir sozialpolitischen Verstand oder sozialpolitisches Herz ab.

(B)

Wir versuchen, in Bremen eine Armutspolitik zu machen, die tatsächlich dazu führt, dass die Menschen selbstständig, selbstbewusst in diesem Land leben können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dafür haben wir über all die Jahre ein umfangreiches Netz entwickelt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Mit welchem Erfolg?)

Ich sage Ihnen einmal eines: Ich gehe durch die „Sozialgemeinden“ und stelle die Frage der Wirkungsanalyse immer wieder neu. Jedes Einzelprojekt hinterfrage ich. Ich frage, was es für die Leute bringt. Ich mache mich damit nicht überall beliebt, um das auch gleich einmal zu sagen. Manche Träger wollen die Frage nicht so gestellt wissen. Das weiß ich, das wissen wir, das weiß auch die Sozialsenatorin. Wir sind aber bereit, die Fragen offen zu stellen – das ist gar nicht das Problem –, aber was hilft uns dabei eine Enquetekommission? Wozu brauchen wir sie denn an der Stelle?

Und dann sage ich ehrlich noch etwas. Wir haben in Bremen – gerade auch in Bremen – eine gut ent-

wickelte Diskussionskultur, die weit über die Parteien und das Parlament hinaus die Fragen der Armut diskutiert. Nicht zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch einmal deutlich auf die erste Armutskonferenz am nächsten Dienstag hinweisen. Die haben Sie, glaube ich, auch schon erwähnt. Das ist eine gute Gelegenheit, sich mit Experten auszutauschen. Das machen wir auch. Aber wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass Sie eine Enquetekommission wollen, weil Sie glauben, dass man dem Senat die Tätigkeit nicht überlassen könne, dann klingt daraus die heimliche Sehnsucht des Mitregierens heraus.

(C)

(Beifall bei der SPD – Abg. R ö w e -
k a m p [CDU]: Och!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir als Parlament lassen den Senat nicht einfach machen. Im Gegenteil, wir begleiten – genau das ist die Aufgabe des Parlaments – den Senat in seiner Arbeit extrem kritisch. Dabei kommt es dann gelegentlich hier und da zu Reibereien, aber im Großen und Ganzen einigt man sich doch auf bestimmte Maßnahmen.

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal, warum ich so beharrlich an der Frage, welche Verantwortung eigentlich die Wirtschaft trägt, festhalte. Bremen – das wissen Sie genauso gut wie ich – hat einen Strukturwandel hinter sich, der sich gewaschen hat. Es geht nicht nur um die AG Weser, nicht nur um die Vulkan-Werft, nicht nur um die Wollkämmerei, sondern um viele, viele industrielle Kerne, die weggebrochen sind. Es dauert Jahrzehnte, bis man sich aus diesem Tal der Tränen rausgearbeitet hat. Inzwischen haben wir, wie ich finde, in Bremen eine vielschichtige Wirtschaft, die in der Lage sein könnte, ihren Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das hat immer auch etwas damit zu tun, wie bereit die Unternehmen eigentlich sind, Leute einzustellen; Leute mit Behinderung, Leute mit Handicaps. Warum sagt die Wirtschaft nicht offenerherzig: Wir stellen auch ältere Menschen ein. Warum ist das nicht so? Genau da liegt die Verantwortung der Wirtschaft, und ich finde, man darf die Wirtschaft nicht aus der Verpflichtung lassen. Es gibt Ansätze. Auch das will ich nicht verschweigen. Einige Unternehmen sind da vorbildlich. Aber im Großen und Ganzen gilt immer noch: Der wenigste Lohn ist der beste Lohn. Und das ist ein Teil des Problems Armut.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns alle auf der Armutskonferenz nächste Woche wiedertreffen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wendland, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Röwekamp, wir haben keine Angst vor Experten und Expertinnen. Ich kann für unsere grüne Truppe sagen: Wir treffen uns wöchentlich mit Experten, wir beraten uns, und wir führen Fachveranstaltungen und Fachtagungen durch. Weil wir keine Angst vor Experten haben, reden bei uns Grünen – auch bei der SPD und bei der LINKEN – heute die Fachpolitikerinnen

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf des Abg. M ö h l e [SPD]: Und Fachpolitiker!)

und -politiker. Entschuldigung, Klaus Möhle!

(Abg. Frau G r ö n e r t [CDU]: Chefsache!)

Wir von den Grünen haben erst jüngst mit dem Paritätischen – ihn haben Sie heute schon oft zitiert haben – eine Veranstaltung zum Thema Kinderarmut durchgeführt, und auch nächste Woche wird es vor allen Dingen um das Thema der Kinderarmut gehen. Denn Kinder sind von Armut ganz besonders betroffen. Sie haben weniger Möglichkeiten, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben, und die Betroffenen haben auch später schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

(B) Sie haben zu Recht gesagt, Herr Röwekamp: Kinder sind deutlich armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote liegt bei Kindern im Land Bremen bei 32 Prozent. Das ist besorgniserregend. Ich möchte an dieser Stelle noch kurz sagen, dass wir in Bremen seit dem Jahr 2008 allen Kindern aus Familien mit geringem Einkommen ein kostenloses Mittagessen im Kindergarten, im Hort und in der Ganztagschule anbieten. Denn wer nichts im Bauch hat, der kann auch nicht lernen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wissen, dass der Bildungserfolg in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängig ist. Ein kurzer Blick auf die Stadt: Während in Oberneuland, Borgfeld und Schwachhausen bis zu vier Prozent der Bewohner und Bewohnerinnen Sozialleistungen beziehen, sind es in Gröpelingen und Tenever weit über 30 Prozent. Umgekehrt liegt der Anteil der Gymnasiasten in Schwachhausen bei 70 Prozent und in Gröpelingen bei 28 Prozent. Deshalb ist die Entkopplung von Herkunft und Bildungschancen Ziel grüner Politik. Damit wollen und müssen wir bereits im Kin-

dergarten anfangen, und deshalb gilt bei uns das Credo: Auf den Anfang kommt es an!

(C)

(Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Das merkt man aber nicht!)

Derzeitig werden ca. 6 100 Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen betreut. Der Ausbau ist uns bei gleichbleibender Gruppengröße und verbesserten Fortbildungen für Erzieher und Erzieherinnen gelungen. Für die Drei- bis Sechsjährigen führen wir zum nächsten Kindergartenjahr einen Rechtsanspruch auf eine Betreuungszeit von sechs Stunden pro Tag ein, und wir wollen den Ausbau der Kindertagesbetreuung unter sozialen Gesichtspunkten fortsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau A h r e n s [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Weber: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Ahrens?

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Danke schön! Frau Kollegin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie eine Qualitätsverschlechterung eingeführt haben, indem Sie die „4. Quartalskinder“, die erst Ende des Jahres drei Jahre alt werden, in den Regelkindergarten aufgenommen haben, sodass dort alle Fachkräfte – und zwar in jeder Einrichtung, die hier in Bremen einen Kindergarten betreibt, von KiTa Bremen, dem staatlichen Eigenbetrieb, bis hin zur evangelischen Kirche, bis zu den Elternvereinen – sagen, dass, wenn das eine Muss-Regelung wird, was Sie ja angekündigt haben, das so sein soll – –.

(D)

(Glocke)

Präsident Weber: Kollegin, die Frage!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich komme zur Frage. Sind auch Sie der Auffassung, dass das eine echte Qualitätsverschlechterung ist?

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist für uns keine Qualitätsverschlechterung, sondern wir haben eine gleichbleibende Gruppengröße, wir haben ganz viel im Kindertagesstättenbereich gemacht. Ob die „4. Quartalskinder“ schon mit den Kindern in den höher gelegenen Gruppen zusammen sind oder nicht, ist für uns keine Frage der Verschlechterung. Ich selbst bin in der DDR groß geworden und bin auch mit vielen Kindern unterschiedlicher Altersklassen zusammen gewesen. Das hat uns nicht geschadet; ich stehe heute trotzdem hier.

(A) (Abg. P o h l m a n n [SPD]: Jawohl!)

Wir wollen ganz zum Schluss – –.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Dir jedenfalls nicht!)

Ja, genau!

Ich möchte noch sagen, dass wir den Ausbau der Kindertagesbetreuung unter sozialen Gesichtspunkten fortsetzen wollen. Dazu gehören auch die gezielte Ansprache und Werbung bei den Eltern in sozialen Brennpunkten, damit diese ihre Kinder in die Krippen geben. Das ist wichtig, das haben wir anerkannt, da wollen wir verstärkter voranschreiten.

Dies kann bei aller Anstrengung in unseren beiden Kommunen aber nicht vollständig gelingen, wenn sich nicht auch im Bund Wille und Tatkraft zeigen, strukturell gegen Kinderarmut vorzugehen. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen: Wird die zukünftige Große Koalition im Bund das unsinnige Betreuungsgeld abschaffen und stattdessen das Geld den klammen Kommunen zum Kitausbau geben? Wird es endlich eine Erhöhung der Kinderregelsätze geben, und/oder wird die Option in Betracht gezogen, eine Kindergrundsicherung einzuführen? Das ist nämlich auch das Thema nächste Woche auf dieser Veranstaltung.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht zuletzt geht Armutsursachenbekämpfung nur, wenn wir auch die Steuern erhöhen und umverteilen; von oben nach unten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies wären grundlegende Weichenstellungen, um den Kindern in unserem Land, unabhängig von ihrem materiellen und gesellschaftlichen Background, eine Chance auf soziale Mobilität zu geben. Dafür ist es längst an der Zeit.

Zum Schluss, Herr Röwekamp, möchte ich noch Folgendes sagen: Sie weisen zu Recht darauf hin, dass wir überprüfen müssen, welche Maßnahmen wirken, welche nicht wirken, welche sinnvoll sind, welche wir nicht mehr brauchen, was wir neu machen müssen. Und wir müssen hier auch bündeln. Sie zitieren den Paritätischen, Herr Röwekamp, ich zitiere heute den Koalitionsvertrag, der für Rot-Grün handlungsleitend ist. In ihm heißt es: „Wir werden die Maßnahmen gegen Armut auf ihre Wirksamkeit prüfen, noch stärker koordinieren und zu einem übergreifenden Gesamtprogramm entwickeln.“ Wir laden Sie herzlich ein, das mit uns gemeinsam zu machen, wir laden auch herzlich die Fraktion DIE LINKE ein. Denn ich bin überzeugt: Wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Armutsbekämpfung in unserem Land, dann brauchen wir eine parteiübergreifende Linie, ein parteiüber-

greifendes Voranschreiten gemeinsam mit den Beiräten, gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren in unserer Stadt. – Vielen Dank! (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE *): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe mich nur noch einmal kurz zu Wort gemeldet, weil ich es auf der einen Seite wirklich großartig finden würde, ginge von der Bremer CDU ein Impuls in die Bundes-CDU aus, damit sich christliche Werte deutlicher als bisher durchsetzen;

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

zum Beispiel das Prinzip der Nächstenliebe oder das Prinzip vom Heiligen Sankt Martin, der bereit ist, seinen letzten Rock mit jemand zu teilen, der arm ist.

(Abg. K a u [CDU]: Das wollen Sie doch abschaffen!)

Wenn das gelänge, wäre es wunderbar!

(Beifall bei der LINKEN)

Manchmal habe ich auch ein Faust-Zitat im Kopf wie „Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Er zitiert das hier!)

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, wie genau Sie sich denn Armutsbekämpfung vorstellen. Frauen zurück an den Herd, Pflege in die Familie, frühzeitige Selektion in der Schule, Studiengebühren? Alles Dinge, die ich im Wesentlichen von der CDU kenne. Ich habe in diesem Hause aber auch schon gehört habe, dass gestern noch Atomwerke klasse waren, und am nächsten Tag hatten wir ein Ausstiegsszenario. Ich habe an dieser Stelle auch schon gesagt: Das respektiere ich ausdrücklich! – Wenn es gelingt, einen solchen Prozess in Gang zu setzen – ich meine den Hinweis auf die christliche Nächstenliebe keineswegs zynisch –, dann finde ich das in Ordnung. Denn wir haben zu wenig Lehrerinnen und Lehrer, wir haben zu wenig Sozialarbeiterinnen, wir haben zu wenig Stadtteilpolitik gegen Segregation, wir haben zu wenig preisgünstigen Wohnraum. Das lässt sich auflisten. Wir haben viele Instrumente, aber leider sind diese Instrumente in der Regel nicht gut ausgestattet.

Deswegen erweitere ich das Angebot von meinem Kollegen Erlanson. Wir haben demnächst Haushalts-

(D)

(A) verhandlungen, wir haben einen gewissen Stapel von Änderungsanträgen. Deswegen bin ich auch als Haushaltspolitiker noch einmal hier. Setzen wir uns zusammen und gucken unsere gemeinsamen Anträge durch! Ich habe gehört, Sie machen auch welche. – Prüfen wir einmal, ob das, was wir entwickelt haben und was Sie entwickeln, besser für die Bekämpfung der Armut in Bremen geeignet ist als das, was bisher im Haushalt steht! Ich bin davon überzeugt, dass das so ist mit unseren Anträgen. Lassen Sie uns das abgleichen, und dann können wir gucken, ob diese Form von Angebot tatsächlich werthaltig ist!

Meine Kollegen haben es schon gesagt: Lassen Sie uns gemeinsam dafür streiten, dass Kommunen und Länder wieder finanziell handlungsfähig werden! Das ist die Hauptbasis von Armutsbekämpfung in den nächsten 15, 20 Jahren. Das, was wir momentan an Schuldenbremse, an zu wenig Steuern und an zu hohen Ausgaben haben, verhindert Armutsbekämpfung. Deswegen lassen Sie uns auch dafür streiten, dass wir mit der neuen Bundesregierung die Kommunen und Länder wieder handlungsfähig machen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, aus dem Parlament liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(B) Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fand diese Debatte, die umfangreicher und länger war, als nach der neuen Geschäftsordnung vorgesehen ist, sehr interessant, weil das Thema aus vielen unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet wurde. Ich finde, das ist immer wieder großartig. In einer solchen Debatte kommen immer wieder sehr gute Denkanstöße heraus und werden herausgearbeitet. Ich konnte eigentlich bei jedem Redner und jeder Rednerin etwas finden, über das ich jetzt im Folgenden sprechen will, was ich aber auch noch einmal mit meinen eigenen Eindrücken nach zweieinhalb Jahren im Sozialressort versehen werde.

Wir haben eben schon ein bisschen gewitzelt. Ich bin froh, Herr Röwekamp – Sie sind ja hart ins Gericht gegangen mit der SPD, aber auch mit den Grünen und mit allen anderen –, dass Sie nicht auch noch den Vorwurf erhoben haben: Jetzt hat man hier die einzige grüne Sozialministerin, und immer noch ist die Armut nicht abgeschafft.

Es ist ja total paradox: Die Metropolregion Bremen–Oldenburg im Nordwesten Deutschlands gehört zu den fünf reichsten und wirtschaftsstärksten Regionen in Europa. Wir haben jeden Tag 100 000 Einpendler, die in Bremen arbeiten. Hier in diesem Bundesland

wird unheimlich viel produziert, hier wird auch Reichtum geschaffen. Aber wir stellen fest – das trifft nicht nur auf Bremen zu –: Es geht nicht so gerecht zu, es ist einfach nicht gerecht verteilt, und wir haben Familien, die dramatisch in Armut leben, besonders viele Kinder. Der Skandal um Kinderarmut ist zu Recht von allen angesprochen worden. Da müssen wir ran! Das ist eine ganz große politische Aufgabe, an die wir gemeinsam mit Programmen ran müssen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zu dieser verqueren Situation gehört auch noch, dass wir im Großstädtevergleich im Mittelfeld liegen und nicht das Schlusslicht sind. Wenn wir uns mit Dortmund, Düsseldorf und auch mit anderen Großstädten vergleichen, ist Bremen nicht die allerärmste Stadt, und wir machen nicht alles verkehrt. Ich glaube, dass Bremen sich auch schon Expertentum angeeignet hat. Ich sehe das ganz genauso. Wir sind Experten in der Armutsfolgenbekämpfung, und wir streiten darüber: Was müssen wir tun, um die Ursache von Armut zu bekämpfen?

(Beifall)

Dazu gibt es – je nach dem, wo man hier im Hause sitzt – unterschiedliche Sichtweisen, und auch Ansätze. Was kann man daran ändern? Herr Röwekamp hat gesagt: Wir brauchen eine Neuausrichtung. – Ich finde, die Wirtschaftsweisen haben eben nicht recht, wenn sie sagen – heute zu lesen, wenn man die Zeitung aufschlägt –, die Mütterrente sei ein Geschenk. Ich kann darin kein Geschenk erkennen. Eher würde ich zum Beispiel sagen: Eine Ursache von Frauenarmut ist es eben, dass Renten in diesem Land ungerecht berechnet werden.

(Beifall)

Ich möchte noch Folgendes sagen. Das betrifft in Bremen Unternehmen, das betrifft aber auch Bundesgesetze. Klaus Möhle hat total recht. Es gibt Bundesgesetze, die Armut schaffen und Armut verfestigen. Ich nenne die Entgeltungleichheit in Deutschland, dass Frauen bei gleichen Jobs bis zu 20 Prozent weniger verdienen. Jetzt rege ich mich auch einmal auf, weil ich das aus eigener Erfahrung weiß. Meine Mutter hat damals bei gleicher Arbeit 500 Mark im Monat weniger verdient als ihre Kollegen. So etwas ist ungerecht, und das muss man gesetzlich auch verbieten.

(Beifall)

Am Ende des Tages sehen wir uns alle bei der BfA. Dann sieht man die Rentenbescheide. Die Frauen kommen da raus und haben Renten, von denen man nicht leben kann. Wir stellen fest: Armut ist in Bremen oft weiblich. Wir haben viele ältere Frauen, die

(C)

(D)

(A) in Altersarmut leben. Da müssen wir ran, damit sich das verändert! Manche Prozesse werden Jahrzehnte dauern, bis wir das mit den Renten geändert haben. Mütterrente ist jetzt ein Ansatz. Aber da müssen an das Thema Bezahlung von Arbeit heran. „Mindestlohn“ ist auch schon als Stichwort gefallen. Es ist wichtig, dass wir wegkommen von den Mickerjobs, wegen der man im Alter wirklich nur zu uns, zum Sozialressort, ins Jobcenter und ins Amt für Soziale Dienste kommen kann. Es darf nicht sein, dass Menschen lange arbeiten und später nicht richtig von dem leben können, was sie sich erarbeitet haben. Das ist doch eigentlich pervers.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich habe überlegt, wie ich einsteigen soll, weil ich auch einen sehr persönlichen Bezug zu diesem Thema habe. Als ich 14 Jahre alt war, ist mein Vater gestorben. Er war in den Siebzigerjahren einer der ersten, die arbeitslos wurden. Damals war die Ölkrise. Er hatte bei Rogge in Bremerhaven gearbeitet. Das Unternehmen ist ins Straucheln gekommen, und er ist arbeitslos geworden. Er ist an der Arbeitslosigkeit psychisch zerbrochen. Damals hat man gesagt: Wer arbeitslos wird, hat irgendwie selbst daran Schuld. Dann kam später das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit, und es wurde gesagt: Der Einzelne kann manchmal gar nichts dafür, dass er arbeitslos wird, es liegt auch an den Unternehmen. – Über Arbeit gelingt uns in diesem Land mehr, als dass die Leute Geld verdienen. Arbeit ist auch wichtig für Integration, Arbeit ermöglicht Teilhabe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sind auch die Punkte wichtig, die schon angesprochen wurden: Jugendliche, die ohne Abschluss von der Schule abgehen. Es ist immer noch ein Hammer: Man geht zehn Jahre zur Schule. Wir haben Jahr für Jahr – das gibt es nicht nur in Bremen, sondern insgesamt in Deutschland – knapp 500 Jugendliche, die ohne Schulabschluss von der Schule kommen. Das ist ein Thema, bei dem wir richtig ran müssen an die Ursachen. Wir stecken viel Geld ins Schulsystem, müssen aber später viel zu viel Geld für die Reparatur ausgeben. Es wäre besser – da bin ich dann auch bei den Vorrednern; das kam auch von der SPD und von Frau Wendland –, früher in die Köpfe zu investieren, das Geld sozusagen dann in die Hand zu nehmen, statt später viel für die Reparatur von Mängeln auszugeben. Das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann möchte ich noch Folgendes sagen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Dann darf man aber nicht an Lehrerstellen und an Ganztagsschulen sparen!)

(C)

Daran haben wir nicht gespart, Herr Röwekamp. Jetzt hören Sie mal mit diesem Ammenmärchen auf! Schauen Sie sich in meinem Haushalt an, was wir heutzutage für die Kindertagesbetreuung ausgeben! Frau Quante-Brandt hat mehr Geld, als Willi Lemke jemals im Bildungshaushalt hatte. Das ist aber nicht nur alles eine Frage des Geldes, sondern es muss am Ende auch immer eine Frage der Qualität sein.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen) – Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Na, da bin ich aber einmal gespannt!)

Ich finde den Ansatz von Eva Quante-Brandt genau richtig, dass sie sich die Unterrichtsqualität anschaut.

Zum Ausbau der Ganztagsschulen, den schon Willi Lemke vorangetrieben hat, muss man auch einmal sagen: Ganztagsschulen sind europaweit als ein Instrument anerkannt, um Kindern bessere Bildungsabschlüsse zu verschaffen. Auch für Armutsprävention hat sich das bewährt. Das sind Prozesse, die Bremen schon gemeinsam mit vielen, auch mit den Fraktionen im Haus –. Grüne, CDU, SPD haben gesagt: Wir gehen den Weg. Gebundene Ganztagsschulen sind der richtige Weg.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Und mit dem Bund gemeinsam, übrigens!)

(D)

Das haben wir gemeinsam gemacht. Wir sind das erste Bundesland mit einem Schulkonsens gewesen. Das finde ich auch richtig, Herr Röwekamp! Aber wir müssen noch weitere Schritte gehen. Aber ob eine Enquetekommission das richtige Instrument ist? Sie haben ja die Fakten richtig aufgezählt, die Daten von 2009. Wir legen die Zahlen für 2013 vor.

Ich würde vorschlagen, dass wir uns die Bestandsanalyse anschauen. Wir analysieren ja die Maßnahmen, die hier aufgezählt worden sind; Wohnen in Nachbarschaften, ein sehr erfolgreiches Programm.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir schauen uns an, was mit „Soziale Stadt“ bewegt wird. Wir haben die Schuldnerberatung in dieser Legislatur wieder neu eingeführt, die präventive Schuldnerberatung, die abgeschafft worden war. Auch das werden wir uns anschauen. Aber wir können schon nach einem Jahr sagen: Das war erfolgreich und ist auch richtig, um Armut entgegenzutreten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Armutsfolgen!)

(A) Ja, das sind Armutsfolgen, aber darüber möchte ich eben auch reden. Es ist angesprochen worden das Bildungs- und Teilhabepaket. Ja, wir sind die Besten gewesen in der Bundesrepublik beim Abrufen der Gelder. Ich habe mit Frau von der Leyen gestritten und habe gesagt: Ich halte das Instrument für nicht richtig. – Aber wir haben auch gesagt, wenn der Bund ein solches Programm auflegt, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass die Kinder und Jugendlichen daran teilhaben können, dass wir Teilhabe ermöglichen. Unterm Strich haben wir festgestellt, dass wir das Geld abgerufen haben. Wir haben sogar mehr Geld für die Kinder und Jugendlichen ausgegeben – der Bund hat uns einen Teil davon erstattet –, aber wir erreichen längst nicht alle Kinder und Jugendlichen, die berechtigt sind, und deswegen brauchen wir andere Instrumente. Wir brauchen höhere Regelsätze in der Sozialhilfe, wir brauchen aber auch ein anderes Herangehen beispielsweise an die Frage, wie wir Schulen aufstellen. Dabei geht es nicht nur um Lehrer, sondern eben um ein Mix von Pädagogen und Schulsozialarbeit. Das Thema Gesundheit wird mit Schule viel zu wenig in Verbindung gebracht. Auch das gehört zur Armutsbekämpfung dazu.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Wir haben das Thema Schulsozialarbeit jetzt wieder auf die Tagesordnung der ASMK gesetzt. Wir streiten weiter dafür, weil wir mit der Schulsozialarbeit wirklich alle Kinder erreichen können. Das ist ein Programm, das der Bund uns finanziell ermöglicht hat, und dazu muss ich sagen: Das können wir uns im Augenblick selber – –.

(Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Wie viele
Schulsozialarbeiter hören jetzt auf?)

Es hören jetzt 20 Schulsozialarbeiter auf.

(Zuruf der Abg. Frau A h r e n s [CDU] –
Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Oh, Sandra,
hör jetzt mal auf!)

30 Stellen werden weiterfinanziert. Wir diskutieren mit der Bundesregierung weiter darüber, dass es sinnvoll ist, das als Teil eines Bildungs- und Teilhabepaketes fortlaufen zu lassen. Ich halte das für richtig.

(Zuruf der Abg. Frau A h r e n s [CDU])

Frau Ahrens, melden Sie sich doch einfach zu Wort! Ich will in Ruhe weitersprechen.

Als rot-grüne Koalition sind wir auf Bundesebene schwer für ein Bundesleistungsgesetz unterwegs. Horst Frehe hat ein Bundesteilhabegesetz bereits auf der Ebene der Staatssekretäre und Staatssekretärinnen diskutiert, was auch wichtig ist.

(C) Angesprochen wurde hier zu Recht auch das Thema Arbeitsverbot für Flüchtlinge. Wir erleben in diesen Tagen, dass Menschen mit guten Qualifikationen nach Deutschland kommen, aber auch Menschen, die noch Qualifizierung brauchen. Wenn wir das neunmonatige Arbeitsverbot weiter so lassen, dann nehmen wir uns als Land selber Chancen. Damit müssen wir doch aufhören. Wir nehmen nicht nur den Menschen Chancen,

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

sondern auch uns als Bundesrepublik Deutschland und auch als Bundesland Bremen. Deswegen ist es auch richtig, das Asylbewerberleistungsgesetz, das Menschen in Armut treibt, endlich abzuschaffen. Das ist ein alter Zopf.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei der LINKEN)

Das muss weg.

Das Thema Alleinerziehende möchte ich noch ansprechen. Es gibt viele Frauen, die gerade jüngere Kinder erziehen, die von Armut betroffen sind. Wenn die Kinder älter werden, stellen wir fest – das kann man statistisch dann nachweisen –, dass die Armutslebenslagen abnehmen. Aus meiner Sicht – das ist das große Rad, an dem wir auch bundespolitisch drehen müssen – müssen wir zu einem anderen Ausgleich kommen. Deswegen ist es richtig, dass man die gesamten Familienleistungen auf den Prüfstand stellt, die der Bund in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist ein schwieriger Prozess. Es geht um Leistungen, die man eingeführt hat, Steuererleichterungen wie das Ehegattensplitting. Das ist ein dickes Brett, das es zu bohren gilt. Aber ich bin der Überzeugung, dass wir uns dort hinbewegen müssen, wo Kinder sind – wir sagen: Familie ist da, wo Kinder sind –, dass wir eine Kindergrundsicherung in Deutschland brauchen, um Armutslagen in Familien zu verhindern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In Bremen wollen wir mit Ihnen – ich lade ausdrücklich, Herr Röwekamp, auch die CDU-Fraktion, alle Fraktionen hier aus dem Haus ein, die Ergebnisse des nächsten Armuts- und Reichtumsberichts ordentlich in einem transparenten Verfahren miteinander zu besprechen – auch auswerten, welche weiteren Weichenstellungen wir vornehmen müssen.

(C)

(D)

(A) Auch ich sehe das Problem der Schnittstellen, also der übergreifenden Zusammenarbeit. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit dem Stadtentwicklungsressort, das eng mit uns bei den WiN-Programmen zusammenarbeitet. Aber ich denke, es gibt auch noch andere Bereiche, in denen wir bei der Armutsbekämpfung gemeinsam noch stärker an einem Strang ziehen können.

Ich finde unterm Strich, dass die rot-grüne Koalition in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht hat. Wir haben in einem Haushaltsnotlageland Gelder umgeschichtet. Das waren über 50 Millionen Euro in der ersten Legislatur für Bildung und Erziehung. In dieser Legislatur haben wir erneut Gelder umgeschichtet, und in den Haushaltsberatungen geht dieser Prozess jetzt weiter. Da haben wir viele gute Sachen auf den Weg gebracht.

Herr Rupp, wenn Sie jetzt hier sagen: „Weg mit der Schuldenbremse, und dann ist auch die Armut hier weg.“ ist das eine Vereinfachung, die nicht zulässig ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]:
Aber bestehende Einnahmen können umgeschichtet werden!)

(B) Ja, aber es wird suggeriert, wenn die Schuldenbremse erst einmal weg sei, dann könnten wir hier Geld ausgeben. Diese Rechnung geht auch an dieser Stelle nicht auf.

(Zuruf der Abg. Frau Vogt [DIE LINKE])

Okay, dann haben wir das vielleicht unterschiedlich wahrgenommen. Aber das Bild, das von den LINKEN gezeichnet wird, ist an dieser Stelle oft zu einfach. – Danke für die Debatte!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/958 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE und BIW)

Danke, ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Enthaltungen?

(C) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Lampedusa muss ein Wendepunkt für Europa sein!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 7. November 2013
(Drucksache 18/1119)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Mäurer.

Meine Damen und Herren, als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen *): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über EU-Flüchtlingspolitik, ein verwandtes Thema zu dem Thema, das wir vorhin besprochen haben. Es ist eine Binsenwahrheit, dass in der Politik schnell viel geredet, aber umso langsamer gehandelt wird. An kaum einem Vorgang lässt sich das so gut und zugleich so bedrückend ablesen wie an den Ereignissen um Lampedusa.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(D) Als sich die Ereignisse überschlugen und fast jeden Tag neue Schreckensmeldungen über sinkende Boote und ertrinkende Kinder, Frauen und Männer Deutschland erreichten, war klar, dass eine andere Flüchtlingspolitik her muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war selbst aus Kreisen der Bundesregierung bekannt, und es wurde klar, dass so etwas nicht so weitergehen kann, nicht so bleiben kann; auch wenn dies eine Aussage der Bundesregierung hinter vorgehaltener Hand war.

Und jetzt? Schon der EU-Ministerrat vor zwei Wochen enttäuschte! Von neuer Flüchtlingspolitik konnte keine Rede sein, dafür war umso mehr die Rede von einer Stärkung der Frontex-Agentur gegen wehrlose Flüchtlinge, die sich zu Hunderten auf kleine, sehr untaugliche Nusschalen, die jederzeit zu sinken drohen, begeben, drängen. Meine Damen und Herren, ein zivilisiertes Europa, ein zivilisiertes Deutschland sollte dies nicht länger zulassen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Vizepräsident Rave n s übernimmt den Vorsitz.)

Viele von uns haben sich am 8. und 9. November zusammengefunden, um Opfern einer Zeit zu geden-

(A) ken, in der gewalttätig gegen vermeintlich andersartige und anders lebende Menschen vorgegangen wurde, einer Zeit, in der ausgegrenzt, abgeschoben und inhaftiert wurde. Viele Redner haben aufrichtig gesprochen und sich dazu bekannt: Das darf in diesem Land nicht wieder geschehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich klar sagen: Es geht mir nicht um Vergleiche mit damals. Nein! Darum geht es mir nicht! Aber es geht um die Aufrichtigkeit unserer Bekenntnisse. Wenn es eine Lehre gibt, die aus den Geschehnissen des November 1938 zu ziehen ist, dann diese: Wir müssen eine Gesellschaft aufbauen und, soweit sie schon besteht, erhalten, die fest auf dem Boden der Menschenrechte steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In diesem Zusammenhang bedeutet „Menschenrechte“, Flüchtlingen zu helfen, sie nicht auszugrenzen, zu inhaftieren und abzuschieben. Deshalb brauchen wir, meine Damen und Herren, einen echten Flüchtlingsschutz, einen echten europäischen Flüchtlingsschutz, einen konsequenten humanen Umgang mit den Flüchtlingen. Das ist die Botschaft von Lampedusa.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es ist doch absurd, dass Europa um einige Hunderte Flüchtlinge in diesem oder jenem Aufnahmeland streitet, wenn ein kleines Aufnahmeland wie Jordanien Millionen Flüchtlinge aufnimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Stattdessen müssen wir Wege finden, wie Menschen in Not legal nach Europa kommen können, ohne ihr Leben zu riskieren. Bremen kann dafür etwas tun. Bremens Stimme wird im Bundesrat, aber auch in der Öffentlichkeit gehört.

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen haben wir im Rathaus Aminato Haydar, einer Frau aus West-Sahara, den Bremer Solidaritätspreis verliehen. Das wird wahrgenommen in Bremen, in Deutschland, in Europa. Deshalb wollen wir mit unserem Antrag das Bremer Gewicht in die Waagschale werfen. Bremen soll seinen Einfluss geltend machen. Rechtsvorschriften, nach denen Menschen der Beihilfe zu illegaler Einwanderung beschuldigt werden, weil sie ertrinkende Mitmenschen aus dem Wasser ziehen, gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

(C)

Bremen ist eine durch und durch europäische Stadt, eine Weltstadt, vielleicht nicht der Größe nach, aber dem Geiste nach. Wir sind Hauptstadt des fairen Handels. Lassen Sie uns danach streben, Hauptstadt des fairen Umgangs mit Menschen zu sein!

Abschließend möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass Deutschland als eine große Industrienation zu den Hauptverursachern der Erderwärmung gehört, was unter anderem zu Katastrophen wie aktuell auf den Philippinen führt. Ich denke, dass sich durch solche Klimakatastrophen der Migrationsdruck erhöht; es wird mehr Flüchtlinge, mehr Klimaflüchtlinge geben, aber nicht einmal zehn Prozent aller dieser Flüchtlinge, dieser weltweiten Flüchtlinge erreichen Europa, erreichen europäischen Boden. Deshalb kann keine Rede von einer Flutwelle oder einem Tsunami der Flüchtlinge in Europa sein. Deshalb ist das, was im Mittelmeer auf Lampedusa passiert, meine Damen und Herren, unerträglich für Europa. Deshalb kann es nicht so bleiben! Wir müssen etwas dafür tun, wir müssen uns dafür einsetzen. Ich bitte Sie um Unterstützung unseres Antrages. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Timke, Bürger in Wut.

Abg. **Timke** (BIW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Jahren ist die Zahl der afrikanischen Flüchtlinge, die versuchen, von Tunesien oder Libyen aus über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, sprunghaft angestiegen. Immer wieder kommt es dabei zu bedauerlichen Schiffsunfällen mit Todesopfern. In den letzten zehn Jahren kamen nach Angaben unabhängiger Hilfsorganisationen dabei mehr als 6 200 sogenannte Boat-people ums Leben. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen legen uns aus Anlass dieser Flüchtlingstragödien heute einen Antrag vor, der eine Änderung der bisherigen europäischen Flüchtlingspolitik fordert. Die Antragssteller betiteln ihre Eingabe mit der Aussage, dass die Flüchtlingstragödien vor Lampedusa ein Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik sein müssen.

Ja, meine Damen und Herren, diese furchtbaren Ereignisse müssen ein Wendepunkt sein, und zwar ein Wendepunkt hin zu einer vernunftorientierten Politik. Sie muss darauf ausgerichtet sein zu verhindern, dass einerseits weitere Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken und andererseits auf Basis bestehender gesetzlicher Regelungen ein ungebremster Zuzug von Armutsflüchtlingen in die europäischen Sozialsysteme passiert, denn die daraus resultierenden Lasten kön-

(A) nen die EU-Staaten auf kurz oder lang nicht mehr stemmen.

In diesem Zusammenhang weise ich auf eine Prognose der UNO hin, nach der sich die Bevölkerung Afrikas in den nächsten 40 Jahren von derzeit einer Milliarde Menschen auf dann 2,3 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln wird. Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung der Antragsteller, man könne die illegale Zuwanderung reduzieren, indem man die legalen Möglichkeiten der Einwanderung nach Europa ausweitet, abwegig. Im Gegenteil würde dieser Ansatz den Zuwanderungsdruck sogar noch erhöhen, denn je mehr Menschen aus der Dritten Welt Aufenthalt in Europa gewährt wird, desto größer wird das Bestreben der Zurückgebliebenen, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls nach Europa zu kommen. Wem die EU keine legale Einwanderung gewährt, der wird dann auch weiter versuchen, auf dem illegalen Weg, auf dem gefährlichen Weg, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Damit wären die humanitären Probleme nicht gelöst.

SPD und Grünen ist allerdings grundsätzlich recht zu geben, wenn sie eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge anmahnen. Man darf sich allerdings auch hier nichts vormachen, denn selbst wenn die EU diesen Prozess aktiv begleiten und ihre Exportsubventionen für Agrarprodukte ebenso revidieren würde wie auch ihre ruinöse Fischereipolitik, würde es Jahrzehnte dauern, meine Damen und Herren, bis die sozialen Standards, insbesondere in Afrika, ein Niveau erreicht haben, das die Auswanderung nach Europa aus Sicht der dort lebenden Menschen unattraktiv werden lässt, wenn das überhaupt jemals gelingt.

(B) Um also humanitäre Katastrophen wie die vor Lampedusa zukünftig zu verhindern, bedarf es schnellerer Lösungen. Wie könnte so eine Lösung aussehen, meine Damen und Herren? Wir „Bürger in Wut“ schlagen in Anlehnung an eine Initiative des damaligen Bundesinnenministers Otto Schily vor, Aufnahmezentren für Flüchtlinge in ausgewählten Staaten Nordafrikas einzurichten.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Hatten wir schon einmal! Gaddafi war da ganz weit führend!)

Dazu sind entsprechende Vereinbarungen mit den Regierungen dieser Länder zu schließen. Die Aufnahmeeinrichtungen würden von der EU finanziert und beaufsichtigt, um eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung sowie ein faires Verfahren der dort untergebrachten Flüchtlinge zu gewährleisten. Die Zentren wären dann verbindliche Anlaufstellen für alle Zuwanderer, die von dem afrikanischen Kontinent kommen und nach Europa einreisen wollen, um einen Schutzantrag zu stellen. Asylanträge dürften dann nur in diesen Zentren gestellt werden. Nach erfolgter Prüfung würden politisch Verfolgte und Bür-

gerkriegsflüchtlinge dann sicher von der EU nach Europa verbracht. Abgelehnte Asylbewerber würden hingegen wieder in ihre Heimatländer verbracht.

(C)

Weil auch afrikanische Flüchtlinge, meine Damen und Herren, die illegal nach Europa kommen, in diese Aufnahmezentren verbracht würden, entfielen dann natürlich auch jeder Anreiz, die gefährliche Reise über das Mittelmeer mittels Schlepperbanden durchzuführen. Den kriminellen Schlepperbanden könnte man so das Geschäft vermiesen und ihnen dann auch den finanziellen Boden entziehen. Mit dieser Lösung, meine Damen und Herren, wäre also allen geholfen, einerseits den Flüchtlingen, und andererseits wäre auch dem legitimen Interesse der Aufnahmeländer Rechnung getragen.

Die Realisierung der uns vorliegenden Vorschläge von SPD und Grünen würde hingegen dazu führen, dass noch mehr Armutszuwanderer aus Afrika nach Europa drängen und dass weiter Menschen im Mittelmeer zu Tode kämen. Profiteure – ich hatte es gesagt – wären einzig und allein die Schlepperbanden. Gerade denen, die aus dem Leid und dem Tod der Menschen Profit schlagen, sollten wir doch ganz schnell das Handwerk legen. Dafür ist aber der uns vorliegende Antrag nicht geeignet, denn er enthält keine Regelung, wie wir den Schlepperbanden hier das Handwerk legen können, und deswegen lehnt die Gruppe „Bürger in Wut“ die Forderung von Rot-Grün ab. – Vielen Dank!

(Beifall bei BIW)

(D)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien, CDU-Fraktion.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Flüchtlingsdramen, die sich im Oktober vor der italienischen Insel Lampedusa abgespielt haben und auch derzeit wahrscheinlich noch immer abspielen, sind Anlass für den Dringlichkeitsantrag der Koalitionspartner, auch hier in Bremen darüber eine Debatte zu führen. Angesichts der Bilder, die wir alle vor Augen haben, und der Schicksale und Tragödien der Menschen ist das Bedürfnis einer parlamentarischen Debatte durchaus nachvollziehbar. Auch wir, die CDU-Fraktion, verurteilen fassungslos die Geschehnisse und trauern mit den Opfern und deren Familien.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wohl leider so, dass oft erst etwas passieren muss, bevor ein schon länger drängendes Thema in den Blick der politischen Öffentlichkeit gerät. Die EU-Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ist dadurch nicht nur im Europäischen Parlament und im Rat in den Fokus gerückt, sondern auch bereits Teil der derzeitigen Koalitionsverhandlungen gewesen. Die

- (A) Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der EU bleibt in den nationalen Parlamenten, aber zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU eine nach wie vor leider äußerst strittige Materie.

Nun zu Ihrem Antrag! Viele Ihrer Punkte sind auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. Oktober dieses Jahres zu dem Zustrom von Migranten im Mittelmeerraum enthalten.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Gut recherchiert!)

Natürlich unterstützen wir die Aussage Ihrer ersten Forderung, dass der Schutz von Leib und Leben der Flüchtlinge für nationale und europäische Instanzen oberste Priorität haben muss.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich kann es nicht sein, dass Fischer ertrinkenden Flüchtlingen nicht helfen dürfen. Das ist unerträglich, aber leider durch die italienische Gesetzgebung bisher gedeckt. Es ist unerträglich und in unseren Augen mit den europäischen Rechtsvorschriften nicht vereinbar, aber wir können hieran im Moment, vor allen Dingen aus Bremen heraus, nichts ändern.

- (B) Beim dritten Punkt wird es schon schwieriger. Sie sagen, Asylsuchenden müsse ein sicherer Zugang zum europäischen Asylsystem gewährt werden. Es gibt aber noch kein einheitliches Asylsystem in den Mitgliedsstaaten. Die CDU-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Dublin-Abkommen, das besagt, dass Asylsuchende in jenem Land ihren Antrag stellen müssen, in dem sie an Land gehen.

(Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]: Und dann wundern Sie sich über die italienische Gesetzgebung?)

Das trifft im Mittelmeerraum natürlich insbesondere Länder wie Italien, Spanien, Malta und Griechenland, die deshalb eine Quotenregelung zur Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU befürworten. Wenn es aber um den Vergleich von Asylbewerberzahlen in der EU geht, auf den sich auch unser Innenminister Friedrich gern beruft, kann Deutschland für sich tatsächlich verbuchen, die meisten Schutzsuchenden aufzunehmen. Nach den Angaben des europäischen Statistikamtes Eurostat wurden im vergangenen Jahr rund 330 000 Asylanträge in der EU gestellt, davon 77 500 allein in Deutschland. Das bedeutet, dass 23 Prozent aller in der EU ankommenden Flüchtlinge schon heute einen Asylantrag in Deutschland stellen.

Zu dem zweiten Punkt oder zu weiteren Punkten Ihres Antrags. Das weltweite – ich betone „weltweite“ – Flüchtlingsproblem, so wie es Frau Mohammadzadeh ja auch sieht, nicht nur in Italien, sondern auch

in Mexiko, Jordanien und sonst wo, kann nicht allein auf dem Boden der EU gelöst werden, sondern muss vielmehr auch in den jeweiligen Ländern angegangen werden, in denen die Menschen in Not sind. Durch die beobachtenden und präventiven Instrumente von Frontex und entwicklungspolitischen Maßnahmen vor Ort müssen Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern frühzeitig erkannt werden. Es muss gezielter gegen Schlepper- und Schleuserbanden vorgegangen werden.

(C)

Die EU gibt zum Beispiel gegenwärtig jährlich sieben Milliarden Euro für die nordafrikanischen Länder aus. Hier muss man und kann man gucken, ob Entwicklungspolitik nicht noch einmal neu aufgesetzt werden muss, damit Flüchtlinge gar nicht erst in die Hände von Schleppern oder auf die Boote kommen. Es muss also auch etwas für die Problemlösung in den Herkunftsländern getan werden. Wichtig ist es, Lebensperspektiven vor Ort zu verbessern und nicht möglichst viele Menschen dazu zu bewegen, ihre Heimatländer zu verlassen, da die Lebensbedingungen innerhalb der EU besser erscheinen.

Das Recht auf Asyl ist eine wichtige Errungenschaft der Neuzeit, und unbestritten möchte jeder, der sein Land aus Not und mit Furcht um sein Leben verlassen muss, an anderer Stelle freundlich aufgenommen werden. Aber das Flüchtlingsproblem an den europäischen Grenzen kann nicht dadurch gelöst werden, dass die Grenzen einfach geöffnet werden, sei es temporär oder auch langfristig. Das, meine Damen und Herren, fordern Sie aber in den Punkten Ihres Antrags, und das ist genauso unverantwortlich wie das derzeitige Vorgehen, das Sie in den Punkten 1 und 2 Ihres Antrags zu Recht kritisieren.

(D)

Das zieht leider auch noch die Frage nach sich: Was kann man eigentlich der eigenen Bevölkerung zumuten? Frau Stahmann hat gestern noch einmal sehr eindrucksvoll dargelegt, wie schwierig die Unterbringung der Flüchtlinge ist und dass das derzeit ein Megathema ist. 2013 werden voraussichtlich 100 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen, die untergebracht und versorgt werden müssen. Allein für den Bremer Haushalt bedeutet das Mehrausgaben von 18 Millionen Euro. Ich finde es nicht fair, hier quasi alle Grenzen zu öffnen und gleichzeitig zu fordern, wie Sie das in Punkt 4 tun, dass Bund und EU alle Folgekosten dafür zu tragen haben. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Alles in allem ist und bleibt das ein komplexes, schwieriges Thema, das auf nationaler und europäischer Ebene noch sehr strittig ist. Hier mehr europäische Solidarität einzufordern, ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir alle teilen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Schön wäre, wenn alle Parteien auf nationaler und europäischer Ebene mehr aufeinander zugehen würden. Wir Bremer gehen häufig mit gutem Beispiel vor-

- (A) ran, allerdings sind bei mir nach der Debatte von heute Morgen ein bisschen Zweifel aufgekommen, wenn man überparteilichen Gremien nicht zustimmen kann. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gerade ein bisschen am Überlegen, ob ich auf die vorangegangenen beiden Beiträge eingehen soll oder ob ich es nicht einfach bleiben lasse. Man muss nicht über jedes Stöckchen springen.

(Abg. Frau **Grobien** [CDU]: Wir springen ja auch nicht über Ihre!)

- (B) Ich möchte aber doch noch zwei Sachen grundsätzlicher Art und Weise dazu sagen. Wenn ich hier von Armutsflüchtlern und Zuströmen höre, dann drehen sich mir wirklich die Haare auf. Denn wenn mir irgendjemand erzählt, dass ungehindertes Zuströmen von Migranten oder Armutsflüchtlern – beides wurde ja eben gesagt – unsere Sozialkassen plündert, was ja auch oft zu hören ist, dann wird mir mit Blick auf die Verantwortung, die wir als europäische Staaten haben, schlecht, weil es die Verantwortung umdreht.

(Beifall bei der LINKEN und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss nicht in die weitere Geschichte gucken, was die Kolonialgeschichte angeht, da kann man sich auch einfach einmal die letzten 30 Jahre nehmen. Der Klimawandel wurde hier schon angesprochen. Der Klimawandel ist in erster Linie von den Industrienationen verursacht; auch von den europäischen. Er hat in der Subsahara zu ganz dramatischen klimatischen Veränderungen geführt und damit für weite Teile in den Ländern dort die Existenzgrundlage im Sinne von Landwirtschaft vernichtet.

Es gibt eine europäische Verantwortung, auch eine Verantwortung der USA, auch eine der von China, völlig klar, aber eben auch eine europäische Verantwortung.

Stichwort „Überfischung“ – eine ganz klare europäische Verantwortung, Stichwort „Nahrungsmittelspekulation“, seit den Neunzigern ist die Deutsche Bank daran beteiligt. Ich könnte hier eine ganze Menge Sachen – ohne Kriege – aufzählen, die dafür ursächlich sind, dass die Menschen, insbesondere in der Subsahara, zunehmend verarmen und in ihrer Existenzgrundlage materiell, also auch mit dem Tode, bedroht sind, wenn wir als europäische Staaten – nicht

jeder einzelne hier von uns, in vielen Fällen geht es um Entscheidungen, die wir überhaupt nicht zu verantworten haben; es sind auch Unternehmens- und wirtschaftliche Entscheidungen, aber wir müssen uns natürlich als Staaten dieser Verantwortung stellen –, Teil des Problems in Afrika sind. Wer sagt: „Die Leute sind Armutsflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, sie strömen hier herein, um uns zu plündern.“, dreht damit einfach die Verantwortung, die wir haben, um. Das möchte ich in diesem Haus hier eigentlich nicht mehr hören!

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme jetzt auf den Antrag zurück: Ich hatte ein bisschen Schwierigkeiten damit – es wird sie nicht verwundern –, weil Frontex, diese Behörde, die 2004 auch unter tatkräftiger Mitwirkung von Otto Schily geschaffen worden ist und seitdem für auch für Todesfälle im Mittelmeer verantwortlich ist, immer wieder Pushback-Aktionen betrieben hat, sprich Boote zurückgedrängt und damit gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen hat. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Wir wollen Frontex gern abschaffen.

Wir haben auch, was die Beziehungen von Bremer Unternehmen und eventuell der WFB zu Frontex angeht, im Oktober einen Antrag eingebracht, den wir hier auch noch diskutieren werden. Ich finde den grundsätzlichen Ansatz des Antrags der Koalition komplett richtig. Das gilt insbesondere auch für die Fragen von Dublin-II, die hier sehr richtig aufgeworfen werden, für die Frage, was dringend geändert werden muss, und insbesondere auch für die Fragen nach einem vereinfachten beziehungsweise einheitlichen europäischen Asylrecht, insbesondere auch für die Frage nach einer legalen Migration und insbesondere auch die Frage der Aufteilung von Geflüchteten und auch die Frage der Kostenübernahme und insbesondere natürlich auch für die Forderung, die hier zumindest anhand der Frontex-Behörde aufgeführt wird, dass auf jede Rückschiebung, auf jede Rückführung und natürlich auf die sogenannten Pushbacks in Zukunft verzichtet werden soll.

Von daher – auch wenn wir Frontex gern ganz abschaffen würden und auch überhaupt keine Grundlage dafür sehen – werden wir aus diesen vielen anderen Punkten, die Sie zu Recht hier in Ihrem Antrag aufgeführt haben, Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Rednerin erteile ich das Wort Frau Kollegin Mahnke, SPD-Fraktion.

Abg. Frau **Mahnke** (SPD)*): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube nicht, dass ich Ihnen jetzt noch einmal die gesamten Bilder vor Augen führen muss. Sie sind allen präsent,

(C)

(D)

- (A) und meine Vorredner haben die Szenen ja schon einmal nachgezeichnet. Ich denke aber, ich spreche für uns alle hier im Raum, wenn ich sage, dass wir diese Szenen nie wieder sehen wollen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Ich glaube und hoffe, auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen der CDU, ist bewusst, dass es zu einem Umdenken in der Flüchtlingspolitik kommen muss, und zwar in ganz Europa. Es kann doch nicht sein, dass Frau Merkel abwiegelt und der Meinung ist, dass Deutschland bereits zu viele Asylbewerber aufnimmt.

Sehr geehrte Frau Grobien, auch Sie haben eben wieder versucht, uns darzustellen, dass Deutschland die meisten Flüchtlinge aufnimmt. Um Ihnen das wirklich einmal anhand von Zahlen zu verdeutlichen: Deutschland hat im ersten Quartal 2013 pro 1 000 000 Einwohner 255 Flüchtlinge aufgenommen, Schweden dagegen 1 015, und selbst Zypern liegt mit 370 Flüchtlingen noch darüber.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

- (B) Um eine bessere Verteilung der Flüchtlinge sicherzustellen, müssen die bestehenden Regeln überdacht werden. Hier weigert sich jedoch die CDU auf Bundesebene bislang immer noch hartnäckig. Es kann auch nicht sein, dass sich ein Bundesinnenminister nach dem Unglück hinstellt und lediglich schärfere Maßnahmen gegen Schlepper fordert. Meine Damen und Herren, damit ist es doch bei Weitem nicht getan.

Schauen wir uns einmal die Dublin-II-Verordnung an! Nach dortigen Kriterien ist derjenige Staat für das Asylverfahren zuständig, der die Einreise veranlasst oder nicht verhindert hat. Dies führt doch genau dazu, dass Staaten mit EU-Außengrenzen wie Italien und Malta ihre Grenzen zumachen und extrem scharf bewachen und auch alle unter Strafe stellen, die Flüchtlinge an Bord ihrer Schiffe nehmen. Dies ist nicht verwunderlich, da diese Staaten auch die Kosten, die mit dem Asylverfahren verbunden sind, tragen. Obwohl: Wenn man sich die Zahlen für Italien ansieht, so muss man feststellen, dass Italien sehr wenige Flüchtlinge aufnimmt. Dies dürfte allgemein gar nicht einmal bekannt sein, da die Medien uns etwas anderes suggerieren. Um dies zu vermeiden, muss es zu einer neuen gesamteuropäischen Lösung und Regelung kommen, die alle in gleichem Maße fordert und nicht Einzelstaaten mit ihren Problemen allein lässt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind daher alle aufgefordert, Flüchtlingen und Migranten verschiedene Möglichkeiten zu bieten, legal und sicher in die EU zu kommen, statt in ihren

kleinen Booten, mit denen es dann zu solchen Unglücken kommt. Eine gute Möglichkeit bietet unter anderem ein humanitäres Visum für Flüchtlinge, die in Europa Schutz suchen. Dieses Instrument wird leider sehr wenig genutzt. Zudem brauchen wir eine zielorientierte Zuwanderungspolitik für Menschen, die hier arbeiten wollen. Aber auch eine Regelung des gesamten Finanzierungssystems für die Flüchtlinge muss dringend erarbeitet werden. Wir sehen doch allein in Bremen und Bremerhaven, welche Kosten auf Länder und Kommunen in diesem Kontext zukommen. An dieser Stelle sind der Bund und die Europäische Union dringend gefordert, einfach damit es finanzierbar wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sicherlich – das wurde auch schon erwähnt – wäre es am besten, wenn es gar nicht zu diesen Flüchtlingsströmen kommen würde, aber um dies zu erreichen, muss dringend etwas hinsichtlich der Situation der Menschen in ihren Ländern getan werden. Dies ist ein weiterer Baustein im Umdenkungsprozess aller. Wir müssen uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Lebensbedingungen dieser Menschen in ihrer Heimat verbessert werden.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

(D) Nur mit einem gesamten Katalog an Maßnahmen – sei es bei der Aufnahme der Flüchtlinge in den einzelnen Mitgliedsstaaten, bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen und Länder für die Flüchtlingsarbeit oder bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Heimatländern – können wir etwas erreichen. Wir können aus Bremen heraus nur die Diskussion mit anstoßen und unseren Senat auffordern, sich in den entsprechenden Gremien für eine veränderte Flüchtlingspolitik stark zu machen. Denn eines ist doch klar: Es ist keine Lösung, Menschen in Länder abzuschieben, in denen ihr Leben gefährdet ist. Auch eine Abschottung – da richte ich noch einmal das Wort an Sie, Frau Grobien – kann nicht die Antwort Europas auf Lampedusa sein.

(Abg. Frau Grobien [CDU]: Haben Sie mir nicht zugehört?)

Ich hoffe, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie werden auch noch einmal zu einem Umdenken in dieser Politik kommen. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächstes ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Kuhn, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(A) Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will doch noch einmal auf die Geschichte zurückkommen: 1938 gab es ein bitteres Wort in den jüdischen Weltverbänden, die gesagt haben: Die Welt teilt sich in zwei Teile. Der eine Teil sind die Staaten, die die Juden vertreiben, und der andere Teil sind die Staaten, die sich weigern, die Juden aufzunehmen, wenn sie vertrieben werden.

Die Argumente, verehrte Kolleginnen und Kollegen, waren immer die gleichen, wenn das Recht auf Asyl infrage gestellt, angegriffen, ausgehöhlt werden soll. Die Argumente sind dann immer, dann würden ja alle kommen! Das war immer so. Ich würde Sie ganz herzlich bitten, auch Frau Kollegin Grobien, dieses Argument wenigstens vorsichtig – – .

(Zuruf der Abg. Frau G r o b i e n [CDU])

Nein, immer wieder kommen solche Argumente! Es geht nicht darum, die Grenzen ganz offen zu machen, darum geht es überhaupt gar nicht. Es geht nicht darum, die Grenzen einfach weit aufzumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf der Abg. Frau G r o b i e n [CDU])

(B) Es geht darum – lassen Sie mich das sagen –, einen fairen Zugang zum Asylrecht zu gewährleisten. Das ist das Entscheidende,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau G r o b i e n [CDU]: Genau!)

und das ist auch der Punkt, wo unsere Forderung nach Einführung eines humanitären Visums hineinkommt. Denn jetzt, gegenwärtig, gewährleistet der Weg über die Meere durch verschiedene Dinge, teils durch Politik, teils durch die kriminellen Machenschaften, die dahinter stehen, keinen fairen Zugang zum Asylrecht. Es gibt diesen fairen und sicheren Zugang nicht.

Deswegen sagen wir: Das humanitäre Visum ist eine Möglichkeit, diesen fairen Zugang zu gewährleisten. Prüfung ist immer dabei; das ist selbstverständlich. Das wollte ich in diesem Falle sagen, denn das Argument, wir würden überfordert und wir würden es nicht schaffen, finde ich bei diesen Diskussionen falsch. Wissen Sie, es macht keinen Sinn zu sagen – wie der Europäische Rat –: Wir bedauern die Ereignisse vor Lampedusa, aber wir verschieben erst einmal die Debatte auf Juni nächsten Jahres. Das geht nicht, das funktioniert nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

An diesem Verschieben war leider die Bundesregierung maßgeblich beteiligt.

Ich will auf die europäische Diskussion eingehen. Was sind die Fragen, die diskutiert werden? Die eine Frage betrifft in der Tat die Weiterentwicklung der Dubliner Abkommen. Natürlich kann man immer auf die Zahlen, auf die aktuellen Zahlen, auf die Gesamtzahlen verweisen. Es ist aber etwas anderes, ob man Staaten, ob man Ländern, die vorübergehend oder auch über längere Zeit durch besondere Ereignisse sehr gefordert sind und harten Anstrengungen ausgesetzt sind, zusichert, dass es einen solidarischen Ausgleich geben kann. Das ist doch etwas anderes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht nicht um ein abstraktes Quotensystem, es geht nicht um Mathematik, sondern es geht um die Frage, ob man in zugespitzten Situationen zeigt, dass man solidarisch ist. Das würde ich von Europa erwarten; das ist der Punkt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Frontex ist eine Chiffre für diese Politik, die verkehrt läuft, wobei man daran erinnern muss, dass Frontex nicht die Grenzsicherung Europas ist. Die Grenzsicherung Europas wird weiterhin von den Nationalstaaten wahrgenommen. Frontex ist eine Truppe von 250 Leuten, mit sehr viel Geld, sehr viel Ausrüstung. Sie sind, unter anderem durch den Europäischen Gerichtshof in Straßburg, überführt worden, es ist bewiesen worden, dass sie in ihren Aktionen Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die sogenannten Pushbacks, die nicht geleistete Hilfe auf hoher See – alle diese Dinge waren tatsächlich Politik und sind, fürchte ich, bis heute Politik der Frontex. Deswegen muss Frontex radikal verändert werden. Mir wäre es am liebsten, auch der Name würde geändert, damit deutlich wird, dass das radikal geändert werden muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der Schutz von Flüchtlingen muss an allererster Stelle stehen und alles andere danach. Ich meine, ich bin der Überzeugung, es muss Sicherung von Grenzen geben. Aber der Schutz der Menschen in Not muss an allererster Stelle stehen. Das ist gegenwärtig bei der politischen Bestimmung der Aufgaben von Frontex nicht der Fall. Aber – darauf komme ich jetzt – es wird gerade in Europa diskutiert.

Die Kommission hat eine Mitteilung vorgelegt. Wir Grünen halten diesen Vorschlag für nicht ausreichend, weil da immer noch – in anderer Form zwar – von

(C)

(D)

(A) diesen sogenannten Pushbacks, also der vorzeitigen Rückführung schon auf dem Weg von Flüchtlingen, die Rede ist. Sie versuchen, das irgendwie menschenrechtskonform hinzubekommen. Ich zweifele daran. Wir wollen ausschließen, dass es überhaupt stattfinden kann. Das muss in den Aufgaben einer Frontex – oder wie immer sie dann heißen mag – festgelegt werden.

Ich glaube, dass wir uns – darauf zielt der Antrag ab – auf der Linie unseres Antrags in diese Diskussion einmischen müssen. Ich glaube nicht, dass wir auf die europäische Grenzsicherung verzichten sollten. Denn die Zurückführung in nationale Souveränität halte ich – wenn ich mir einmal anschau, was dann passieren würde – nicht für den richtigen Weg. Ich stehe also für eine europäische Grenz- und Flüchtlings- und Asylpolitik, die solidarisch ist und die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das muss das oberste Gesetz sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächstes rufe ich Herrn Senator Mäurer auf.

(B) **Senator Mäurer:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich greife diese Debatte sehr gerne auf. Es sind zahlreiche Elemente diskutiert worden, die uns weiterhelfen. Ich glaube, gerade der Hinweis auf die europäische Verantwortung ist ein ganz wichtiger Aspekt. In der Tat ist die Frage: Haben wir etwas damit zu tun? Wir sehen die Bilder in Afrika, wir erleben Bürgerkriege, Militärdiktaturen und im Anschluss an Kriege wieder Hungersnöte, Katastrophen. Wir berichten dann über Hilfsmaßnahmen, und bei alledem kommt häufig die Frage zu kurz: Wer ist für das alles mitverantwortlich? Ich glaube, ein Blick zurück in die eigene Geschichte wäre dabei sehr hilfreich.

Diese ganze Entwicklung ist nicht zu erklären ohne die Politik der Engländer, der Franzosen und auch nicht zuletzt der Deutschen. Bremen ist einmal die Stadt der Kolonien gewesen. Die Denkmale der damaligen Zeit stehen heute noch in dieser Stadt. Ich glaube, damit verbindet uns auch eine gewisse Verantwortung, ich glaube, eine europäische Verantwortung für das, was sich in den letzten Jahren in Afrika entwickelt hat.

Die ganzen Auseinandersetzungen sind weitestgehend darauf zurückzuführen, dass die europäischen Großmächte die Länder nach ihren Maximen, nach imperialen Vorstellungen organisiert haben. Sie haben keine Rücksicht auf die Entwicklung der Bevölkerung oder auf die Zugehörigkeit der Stämme genommen oder Ähnliches – das hat weder die Franzosen noch die Engländer interessiert –, sondern sie haben die Länder aufgeteilt und damit die Wurzeln für viele Auseinandersetzungen gelegt, die mit die-

sem Elend, was wir täglich erleben, verbunden sind. Insofern ist das auch Teil unserer Geschichte und Teil unserer Verantwortung als Europäer.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Damit ist, glaube ich, auch schon die zweite Ansage gegeben. Natürlich können wir das Problem nicht lösen, indem wir darauf warten, dass sich in Afrika die Verhältnisse von selbst verändern, sondern wir haben im Grunde genommen nur eine Chance, wenn wir wirtschaftlich und politisch in diese neuen Länder investieren, wenn wir dazu beitragen, demokratische Entwicklungen zu verstärken, dass sich die Lebensverhältnisse in Afrika in der Tat verändern und die Menschen dort eine Perspektive haben. Ich glaube, insofern sind wir hier im Hause auch nicht auseinander.

Schwierig wird es dann, wenn es um die ganz konkreten Dinge geht. Dieser Antrag verbindet mit Lampedusa die Hoffnung, dass sich etwas verändert im europäischen Haus. Auch wir sehen natürlich die gravierenden Unterschiede. Ich richte den Fokus nur einmal auf die Bundesrepublik Deutschland: Wenn wir 5 000 Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen, dann geschieht das in einem organisierten Verfahren, es ist abgestimmt, es gibt eine Quote bezogen auf die Länder. Das heißt, bei 5 000 Flüchtlingen wird Bremen im Ergebnis 50 aufnehmen.

(D)

Jeder weiß: Wenn man das umsetzen muss, ist das mit Problemen verbunden, es kostet Geld, man muss es vermitteln. Aber ich denke, wir können diese Aufgabe erfüllen. Wir sind der Auffassung, dass wir in der Bundesrepublik eine faire Lastenverteilung haben. Wir können darüber streiten, ob sich der Bund möglicherweise mehr an dieser Aufgabe beteiligen muss. Manchmal sind die Kommunen damit überfordert, aber im Prinzip ist es so, dass wir in unserem föderalen System dafür sorgen, dass die Lasten halbwegs fair verteilt werden, und das macht die Sache akzeptabel.

Wenn wir aber den Blick verändern und auf Europa schauen, stellt sich die Lage völlig anders dar. Da gilt zunächst einmal der Grundsatz: Dort, wo ich vor Anker gehe, muss ich bleiben, auch wenn ich gar nicht dorthin will. Die meisten wollen nicht nach Lampedusa, sondern sie haben die Hoffnung, weiter ziehen zu können nach Holland oder in die Bundesrepublik.

Wir haben das alles sehr schön geregelt: Dublin II, Dublin III. Ich glaube, die Wenigsten wissen, was das bedeutet. Im Grunde genommen steht nur darin, wer wofür zuständig ist. Das führt im Ergebnis dazu, dass jeder, der aus Italien in die Niederlande oder nach Deutschland weiterreist – wir haben das aktuell gerade zum Beispiel in Hamburg –, wieder zurück nach Italien abgeschoben wird.

(A) Bisher haben die Verwaltungsgerichte, die sich ja hundertfach damit beschäftigt haben, mehrheitlich gesagt: Die Verhältnisse in Italien sind nicht so ganz nach unserem Standard in der Bundesrepublik, aber es geht. – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat noch Anfang dieses Jahres gesagt: Ja, diese Abschiebungen sind vertretbar; so auch die Rechtsprechung der bremischen Verwaltungsgerichte noch bis Mitte dieses Jahres.

Ich wage die These: Dies wird so nicht bleiben. Ich glaube, dass die Bilder aus Italien zwei Botschaften übergebracht haben. Sie haben zum einen die Bilder der Säрге gezeigt – das ist das Beeindruckende gewesen –, aber gleichzeitig ist damit auch ein Blick in die Aufnahmelager geworfen worden. Ich habe fast die Hoffnung – so muss ich sagen –, dass die Verwaltungsgerichte auf Dauer genauer hinschauen werden und dass damit auch Dublin II – und Dublin III – zur Diskussion gestellt wird. Denn ich glaube nicht, dass das die Standards sind, die wir in Europa vorzuhalten haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Mein Eindruck ist hingegen, dass nach einer kurzen Verweildauer in diesen Aufnahmelagern, die von ihren Kapazitäten in keiner Weise ausreichend sind, im Grunde genommen die Flüchtlinge mittellos, obdachlos weiterziehen. Sie werden noch nicht einmal verwaltet. Sie werden einfach rausgesetzt. Es ist nicht verwunderlich, dass dann eine große Anzahl versucht, über die italienischen Grenzen hinweg weiterzukommen. Wenn sich dies nicht verändert, wird auch letztlich Dublin III fallen. Wir haben es am Beispiel Griechenlands erlebt: Sie haben die Menschen kaserniert, sie haben sie in Gefängnissen eingesperrt. Inzwischen ist nach der Rechtsprechung des EuGH völlig klar: Es gibt keine Zurückführung mehr nach Griechenland.

Entweder ändert Italien seine Politik – das ist möglich, weil es in der Tat nicht so ist, wie es suggeriert wird, dass Italien unter einem Massenstrom untergeht. Im Ranking der Länder Europas liegt Italien weit hinter Deutschland auf Platz 15 oder 16. An der Spitze liegt Schweden, das keine Außengrenze am Mittelmeer hat, aber dennoch aufgrund seiner humanitären Ausländerpolitik bereit ist, mehr Menschen aufzunehmen. Das heißt, auch in Europa ist noch Luft nach oben.

Ich hoffe, dass dieser Prozess dazu beiträgt, dass in der Tat darüber diskutiert wird, ob „Europa“ nicht nur bedeutet, Zuständigkeiten festzuhalten und das dann zu exekutieren, sondern „Europa“ auch bedeutet, dass wir einheitliche Standards und eine faire Lastenverteilung brauchen. Es ist ja gerade das, was unser System in der Bundesrepublik auszeichnet, dass wir die Einzelnen nicht alleine lassen.

(C) Man stelle sich einmal vor, diese Bevölkerungsbe-
wegung ginge nicht von Afrika nach Europa, sondern umgekehrt von Norden in den Süden, und Bremerhaven stünde plötzlich da mit 5 000 Personen, die von Bord einer großen Fähre gehen, und alle würden sagen: Ja schön, ihr habt das Problem, seht einmal zu, wie ihr das lösen könnt. – Das ist nicht die europäische Antwort, sondern es muss klar sein, dass wir ein neues System einer fairen und gerechten Verteilung brauchen. Dazu gehört auch, dass wir nicht nur Frontex als eine Grenzschutztruppe unterhalten, sondern die primäre Verantwortung dieser Truppe muss sein, dafür zu sorgen, dass man Menschen, die in Seenot geraten sind, rauszieht und sie nicht ihrem Schicksal überlässt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin natürlich mit Ihnen der Auffassung, dass alle diese Probleme weder in Bremen noch in der Bundesrepublik zu lösen sind. Aber ich denke, die Bundesrepublik ist, was ihre wirtschaftliche Stärke angeht, in der Lage, in Europa Zeichen zu setzen. Mein Appell und meine Bitte an die neue Bundesregierung ist, dass wir da voranschreiten. Mit der Aufnahme von 5 000 Syrern haben wir den ersten Schritt getan. Wir haben dafür gekämpft, ein Resettlement-Programm aufzulegen. Das bedeutet ja nur, dass wir es Menschen ermöglichen, auf legalem Weg in die Bundesrepublik zu kommen. Sie brauchen keine Boote zu nehmen, sondern sie können ganz normal einreisen. Wir haben die Plätze hier. Das waren 500, auf die wir uns vor einem Jahr geeinigt haben. Auch da, glaube ich, ist noch Luft nach oben. Es kann nicht sein, dass wir sagen: „Bei 1 000 ist das Boot schon übervoll.“, sondern ich denke, wir müssen da unsere Anstrengungen erhöhen. Ich hoffe, dass die neue Bundesregierung dazu einen Beitrag leisten wird. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/1119 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und BIW)

(A) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Betriebe der Erneuerbaren-Energie-Branche bei Kurzarbeit unterstützen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 8. August 2013
(Drucksache 18/1011)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2013
(Drucksache 18/1043)**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Kollege Reinken, SPD-Fraktion.

(B) Abg. **Reinken** (SPD)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn in den vergangenen Jahren die Frage diskutiert wurde, warum die deutsche Wirtschaft die tiefe Krise 2008/2009 so gut überstanden hat, war die Antwort darauf oft: Es waren auch die umfangreichen Regelungen zur Anwendung von Kurzarbeit, die von der damaligen Großen Koalition zusätzlich auf die seinerzeitigen Herausforderungen angepasst wurden. Das hat viel Geld gekostet – in der Tat –, und so mancher Wirtschaftsliberaler hat schon damals gerufen, damit würden nur die nötigen Umbrüche in den Ökonomien verhindert.

Es war aber gut, dass sich Gewerkschaften, Unternehmen und Bundesregierung an einen Tisch begeben, an einem Strang gezogen und die nötigen Maßnahmen beschlossen haben. Nicht entlassen, sondern die Belegschaften beieinander halten – das war die Linie, auf die sich oft die Unternehmensleitungen und die Betriebsräte verständigen konnten, weil beide Seiten wussten, was passiert, wenn die Fachkräfte erst einmal weg sind.

Zu diesen Maßnahmen gehörten auch Schritte wie die Ausdehnung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, die damals Olaf Scholz als Bundesarbeitsminister veranlasste, und eben auch die befristete und anteilige Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen durch die Bundesanstalt unter zu prüfenden Voraussetzungen. Mit all diesen Maßnahmen wurde verhindert, dass Menschen entlassen wurden, aber eben auch, dass Betriebe, insbesondere des Mittelstandes, in den Ruin getrieben wurden. Standorte und Kompetenzen blieben erhalten. Teilweise konnte diese Kurzarbeitsphase für Qualifizierungen genutzt wer-

den, um für den Neustart nach der Krise vorbereitet zu sein. (C)

Also ein durchaus kooperatives Modell der Krisenbewältigung, das sich für alle ausgezahlt hat. Denn völlig klar ist: Arbeitslosigkeit zu finanzieren, wäre deutlich teurer geworden. Wo wären heute unsere industriellen Kernkompetenzen, wenn es einen Kahlschlag gegeben hätte? Was wäre aus unseren Logistikstrukturen geworden, wenn sie nicht abgesichert worden wären? Mit Sicherheit gilt: Der Wohlstand unseres Landes als „Exportweltmeister“ wird bekanntlich nicht durch Finanzprodukte gesichert, sondern nur durch Produkte der Realwirtschaft.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir zum Glück in einer anderen Situation. Allerdings bleibt es nötig, die sozialstaatlichen Elemente von Krisenbewältigung weiter scharf zu halten. Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir gegenwärtig ein besonderes Problem. Die schleppende Umsetzung der Energiewende schafft insbesondere im Bereich der Offshore-Industrie Planungsunsicherheiten, es gibt aber auch erhebliche Probleme im Bereich der anderen erneuerbaren Energien, der Solarindustrie, mit konjunkturellen, aber auch deutlich strukturellen Anpassungsproblemen. Auch Onshore läuft ja bekanntlich nicht stromlinienförmig. Das wird deutlich, wenn wir uns insbesondere die Diskussion in den süddeutschen Ländern angucken. Wir haben als Auswirkung schon jetzt Beschäftigungseinbrüche in dem für uns besonders interessanten und wichtigen Bereich der Offshore-Technologie. In Bremerhaven sind Leiharbeiterinnen in großem Umfang abgebaut worden, und wir wissen: Wenn nicht Anschlussaufträge kommen oder wenn die Anschlussaufträge verzögert kommen, kann es auch im nächsten Jahr Probleme bei dem einen oder anderen Betrieb geben. (D)

Klar ist: Wir setzen weiter auf den Ausbau der Windenergie in unserer Region, aber auch der anderen erneuerbaren Energien, und dazu brauchen wir einen herangebildeten Stamm von Fachkräften, und wir brauchen intakte unternehmerische Strukturen.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich muss Klarheit für diese Strukturen auch durch flankierende Maßnahmen her. Wir halten es deswegen für richtig, für die Betriebe der erneuerbaren Energien zeitlich befristet und gestaffelt Regelungen zu schaffen, die dem entsprechen, was wir seinerzeit in der großen Krise hatten. Es kann durchaus richtig sein, dass diese Regelungen im Vollzug der Maßnahmen noch zusätzlich geschärft werden, zum Beispiel dadurch, dass man an die Zahlung von Sozialversicherungsabgaben bei Kurzarbeit Instrumente wie Qualifizierung koppelt. Das sind Themen, die man im weiteren Vollzug sicherlich wird besprechen können. Wir glauben aber, dass solche Maßnahmen richtig sind, um die in diesem Bereich liegenden industriellen Potenziale in unserer Region,

(A) aber auch in anderen Regionen, für die nächsten Jahre abzusichern. Schön wäre es, wenn wir das gemeinsam hinbekämen.

Es gibt immer die Warnung vor Mitnahmeeffekten. Dazu muss man noch einmal einwenden: Kurzarbeit zu finanzieren, ist deutlich günstiger als Arbeitslosigkeit. Natürlich ist völlig klar, dass solche Maßnahmen wie auch in der Vergangenheit einer intensiven Kontrolle durch die Bundesanstalt unterliegen und geprüft werden müssen.

Meine Damen und Herren, wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir halten den Änderungsantrag der CDU an dieser Stelle nicht für richtig, weil wir glauben, dass die reine Beschränkung auf die Offshore-Technologie, die darin enthalten ist, nicht sachgerecht ist. Auch regional haben wir ein Interesse an der Offshore-Industrie, und wir müssen natürlich, wenn wir mit einem solchen Antrag in die arbeitsmarktpolitische Debatte im Bund gehen, darum bitten und dafür werben, dass wir Bündnispartner für unsere Interessen bekommen. Diese werden aber nicht rein regional bestimmt sein können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Deswegen glauben wir, dass es richtig ist, unserem Antrag in der Ursprungsfassung zu folgen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Willmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist die dritte Debatte in dieser Sitzungswoche, die wir zur Energiepolitik im Ganzen halten.

Man sieht, dass das ein entscheidendes Thema für das Bundesland Bremen geworden ist, ein wichtiges Thema, nicht nur ein wirtschaftspolitisches, ein arbeitsmarktpolitisches, ein sozialpolitisches Thema, sondern ein bestimmendes Thema für das gesamte Bundesland. Wer gestern zufällig die Imageanalyse Bremerhavens oder auch des Landes Bremen – Bremerhaven ist dabei ja noch einmal besonders beschrieben worden – gesehen hat, weiß, dass es tatsächlich Auswirkungen auf den Strukturwandel in der, wie es immer so schön bei uns heißt, so strukturschwachen Region gegeben hat. In Bremerhaven sind Arbeitsplätze in nicht unerheblichem Maß, knapp 4 000, entstanden, es ist städtebaulich ganz viel passiert. Es hat auch in der Stadt Bremen sehr, sehr positive Entwicklungen auch gerade in der Nachnutzung von – fast schon – Industriebrachen gegeben, die wesent-

lich sind. Da verwundert es nicht, dass wir an dieser Stelle gern einen Antrag haben, der sich im Fokus der Arbeitsmarktpolitik bewegt.

Es gibt inzwischen – das ist ganz interessant – etwas, was es gar nicht so häufig unter ein Stück weit konkurrierenden Unternehmen gibt, nämlich ein betriebliches Bündnis Windenergie. Das ist etwas ganz Erstaunliches. Betriebe, die zwar am Thema miteinander, aber ansonsten eigentlich wirtschaftlich voneinander unabhängig arbeiten, verständigen sich auf die Überschrift „In den Fällen von erheblichem Arbeitsausfall werden die Partner des betrieblichen Bündnisses Wege suchen, durch Kurzarbeit und Qualifizierung einen Großteil der Belegschaften zu halten“. Das bedeutet unterm Strich, dass viele der Unternehmen sehr offen auch darüber miteinander reden müssen, welche Personalsteuerung sie eigentlich machen, welchen Teil von Belegschaften sie durch Personalüberlassung besetzt haben, um Aufträge abzuarbeiten, und in welchen Bereichen welcher Betrieb droht, ins Strudeln oder aber in Schwierigkeiten zu geraten. Das ist etwas, was man nicht so häufig findet. An der Stelle muss man dem Senat auch noch einmal Dank für die Energie aussprechen, die er da reingesteckt hat.

Warum nun dieser Antrag von uns? Ich glaube, der Kollege Reinken hat sehr gut beschrieben, wie 2008/2009 in der Krise, auch 2010, ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen flächendeckend in der Bundesrepublik verhindert worden ist, nämlich dadurch, dass man die Regelungen zur Kurzarbeit sehr kurzfristig sehr weit ausgedehnt und ein Instrument eingeführt hat, das die Betriebe zusätzlich zu der Möglichkeit reiner Kurzarbeit auch noch von monetären Belastungen befreit, die in der Kurzarbeit, wie es auch im Antrag steht, bestehen, nämlich im Bereich der tariflichen Regelungen, die darüber liegen, sei es das Weihnachtsgeld, sei es die Urlaubsgeld, seien es die Urlaubsvergütung, die Sozialversicherungsbeiträge und all diese Dinge. Wenn man einmal so eben schnell „Kurzarbeit“ in den Raum ruft, denken alle: Aha, die Unternehmen schicken ihre Leute in Urlaub oder Qualifizierungen und sind damit erst einmal die Kosten los. – Das ist ja bei Weitem nicht so.

Unser Antrag möchte ein vorsorgliches Instrument einführen, damit wir ein besonderes Unterstützungsmittel finden, um die Betriebe, die in dem Bereich der erneuerbaren Energien arbeiten, zu unterstützen, weil er eben wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen Erfolgs von Bremerhaven und Bremen ist. Entschuldigen Sie diese Reihenfolge, aber an dieser Stelle ist es beim Blick auf die Entstehung der Arbeitsplätze tatsächlich so, dass meine Heimatstadt vorne herläuft. Wir bitten Sie, den Antrag zu unterstützen!

Ich will auch noch ein paar Sätze zum Änderungsantrag der CDU verlieren. Wir haben ihn in der Tat ernsthaft beredet, glauben aber, dass die Änderung von „Erneuerbaren-Energie-Branche“ in „Offshore-

(C)

(D)

(A) Windenergiebranche“ zu kurz greift, weil gerade in Bremen, in der Stadt Bremen, vor allem aber auch in Bremerhaven, die Betriebe, die in der Offshore-Industrie arbeiten, zu einem wesentlichen Teil auch Onshore-Windkraftanlagen bauen. Wer auf das ehemalige Vulkangelände geht, sieht, dass dort sehr viele Anlagen für die Onshore-, also die landgestützte Windenergiebranche gefertigt werden. Wir glauben, dass es bei dem Energiemix, den wir zukünftig brauchen, an dieser Stelle mit „Offshore“ auch um die Bedeutungswirkung einer solchen Initiative im Bund geht, für die wir Bündnispartner brauchen. Deshalb bleiben wir bei „erneuerbaren Energien“ und hoffen, dass wir Ihnen damit nicht zu sehr auf die Füße treten. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Nächster Redner Herr Kollege Kastendiek, CDU-Fraktion!

(B) Abg. **Kastendiek** (CDU)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind in der Frage der Wirksamkeit der Maßnahmen, die wir als Große Koalition während der Wirtschaftskrise eingeleitet haben, in der Frage, welche Effekte sie gehabt haben und welche Auswirkungen sie im positiven Sinne bei dem Wiederanspringen der Konjunktur auch für die Betriebe im Einzelnen, aber auch generell hatten, gar nicht so weit auseinander. Ich glaube, es war damals die richtige Entscheidung, die die Große Koalition gemeinschaftlich getroffen hat, zu gucken, wie wir vor dem Hintergrund dieser außergewöhnlichen Wirtschaftskrise die Belastungen der Unternehmen verringern können, abfedern können und wie wir auf der anderen Seite die Kompetenz, das Know-how, was es in den Unternehmen gibt, sichern können.

Von daher glaube ich, dass man sich, wenn man über solche Ausnahmesituationen und auch über Ausnahmetatbestände hinsichtlich der vorhandenen Regelungen zum Kurzarbeitergeld diskutiert, sehr wohl überlegen muss, ob es außergewöhnliche Sachverhalte gibt, die diesen Einschnitt im Speziellen rechtfertigen. Das muss gut begründet sein, und das muss auch substantiell sein, Kollege Willmann. Denn andernfalls werden Sie, ob Sie nun Mitstreiter haben oder nicht, am Ende des Tages auf der Berliner Ebene nicht durchkommen. Das muss sehr gut begründet sein.

Man könnte das auch ordnungspolitisch begründen. Das will ich jetzt aber nicht machen. Man muss natürlich auch immer gucken, dass man einen klaren Kompass hat, dass man klare Leitplanken hat und dass diese Leitplanken nicht eher den Eindruck von Gummi erwecken. Sonst kann man sich relativ schnell verheddern und kommt, wenn man erst einmal ins Schleudern gekommen ist, auch relativ schnell aus der Spur. Das sollte man dabei bedenken.

(C) Als CDU-Fraktion sind wir uns sehr wohl der Problematik bewusst, die die Offshore-Branche insbesondere am Standort Bremerhaven, aber auch an anderen Standorten an der Küste hat. Begründet liegt sie darin, dass über das Ende des Jahres 2017 – das ist im Augenblick der Punkt, für den die Branche aufgrund der langen Vorlaufzeiten, die für die Projektierung, Produktion und Installation von Windenergieanlagen auf offener See erforderlich sind, erst einmal nichts kann –, dass aufgrund der Unsicherheit der Vergütungsregelung, für nach dem 31. 12. 2017 installierte Anlagen im Augenblick ein Loch da ist! Das trifft aber auf andere Bereiche der Branche nicht zu. Diese Probleme hat die Onshore-Branche nicht, diese Probleme haben die Betriebe im Bereich Biomasse nicht, und diese Probleme haben auch die Betriebe nicht, die im Bereich der Solar- oder Photovoltaik tätig sind.

Die Zulassungszahlen, die Produktionszahlen, die Installationszahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache, und ich frage Sie, liebe Kollegen von der Koalition: Mit welchen Zahlen wollen Sie in Berlin argumentieren, wenn Sie gebeten werden, doch einmal das Problem im Bereich Biomasse, das Problem im Bereich Photovoltaik, das Problem im Bereich der Onshore-Windenergie zu nennen?

(D) Die Zulassungszahlen, die Installationszahlen sprechen eine ganz andere Sprache, und die Kosten, die aus der EEG-Umlage resultieren, sprechen auch eine eindeutige Sprache. Wenn Sie mit dieser Argumentationsschiene, wenn Sie mit dieser Argumentationslinie in Berlin auftauchen, dann kriegen Sie doch nicht einmal die Tür auf, sondern im Gegenteil: Man wird Ihnen gleich entgegengehalten, dass Sie mit solchen allgemeinen Aussagen die Regelung grundsätzlich infrage stellen. Natürlich müssen Sie auch die Frage beantworten: Warum denn für Betriebe der Biomasse, und warum nicht beispielsweise für Betriebe des Einzelhandels? Wie wollen Sie das begründen?

Die Probleme, die es im Bereich Solar gibt, haben nichts mit dem EEG zu tun. Das ist die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, das ist die Frage der Innovation im Vergleich mit Betrieben aus Fernost. Das sind Probleme, die Sie in anderen Branchen auch haben. Auch der Maschinenbau muss sich – ich will nicht „herumärgern“ sagen – damit auseinandersetzen, dass Produkte in China oder in anderen Ländern in Fernost kopiert werden und dass mit neuen Technologien im Bereich der Produktion oder im Design von Maschinen andere Wettbewerbsvorteile generiert werden. Wie wollen Sie das begründen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie auf einem solch dünnen Eis in Berlin auftauchen, werden Sie so schnell einbrechen, dass Sie gar nicht merken, wie nass Sie eigentlich sind, wenn Sie wieder auftauchen.

(Beifall bei der CDU)

(A) Deswegen glaube ich, dass es klug ist, eine stringente und tragfähige Argumentation für einen solchen von uns vom Prinzip unterstützen Ansatz zu haben. Anderenfalls werden Sie scheitern. Da will ich gar nicht die Flaschen leckeren Rotwein aus Bordeaux hier auf das Rednerpult stellen. So viele würden gar nicht darauf passen, wie ich hier einsetzen würde, wobei ich unter Ihnen garantiert niemanden finde, der dagegenhält, weil Sie es ehrlicherweise auch wissen!

Wenn es also nichts Vordergründiges ist, indem Sie sagen: „Na ja, jetzt wollen wir einmal an einem profanen Beispiel eine allgemeine Kritik bezüglich der Schwierigkeit der Novellierung des EEG anbringen.“, dann müssen Sie sich jetzt ganz konkret Gedanken machen und sich ernsthaft überlegen, ob Ihr Ansatz wirklich nachhaltig ist, ob er den Menschen, ob er den Betrieben in Bremerhaven nützt, die über das Know-how verfügen, das – und da ist die Vergleichbarkeit zur Krise, die wir vor drei oder vier Jahren hatten –, in den letzten Jahren zum Teil mit viel Geld in den Betrieben aufgebaut worden ist. Offshore hat jemand auf einer Konferenz einmal für die deutsche Volkswirtschaft hinsichtlich der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind – ob das im Bereich der Witterung, Tiefe, Verankerung und so weiter und so fort ist – mit dem Flug zum Mond verglichen. Da kriegen Sie ein schlagkräftiges Argument, da werden Sie nachhaltig, etwas für die Unternehmen und für die Mitarbeiter, für die Betriebe und für die Sicherstellung des Know-hows, das wir in den letzten Jahren auch durch öffentliche Förderung durch das Wirtschaftsressort, aber auch anderer Bereiche der Infrastruktur in Bremerhaven und Bremen gesichert haben, zu tun!

(B) Alles andere ist Show, alles andere ist nicht nachhaltig, und deswegen kann ich Sie nur auffordern: Machen Sie sich noch einmal Gedanken darüber, ob es nicht klüger ist, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Ich habe von Ihnen bis auf Allgemeinplätze – gestatten Sie mir diese Bemerkung – nichts gehört, was die Aufnahme der Bereiche Onshore, Biomasse, Photovoltaik und Solar rechtfertigt. Deswegen hoffe ich, dass Sie unseren Änderungsantrag mittragen. Wir würden uns, wenn Sie unseren Änderungsantrag nicht mitmachen, enthalten, weil wir davon überzeugt sind, dass Sie damit einen Fehler machen. Wir wollen mit unserer Enthaltung die Bedenken, die wir gegen Ihren Weg haben, an der Stelle zum Ausdruck bringen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Bernhard, Fraktion DIE LINKE!

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE *): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Leider muss ich mich jetzt über die Kurzarbeit in der Energiebranche auslassen und kann nicht auf Frau-

enprojekte eingehen, was ich angesichts unserer Gäste wahnsinnig gern tun würde. Aber zum Thema! (C)

Der Antrag, den wir hier vorliegen haben, hat eine enorme Aktualität gewonnen. Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien werden gesenkt. Die Ziele für Offshore-Windenergie werden gedrosselt. Die gesicherten Abnahmepreise für erneuerbare Energien sollen mittlerweile zugunsten einer Marktprämie abgeschafft werden. Die Einführung neuer Subventionen für Kohlekraftwerke ist noch nicht beschlossen, aber auch nicht vom Tisch.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Im Übrigen würde ich gern die Frauenprojekte einladen, auf jeden Fall zu den Haushaltsberatungen wieder zu erscheinen, und ich würde sie dazu herzlich begrüßen.

(Zuruf des Abg. S e n k a l [SPD])

All das macht die Energiewende letztendlich unsicherer und für Betriebe und Beschäftigte riskanter. Man muss nicht gleich von der Kohle-Koalition sprechen, wie der BUND das tut, aber die Signale sind beunruhigend. Die Anleger haben bereits reagiert, die Windkraftbranche, aber auch die Solarenergie ist stark unter Druck. Das Geld reagiert auf die neue Ausrichtung der Energiewende, und die geht weg von erneuerbaren Energien. (D)

Unser Bürgermeister findet das aktuell noch reichlich unproblematisch. Der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern wurde ja inzwischen zurückgepiffen. Tatsache ist aber: Die Unsicherheit für die Branche der erneuerbaren Energien, die im vorliegenden Antrag beschrieben wird, nimmt im Moment zu und nicht ab.

Ich halte den Vorschlag der Koalition, die Kurzarbeit in der Branche zu erleichtern, für eine gute Idee. Es wäre auch eine gute Idee, selbst wenn die Koalitionsverhandlungen aktuell auf einem anderen Stand wären. Die Branche der erneuerbaren Energien ist eine Wachstumsbranche, und das wird sie auch bleiben. Sie ist aber eine Branche mit hohen Risiken – das haben hier letztendlich alle Vorredner bestätigt –, mit sprunghaften Marktentwicklungen, mit technischen Störanfälligkeiten, mit enormem Aufwand. Kurzarbeit zu erleichtern, damit Unternehmen in kritischen Phasen ihre Beschäftigten behalten können, ist absolut sinnvoll, und dazu haben wir ja auch entsprechende Erfahrungen gesammelt. Man darf die Sprünge des Marktes nicht eins zu eins auf die Betriebe und vor allem die Beschäftigten durchschlagen lassen.

Die Branche regelt das im Moment anderweitig. Sie regelt es durch einen exzessiven Ausbau von Leiharbeit, jedenfalls im Bereich der Offshore-Windkraft.

(A) Das hat mit einer nachhaltigen Beschäftigungsentwicklung herzlich wenig zu tun. Da geht auch die für einen SPD-Antrag etwas überraschende Ausführung, wie teuer die Kurzarbeit durch Tarifverträge mit Aufstockung geworden ist, eigentlich ein Stück weit ins Leere. Es ist aber richtig, dass es vor allem die Großbetriebe sind, in denen exzessiv Leiharbeit eingesetzt worden ist, und dass gerade kleine und mittlere Betriebe durch die Förderung von Kurzarbeit gestützt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Änderungsantrag der CDU hat sich, insbesondere durch den momentanen Verlauf der Koalitionsgespräche, unseres Erachtens vollständig erledigt.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Dummes Zeug!)

Es ist ganz offensichtlich: Dass nur die Offshore-Windenergie unter Druck kommt, stimmt nicht. Selbst die Solarbranche hat in diesem Jahr nach meiner Kenntnis schon Kurzarbeit wahrgenommen.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Sie haben es nicht verstanden!)

(B) Das geht auch insofern weit darüber hinaus, und es ist sehr wichtig für die Beschäftigten in der Erneuerbaren-Energie-Branche, dass aus Berlin ein klares Signal kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten eigentlich Gas geben und nicht drosseln. Danach sieht es im Moment leider nicht aus. Umso wichtiger ist es gerade, dass aus Bremerhavener und Bremer Sicht alle Instrumente zu nutzen sind, um die vorhandenen Betriebe und Beschäftigten zu halten. Deshalb stimmen wir diesem Antrag zu und werden den Änderungsantrag der CDU ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächstes rufe ich auf Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten uns, glaube ich, kurz klar machen, wo wir auf dem Feld der erneuerbaren Energien, insbesondere der Offshore-Windenergie, stehen. Natürlich befindet sich diese Branche im Moment in einer schwierigen Situation. Sie hat in den letzten Jahren einen großen Aufwind gehabt. Sie ist, in Bremerhaven vor allen Dingen, an die Stelle der früher dominierenden Schiffbauindustrie getreten, und sie ist eine Wachstumsindustrie. Sie ist auch eine Wachstumsindustrie mit guter Zukunft. Wir

sind sicher, dass die erneuerbaren Energien insgesamt, in Bremerhaven aber vor allen Dingen die Offshore-Windindustrie, eine ganz wichtige Zukunft für unsere Energieversorgung, für die Beschäftigung, die Wertschöpfung in der Stadt haben. Deswegen, glaube ich, ist es auch nicht ganz richtig, jetzt ohne Weiteres zu der Krise 2008 Vergleiche zu ziehen. Wir sind jetzt in einer schwierigen Situation, weil aktuell verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft fehlen. Das verunsichert die Betriebe, das führt dazu, dass es an Aufträgen mangelt. Hier brauchen wir Überbrückungsmaßnahmen.

Ich glaube, das Allerwichtigste ist aber, dass wir in Deutschland – die Bundesregierung, aber auch der Senat und andere – jetzt sehr schnell klare Rahmenbedingungen machen. Wir als Senat machen das. Wir haben in der Vergangenheit sehr, sehr stark die Ansiedlung der Offshore-Windindustrie, die Infrastruktur insbesondere in Bremerhaven gefördert. Wir stehen weiter bereit, mit öffentlichen Mitteln ein Offshore-Terminal zu bauen, was die Situation der Windindustrie in dieser Stadt erheblich verbessert, was vor allen Dingen aber dazu führen kann, dass wir die 250 Hektar Gewerbeflächen, die wir in Bremerhaven direkt dort noch haben, vernünftig durch Betriebe entwickeln können und dort auch die Windindustrie eine gute Zukunft hat.

(Beifall bei der SPD)

Daran halten wir fest.

Der zweite wichtige Schritt ist, dass in den Koalitionsverhandlungen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Bundesregierung verlässliche Zukunftsplanungen für die Unternehmen ermöglicht. Windindustrie braucht einen langfristigen Planungszeitraum. Wenn er gegeben ist – da sind wir uns sicher –, wird es relativ schnell wieder zu Investitionen in Windparks und – das heißt dann auch – zu Investitionen in der Industrie in Bremerhaven und im Nordwesten Deutschlands insgesamt kommen. Wir brauchen also jetzt für eine Überbrückungszeit Instrumente.

In diesem Jahr – so unsere Beobachtungen – ist der Arbeitsplatzabbau vor allen Dingen durch die Einschränkung der Leiharbeit erfolgt, bisher weniger oder kaum durch das Instrument der Kurzarbeit. Das wird sich im nächsten Jahr sicherlich ändern. Deswegen ist es richtig, dass wir den Zugang zu Kurzarbeit erleichtern, wie das schon einmal 2008 der Fall gewesen ist. Es wird mehr Kurzarbeit geben, und es wäre aus Sicht des Senats oder unseres Hauses sehr wichtig, wenn wir die Erleichterung, auch die Ausweitung der Förderung bei Kurzarbeit, mit vermehrter Qualifizierung verbinden, wie das 2008 schon der Fall gewesen ist. Denn das ist ganz wichtig. Wir brauchen mehr qualifizierte Arbeitskräfte, und deswegen sollten wir das Instrument der Kurzarbeit mit der Qualifizierung auch nutzen. Darauf muss Priorität gesetzt werden.

(C)

(D)

(A) Deswegen begrüßen wir jetzt, wenn durch diesen Antrag die erneuerbaren Energien, die Kurzarbeit dort, gestärkt wird.

Ich will allerdings auch noch eines, Herr Kastendiek zur Frage „erneuerbare Energien oder Offshore-Windindustrie?“ sagen. Ich glaube, es gibt bei beiden Begriffen Probleme, weil beides nicht klar definierte Branchen sind.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Was würden Sie denn vorschlagen, Herr Staatsrat, damit wir beim nächsten Antrag besonders schlau daherkommen können?)

Ich sage Ihnen, dass wir für die Erleichterung und das Instrument der Kurzarbeit sind, ob Sie nun den Begriff „erneuerbare Energien“ oder „Offshore-Windindustrie“ verwenden. Sie müssen nur nach Bremerhaven gucken! Wir haben dort viele Unternehmen des Maschinenbaus, des Stahlbaus, die Gott sei Dank alles Mögliche produzieren und nicht nur in der Offshore-Windindustrie tätig sind, die aber natürlich auch vom Rückgang der Offshore-Windenergie betroffen sind. Deswegen gibt es sowohl beim Thema der Offshore-Windindustrie als auch bei der Frage, ob man das auf die erneuerbaren Energien insgesamt ausweitet, wahrscheinlich Probleme der Abgrenzung. Darauf will ich nur hinweisen. Deswegen ist im Grunde genommen die Initiative richtig zu sagen: Wir brauchen eine Ausweitung der Kurzarbeit, eine Erleichterung, Kurzarbeit zu beantragen, und auch eine Erhöhung der Fördersätze. Das ist deswegen wichtig, weil wir eine Übergangszeit haben.

(B) Wenn wir eine Bundesregierung haben, die entsprechende Prioritäten setzt, langfristige Planung ermöglicht, dann hat diese Branche eine Zukunft. Sollte das aber nicht der Fall sein – das kann ich Ihnen auch sagen, deswegen setze ich darauf, dass wir Vernunft haben –, hilft uns das Instrument der Kurzarbeit nur begrenzt. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Wirtschafts-, Energie- und Industriepolitik. Für Übergangszeiten ist es gut, das Instrument der Kurzarbeit auszuweiten. Deswegen ist dies ein begrüßenswerter Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachennummer 18/1043 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

(C)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 18/1011 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU und BIW)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Meine Damen und Herren, ich würde jetzt gerne noch über die Punkte ohne Debatte abstimmen lassen. Ja? – Vielen Dank!

(D)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Mitteilung des Senats vom 9. Juli 2013
(Drucksache 18/994)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer 47. Sitzung am 25. September 2013 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, Drucksache 18/994, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

- (A) **Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes**
 Mitteilung des Senats vom 1. Oktober 2013
 (Drucksache 18/1079)
 1. Lesung
 2. Lesung
 Wir kommen zur ersten Lesung.
 Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
 Wir kommen zur Abstimmung.
 Wer das Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes, Drucksache 18/1079, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
 (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)
 Ich bitte um die Gegenprobe!
 (Dagegen DIE LINKE)
 Stimmenthaltungen?
 (BIW)
- (B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
 Meine Damen und Herren, da der Senat um Behandlung und um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung gebeten hat, haben die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen dies als Antrag übernommen, und darüber lasse ich jetzt abstimmen.
 Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen!
 (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und BIW)
 Ich bitte um die Gegenprobe!
 (Dagegen DIE LINKE)
 Stimmenthaltungen?
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
 Wir kommen zur zweiten Lesung.
 Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
 Wir kommen zur Abstimmung.
 Wer das Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes, Drucksache 18/1079, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (C) (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)
 Ich bitte um die Gegenprobe!
 (Dagegen DIE LINKE und BIW)
 Stimmenthaltungen?
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel verbessern
 Mitteilung des Senats vom 8. Oktober 2013
 (Drucksache 18/1085)
 Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/1085, Kenntnis.
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22 vom 6. November 2013
 (Drucksache 18/1118)
 Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.
 Wir kommen daher zur Abstimmung.
 Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden, meine Damen und Herren.
 Zuerst lasse ich über die Petition L 18/80b abstimmen.
 Wer der Behandlung der Petition L 18/80b in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
 (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)
 Ich bitte um die Gegenprobe!
 (Dagegen DIE LINKE und BIW)
 Stimmenthaltungen?
 Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.
 Jetzt lasse ich über die Petition L 18/158 abstimmen.
 Wer der Behandlung der Petition L 18/158 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
 (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und BIW)
- (D)

- (A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die Petition L 18/166 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition L 18/166 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE und BIW)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der restlichen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

- (B) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013
(Drucksache 18/1124)

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 18/1124, Kenntnis.

Damit sind wir – Punktlandung – am Ende der Vormittagssitzung. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns wieder um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.00 Uhr)



- Vizepräsidentin Schön eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr. (C)

Vizepräsidentin Schön: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich zunächst recht herzlich Auszubildende und Mitarbeiter der Firma Unicon Logistics.

Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Bremen braucht einen „Masterplan Bildung“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. September 2013
(Drucksache 18/1065)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Quante-Brandt. Sie kommt – –

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie ist da! – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ich würde sagen, wir warten, Frau Präsidentin! – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Sie ist im Haus! – Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe schon mit ihr geredet!)

(D)

Sie ist im Haus, ich habe sie schon gesehen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Ja, dann kann sie ja reinkommen! – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Trotzdem warten wir! – Abg. T s c h ö p e [SPD]: Entweder sie kommt rein, oder wir gehen raus! – Senatorin Professor Dr. Quante Brandt: Entschuldigung!)

So, die Frau Senatorin ist da.

Dann ist die Beratung jetzt eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Kollege Dr. Thomas vom Bruch, CDU-Fraktion.

Abg. Dr. vom Bruch (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Beginn der Legislaturperiode führen wir die bildungspolitischen Debatten vorwiegend unter Ressourcengesichtspunkten. So wichtig und richtig das ist und war, lässt es außer Acht, dass wir mindestens ebenso dringend eine inhaltliche Diskussion brauchen, eine Diskussion über unsere bildungspolitischen Ziele, unsere Schwerpunkte und unser Bild einer Schule von morgen.

Nach einer Phase von bildungspolitischem Aktivismus erleben wir seit knapp einem Jahr eher das

(A) Gegenteil, weitgehenden Stillstand. Das ist angesichts der Lage – das können Sie in Bremerhaven jüngst berücksichtigen – ebenso falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Im Herbst eines jeden Jahres ist man ja schon geneigt zu sagen: Alle Jahre wieder erblickt eine überregionale Vergleichsstudie das Licht der Welt. – Gebückten Hauptes bewegt sich die jeweils amtierende Senatorin durchs Land, sichtbar in der Hoffnung, dass das, was man neudeutsch einen bildungspolitischen Shitstorm nennen könnte, möglichst bald vorüberzieht, fast ritualisiert die Ergebnisse und die Reaktionen mit der erkennbaren Gefahr, es demütig und im Ergebnis konsequenzenlos hinzunehmen. Das ist und wird nicht unserem Anspruch einer verantwortungsvollen Bildungspolitik gerecht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(B) Am Beispiel der Ganztagschule wird in mehrfacher Hinsicht deutlich, wie Ihre Politik in Wahrheit funktioniert. Bremen hat auch in den jüngsten Vergleichsstudien wiederum fatal abgeschnitten. Sie haben Ihre Analyse „sozial schwierige Verhältnisse in unserem Bundesland“ wiederholt. Ja, meine Damen und Herren, das spielt eine Rolle und hat, nebenbei bemerkt, auch mit Ihren politischen Verantwortungen zu tun. Wir haben das heute Morgen diskutiert. Die wichtige und nahe liegende Konsequenz, nämlich mit einer Steigerung hochwertigen Ganztagschulangeboten zu antworten, zugleich Unterrichtsqualität und gleichzeitig Chancengerechtigkeit zu fördern, ziehen Sie aber gerade nicht, und das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Bleiben wir noch einmal ein bisschen beim Stichwort Unterrichtsqualität, bleiben wir auch noch ein bisschen – ein paar Zeilen – bei der Ganztagschule! Da kam es Ihnen auf Schnelligkeit an, es kam Ihnen darauf an, schnell, halbherzig etwas Vorzeigbares zu präsentieren. Das Produkt heißt offene Ganztagschule, in der sich die Lehrkräfte mühen,

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Sie verwechseln das mit den Kollegen aus Niedersachsen!)

Herr G ü n g ö r, einen anderen Unterricht zu realisieren, ist tatsächlich aber eher eine halbherzige Mischung aus Unterricht und Betreuung. Obwohl Sie wissen, dass das Gebot der Stunde eher ein Angebot in der gebundenen Form wäre, eröffnen Sie den bestehenden Ganztagschulen nicht einmal eine Entwicklungstendenz und Entwicklungsperspektive dahin. Sie setzen auf Quantität und nicht auf Qualität.

(C) Ihre Prioritätensetzungen, meine Damen und Herren, sind einfach die falschen. Ihre Politik löst keine Probleme, sondern ist Teil des Problems, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal zur Ganztagschule! Mit viel Verve haben Sie den Ausbau angekündigt, erst Vollgas und dann Notbremsung – Schippe drauf als Beruhigungspille und Nothilfe –, tatsächlich eher ein Dokument von kurzfristigem und konzeptlosem Denken, geeignet eigentlich nur als Vorschlag für das Unwort des Jahres! Sie wollen Haushalte auf Sicht steuern und vergessen dabei, dass Sie damit nicht nur Haushalte, sondern im Ergebnis faktisch auch Schulen auf Sicht steuern. Genau das Gegenteil aber ist richtig: Nur berechenbare und verlässliche Rahmenbedingungen und Planbarkeit ermöglichen einen guten Unterricht.

Ihre Philosophie des Durchwurstelns und des Nichthandelns ist, im Klartext gesagt, Gift für unsere Schulen. Ihr „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ bei den Ganztagschulen ist ein gutes Beispiel für ein erstes Opfer einer fatalen Politik nach Kassenlage und ein Beispiel dafür, wie man in der Bildungslandschaft eben nicht steuert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(D) Ganztagschule und das Drama Ihrer Politik – die vierte: Gerade die Entwicklung von Schulen ist aus vielen Blickwinkeln heute im Fokus des Interesses. Bildungspolitik lebt vom Dialog, lebt von der Transparenz. Die Beteiligten setzen auf die Verlässlichkeit und die Entwicklung ihrer Schulen. Denn das hat Konsequenzen für eine ganze Reihe von Lebensbereichen, übrigens nicht zuletzt für die berufliche Planung in den Familien. Ihr Manövrieren, zum Beispiel im Stadtteil Schwachhausen, wo die Schule An der Gete seit geraumer Zeit Zusagen und Planungen annahmt, um dringend benötigte Ganztagsangebote zu realisieren, ist ein Beispiel dafür, wie man eben nicht mit der Sache, aber insbesondere auch nicht mit Menschen umgeht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das Beispiel der Ganztagschulen macht klar: Wir brauchen nicht nur eine andere Bildungspolitik in der Sache, sondern auch in der Art und Weise, wie sie angelegt und wie sie vermittelt wird. Wir brauchen ein Bild von der Schule in der Zukunft. Denn wer nicht heute damit beginnt, wird morgen keine veränderte Schule haben. Wir brauchen eine Agenda, die sich systematisch und transparent mit den Themen beschäftigt und auf eine Perspektive in der Schule in der Zukunft angelegt ist. Erst dann brauchen wir eine Ressourcendebatte, um das Wünschenswerte mit dem

- (A) Machbaren zu vereinen. So herum, meine Damen und Herren, geht Politik, so herum ist die Reihenfolge richtig – und eben nicht andersherum.

(Beifall bei der CDU)

Wer einen neuen Weg beschreiten will, orientiert sich erst einmal, wo er ist. Schlechte Ergebnisse im Vergleich, wie gerade jüngst in der Studie der IQB, bedeuten letztlich schlechtere Wettbewerbs- und Lebenschancen unserer Absolventen, zum Beispiel auch in der Konkurrenz um Ausbildungsplätze. Wer diese Realität leugnet, lebt in einer Mischung aus Selbstbetrug und Selbstzufriedenheit.

Wir brauchen genau das Gegenteil: eine kritische Bestandsaufnahme, die auch die Draufsicht von außen mit einbezieht! Wir müssen endlich wissen, was andere anders machen. Da kommen Sie mir jetzt, meine Damen und Herren, nicht mit Geld! Das scheint für Gutachten und Beratung ja auch sonst reichlich vorhanden zu sein, wie die Gutachten im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung der Energienetze eindrucksvoll unter Beweis stellen. Für die Zukunft der Kinder, meine Damen und Herren, sollten auch ein paar Euro übrig sein.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Zweitens brauchen wir eine Agenda bildungspolitischer Themen. Wir haben dazu mit unserem Antrag einen Vorschlag gemacht, Themen benannt, die unserer Auffassung nach bearbeitet werden müssen; vielleicht nicht vollständig, vielleicht werden sie so, wie wir sie beschrieben haben, inhaltlich nicht von allen geteilt, aber darauf kommt es, meine Damen und Herren, hier auch gar nicht hauptsächlich an. Es kommt darauf an, endlich anzufangen.

Ein Beispiel: Seit geraumer Zeit diskutieren Sie, gelegentlich peinlich öffentlich, über die Zukunft der Oberschule Sebaldsbrück, bis dato ohne abschließendes Ergebnis. Auch die Grünen haben in der Deputation bestätigt, dass diese Diskussion etwas mit der Schulentwicklungsplanung für den ganzen Osten zu tun hat. Dieses Beispiel zeigt, dass die Schulentwicklungsplanung von 2009 insgesamt auf den Prüfstand gehört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Unser Anspruch, drittens: Wir wollen ein Bild der Schule von morgen, mit der wir heute beginnen müssen, damit sie in der Zukunft praktisch relevant werden kann. Schulen sind schon heute nicht mehr reine Bildungseinrichtungen. Ihre Aufgaben in ihrem Stadtteil, zum Beispiel in der Integration, sind heute ganz anders, als sie gestern waren, und sie werden morgen noch ganz anders sein. Viele Fragen schließen sich an, zum Beispiel die jugendbezogenen Kompetenzen endlich auch verwaltungsmäßig zu bündeln

und damit effizienter und wirkungsvoller zu gestalten. Vielleicht brauchen wir eine andere und eine veränderte Lehreraus- und -weiterbildung. Wie kann die frühkindliche Förderung intensiviert und endlich mit der schulischen Bildung besser verzahnt werden?

(C)

Einige dieser Themen sind vielleicht nicht neu, trotzdem erkennen wir keine Fortschritte. Stellen wir uns diesen Aufgaben, eine Schule für die Zukunft zu entwickeln, ohne in eine Strukturdebatte nach dem Muster hoffentlich vergangener Zeiten zu verfallen. Denn im Kern kommt es auf den guten Unterricht vor Ort an! Lassen Sie uns einen Masterplan für Schulen auf den Weg bringen, der endlich inhaltliche, strukturelle Fragen und am Ende auch die Ressourcenfragen beantwortet und so geeignete Rahmenbedingungen für die Zukunft schafft, meine Damen und Herren!

Ein weiteres Beispiel: Vor nicht allzu langer Zeit haben wir hier das Thema der Eigenständigkeit von Schulen diskutiert. In der Sache waren wir uns offensichtlich einig, jedenfalls habe ich keine besonders strittige Diskussion wahrgenommen. Es kommt aber nicht darauf an, ein solches Thema nur frucht- und folgenlos zu diskutieren, zu debattieren und einfach einmal eine neue bildungspolitische Sau durchs Dorf zu treiben, um anschließend wieder in Lethargie zu verfallen. Es kommt darauf an, es konzeptionell und praktisch umzusetzen. Da ist unser konkreter Vorschlag, Ziele mit den Beteiligten zu definieren, Planbarkeit herzustellen und, viertens, Zielvereinbarungen mit jeder einzelnen Schule zu vereinbaren und zu erreichen. Darum brauchen wir hier dringend einen bildungspolitischen Dialog nicht nur unter uns, sondern eben auch mit den Beteiligten, meine Damen und Herren.

(D)

Ein letztes Beispiel: Seit Jahren diskutieren wir die Situation des Biblischen Geschichtsunterrichts; unstrittig wohl vielfach eher ein Stiefkind in der Wirklichkeit unserer Schulen, häufig –

(Glocke)

ich komme zum Schluss! – fachfremd erteilt. Alle sehen die Verbesserungsbedürftigkeit, alle wissen, dass es so in dieser Realität nicht bleiben kann, aber auch da, seit Jahrzehnten hätte ich fast gesagt, seit Jahren keine Veränderungen, keine Bewegung! Meine Damen und Herren, es ist einfach so, dass Sie sich um diese Themen nicht kümmern.

Nicht alles kann man hier ansprechen. Dieser Antrag ist im Kern ein Weckruf, ein Vorschlag einer Agenda, eine Positionsbestimmung aus unserer Sicht, aber eben ausdrücklich nicht, wie häufig heutzutage in der politischen Diskussion zu hören, unverhandelbar. Nur wer seine eigenen Hausaufgaben macht und löst, wird Unterstützung zum Beispiel auch auf der Bundesebene finden. Wir wollen heute eine Dis-

(A) kussion nicht abschließen, sondern eine Diskussion anfangen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Kollege Güngör, SPD-Fraktion.

Abg. **Güngör (SPD)*:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe CDU-Fraktion, Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass mit dem Schulentwicklungsplan und dem Bildungskonsens prinzipiell wichtige und im Grundsatz richtige Strukturentscheidungen getroffen worden sind. Dabei fällt auf: Sie sprechen von Strukturentscheidungen. – Wer bei der Schulreform von einer Strukturreform spricht, hat die Schulreform nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU-Fraktion, Sie verkennen in diesem Zusammenhang einfach die Lage. Weder die Schulreform noch der Schulentwicklungsplan sind eine bloße Strukturreform. Der Schulentwicklungsplan ist auch eine qualitative Umgestaltung insbesondere der Sekundarstufe I. Wir haben doch 2008 – das ist noch nicht so lange her – gemeinsam im Fachausschuss mit vielen ständigen Gästen wie Vertretungen von Eltern, Schülern und Lehrkräften, aus Verbänden, Institutionen und der Wirtschaft gemeinsam einen Schulentwicklungsplan erarbeitet. Wir haben dazu renommierte Bildungsexperten angehört. Wir haben versucht, aus den Erfahrungen erfolgreicher Schulen in Deutschland zu lernen. Letztlich haben wir 19 Empfehlungen verabschiedet, davon sogar 14 einstimmig mit der CDU, mit der FDP und der LINKEN. Jetzt wollen Sie einen Masterplan nach dem Schulentwicklungsplan, den wir noch gar nicht abgearbeitet haben. Das ist doch keine sinnvolle Herangehensweise, Herr Dr. vom Bruch.

(Beifall bei der SPD)

Der Schulentwicklungsplan und insbesondere die Empfehlungen haben doch das zentrale Ziel, die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, und beschreiben gerade die Schule von morgen. Jetzt nehmen Sie – leicht populistisch, wie ich finde – die aktuellen Ländervergleichsstudien zum Anlass und verweisen auf die schlechte Platzierung. Auch Sie wissen: Die letzte Studie hatte keine Schüler getestet, die von der Schulreform profitieren. Die jetzt getesteten Schülerinnen und Schüler haben ihre Schulzeit – voneinander separiert – getrennt in Gymnasien, Gesamtschulen, Werkschulen, Förderzentren, Schulzentren mit Sekundarschule und Gymnasialklassen durchlaufen. Wir sind noch mitten in der Umsetzung der Schulreform. Von Stillstand oder von einem „Weiter so!“ kann hier nicht die Rede sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

(C)

Trotzdem haben wir einen gemeinsamen Punkt. Wir haben als SPD-Fraktion nach dem jüngsten Ländervergleich der Grundschulen und auch vor einigen Wochen für die Sek I gefordert, die Ergebnisse mit externen Experten aufzuarbeiten und in Schulen gemeinsam aufzuarbeiten und Schulen, die vor besonderen Problemlagen stehen, zu helfen. Aber für diese gemeinsame Forderung brauchen wir meines Erachtens definitiv keinen Masterplan.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch einige Punkte benennen und aufzeigen, warum Ihr Antrag auch in den Einzelthemen nicht hilfreich, nicht zielführend oder schon Bestandteil des Schulentwicklungsplans ist. Ich fange einmal von hinten an. In Punkt 4 b fordern Sie einen möglichen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz. Sinnvoll, aber teuer, und in der Tat nur mit Bundesmitteln finanzierbar. Das Ausbauprogramm für Ganztagschulen ist noch zu Zeiten der damaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn aufgelegt worden. Seitdem gibt es vom Bund nichts. Da fragt man sich, ob Sie diese Aussage wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD)

(B) In Punkt 4 a wollen Sie den Senat auffordern, sich an einer Debatte zum Bildungsföderalismus initiativ und aktiv zu beteiligen. Der Bürgermeister und Präsident des Senats verhandelt genau aktuell zu diesem Thema mit Ihren Kollegen im Bund. Falls Sie damit auf die letzten Jahre anspielen: Es waren bestimmt nicht Ihre Minister, die sich hilfreich für die Städte und Kommunen eingesetzt haben. Aber aktuell wollen wir trotzdem gemeinsam auf ein gutes Ergebnis hoffen.

(D)

Zu den Punkten 3 a bis c kann ich nur auf den Schulentwicklungsplan verweisen; ich habe ihn auch ausgedrückt und mitgebracht.

In Punkt 2 findet sich am Ende zum Beispiel die übliche Polemik zur Schulsozialarbeit wieder; die Maßnahme im Rahmen des Bildungspakets der schwarz-gelben Koalition im Bund, die nicht nachhaltig war. Wir haben uns auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Mittel dafür verstetigt werden. Den Punkt Personalentwicklung im Bildungsressort, den Sie ansprechen, haben wir gerade jüngst als SPD-Fraktion auf der letzten Deputationsitzung nach Gesprächen mit verschiedenen Vertretungsorganen angeregt und gefordert. Dass eine Zuweisungsrichtlinie, die Sie hier ansprechen, zurzeit im Ressort in Arbeit ist, wissen auch Sie.

(Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Wie lange gibt es den Antrag denn schon?)

- (A) Die Senatorin Frau Professor Dr. Quante-Brandt hat hier volle Transparenz angekündigt. Wir unterstützen und begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Jetzt kommen einige weitere Punkte. Eine stärkere Profilierung der Oberschulen hin zu einer berufsorientierten und der Gymnasien hin zu einer eher studienbezogenen Vorbereitung lehnen wir strikt ab, Herr Dr. vom Bruch. Das torpediert die Gleichwertigkeit von Oberschule und Gymnasium. Wenn Sie sich hier vom Konsens verabschieden wollen, dann sagen Sie das ganz offen. Aber mit der SPD-Fraktion ist das nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Einteilung in „eher handwerklich Begabte“ oder „intellektuell Begabte“, werden in anderen Bundesländern früh selektierende Schulsysteme begründet, nämlich die Einteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Jeder Bildungsexperte weiß, dass das nicht mehr zeitgemäß ist.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Im Hinblick auf den Biblischen Geschichtsunterricht wissen Sie: Konfessionsgebundenen Religionsunterricht lehnen wir ab, wir halten ihn nicht für zeitgemäß.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vielmehr gilt es, den Biblischen Geschichtsunterricht behutsam so zu verändern, dass er modernen Anforderungen gesellschaftlicher Vielfalt gerecht wird.

Ihr Vorschlag zur Inklusion ist vielleicht eher ein Punkt, an dem wir gemeinsame Anknüpfungspunkte finden könnten. Die Evaluation zum verabredeten Zeitpunkt wird natürlich kommen, aber wir müssen uns den Entwicklungsplan Inklusion doch noch einmal genau anschauen und vielleicht einige Punkte, die sich aus den jetzigen Erfahrungen ergeben haben, weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren, Veränderungen schulstruktureller Art, die Sie in Ihrem Antrag auch ansprechen, wollen wir nicht; so ist die Verabredung im Konsens. Wir wollen erst einmal diese Schulform aufwachsen lassen. Die Schulen brauchen auch mindestens diese Zeit, um sich zu entwickeln. Was Standortentscheidungen angeht, die Sie in Ihrem Antrag fordern, steht die Fortschreibung des Schulstandortplans an. Das wissen Sie. Der jetzt gültige geht bis 2015. Daher würde es Sinn machen, bis zum Sommer 2014 einen neuen zu erarbeiten.

- (C) Sehr interessant ist aber ihr erster Punkt unter Nummer 2. Sie wollen einen flächendeckenden Ausbau an Ganztagschulen; eine zentrale Forderung der Sozialdemokraten. Damit können wir uns sehr gut anfreunden; da hätten wir einen weiteren gemeinsamen Punkt. Allerdings stellt sich die Frage – das können Sie vielleicht in der zweiten Runde einmal erklären –: Wollen Sie gebundenen Ganztag unter Wahrung der Wahlfreiheit der Betroffenen? Wie soll das gehen? Den gleichen Unsinn haben Sie vor Kurzem auch schon dem „Weser-Kurier“ erzählt. „Gebunden“ bedeutet eben Pflichtangebot, Herr Dr. vom Bruch. Wenn Sie den Eltern Wahlfreiheit lassen wollen, dann müssen Sie die offene Form oder die teilgebundene Form benennen oder bevorzugen. Im Übrigen: Ihre Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen kennen bisher nur die offene Form der Ganztagschule.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag verzerrt teilweise die Realität, versucht an einigen Punkten, das Rad neu zu erfinden. Ich bin mir nicht wirklich sicher – das sage ich ganz offen –, ob das Ihre Absicht ist. Lassen Sie uns doch gemeinsam die praktische Umsetzung der Schulreform betrachten und zum Beispiel in jeder Deputationssitzung eine Empfehlung aus dem Schulentwicklungsplan genauer anschauen. Lassen Sie uns den Entwicklungsplan Inklusion unter den bereits gesammelten Erfahrungen bewerten, und lassen Sie uns vor allem das, was wir gemeinsam mühsam erarbeitet haben, auch gemeinsam erarbeiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Frau Dogan, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Dogan** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehen und ganz kurz unsere Position begründen.

Sie begehren in Ihrem Antrag, dass der Senat bis Ende 2013 eine zeitliche und inhaltliche Planung für eine vorgezogene Evaluation und Weiterentwicklung des Bremer Bildungskonsenses vorlegen soll. Ich möchte daran erinnern, dass Sie mit uns gemeinsam im Bremer Konsens zur Schulentwicklung vereinbart haben, meine Damen und Herren, dass allen Beteiligten, den Schulleitungen, den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern seitens der Politik eine verlässliche Zeit zugesichert wird, damit sich die Schulen qualitativ weiterentwickeln können. Weiter wurde vereinbart, dass nach acht Jahren eine Bilanzierung über das Erreichte erfolgen soll. Die Zeit ist noch nicht um, und ich frage mich, meine Damen und Herren von der CDU, warum Sie jetzt einen neuen Plan haben wollen. „Wollen Sie sich vom Acker machen?“, habe ich mich gefragt, als ich Ihren Antrag

(A) gelesen habe. Die Schulen, meine Damen und Herren, brauchen Ruhe, Zeit und Verlässlichkeit, die wir ihnen auch versprochen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte daran erinnern – darauf ist Herr Güngör eben schon eingegangen –, dass am 30. Oktober 2008 durch den Fachausschuss und durch die Deputation für Bildung ein Schulentwicklungsplan für das Land Bremen beschlossen wurde. Ziel dieses Schulentwicklungsplans war es, die Verbesserung der Schulqualität und des Unterrichts sowie Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg herbeizuführen. Dazu – das hat auch Herr Güngör eben dargestellt – wurden renommierte Bildungsexperten, Schüler, Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte und auch erfolgreiche Schulpraktiker aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland angehört, um aus diesen Erfahrungen zu lernen. Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen Masterplan für Bildung und sollten uns an das Vereinbarte und an die Zusicherung gegenüber den Beteiligten halten und, wie wir gemeinsam vereinbart haben, nach acht Jahren eine Bilanzierung über das bereits Erreichte durchführen. Daran sollten wir, finde ich, nicht rütteln, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) Ich möchte auch daran erinnern – darauf gehen Sie in einem Punkt Ihres Antrages ein –, dass wir in der Deputation erst vor Kurzem die Verordnung für unterstützende Pädagogik verabschiedet haben, wobei zunächst in dem ersten Entwurf die Evaluation nicht vorgesehen war und wir uns koalitionär darauf verständigt haben, dass es uns besonders wichtig ist, dass die Evaluation durchgeführt wird, und wir einen Zeitpunkt festgelegt haben, sodass wir da auf einem guten Weg sind, wie ich denke.

Einen anderen Punkt aus Ihrem Antrag lehnen wir als Grüne ebenfalls ab, und zwar die Weiterentwicklung des Biblischen Geschichtsunterrichts an Bremer Schulen zu einem konfessionsgebundenen Religionsunterricht. Das wollen wir nicht, das hat auch Herr Güngör gesagt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie sehen an diesen wenigen Punkten, meine Damen und Herren, dass Ihr Antrag heute hier nicht bejaht werden kann. Ich möchte aber auch betonen, weil ich tatsächlich versucht habe, mich konstruktiv mit Ihrem Antrag auseinanderzusetzen,

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Beim Versuch ist es geblieben! Gut, dass Sie das noch einmal betonen!)

dass Sie einige wenige Punkte aufgenommen haben, die gut und richtig sind, wie zum Beispiel die Forderung nach Ausbau der Ganztagschulen oder auch nach Verzahnung des Elementarbereichs und des Primarbereichs. Aber das sind Bestandteile, meine Damen und Herren, die schon in dem Schulentwicklungsplan gemeinsam verabredet und beschlossen worden sind.

Bremen hat durch umfangreiche Novellierungen im Bremischen Schulgesetz, durch die Einführung von Oberschule und Gymnasien als einzige Schularten in der Sek I, durch den kontinuierlichen Ausbau von Ganztagschulen und die Einführung der inklusiven Beschulung aus meiner Sicht entscheidende Weichenstellungen dafür vorgenommen, den sich verändernden bildungspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Land Bremen gerecht zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dabei wurden sowohl äußere Rahmenbedingungen geschaffen als auch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität in den Schulen eingeleitet. Ich war froh, dass Sie sich damals sehr konstruktiv daran beteiligt haben und dies gemeinsam mit uns beschlossen haben. Zutreffend ist – das darf man nicht leugnen –, dass Bremen jetzt in der letzten Studie im Bundesvergleich leider wieder auf dem letzten Platz gelandet ist. Mit den Ergebnissen, die wir dort erzielt haben, können wir aus meiner Sicht nicht zufrieden sein, und das kann man auch nicht schönreden. Aber das kann unserer Ansicht nach auch nicht verharmlost werden.

Wir müssen uns sachlich damit auseinandersetzen, meine Damen und Herren. Auch die Tatsache – darauf hat Herr Güngör eben ja auch bereits Bezug genommen –, dass die Schülerinnen und Schüler vor der Schulreform getestet worden sind, und zwar Neuntklässler, darf uns nicht daran hindern, uns dieser Herausforderung zu stellen und Antworten auf die Frage zu finden, wie wir besser werden können. Wir haben erst vor Kurzem hier in der Bürgerschaft eine Große Anfrage, die wir Grünen eingereicht haben, zu dem Thema Werkschulen diskutiert. Dabei haben wir gesehen, dass sehr viele Schülerinnen und Schüler, bei denen die Aussicht auf einen Schulabschluss überhaupt nicht bestanden hat, zu guten Schulabschlüssen gekommen sind. Das sind kleine Erfolge. Darüber können wir, finde ich, froh sein. Aber wir dürfen uns nicht darauf ausruhen.

Ich möchte kurz auf die IQB-Studie eingehen, weil meiner Ansicht nach dort tatsächlich Ansätze sind, die wir beachten und auch umsetzen sollten. Diese Studie hat gezeigt, dass – bisher war es üblich, dass der Westen bzw. der Süden Deutschlands immer auf den Spitzenplätzen gelegen hat – jetzt der Osten den Westen überholt hat. Da muss man genau gucken, woran das liegt und welche Konsequenzen wir für

(C)

(D)

(A) Bremen aus dieser Studie können. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Ich möchte vorwegschicken, dass wir alle, glaube ich, hier in der Bürgerschaft wissen, dass in Bremen sehr viele Kinder und Jugendliche – wir haben heute Morgen schon darüber geredet – unter Bedingungen aufwachsen, die nicht überall in anderen Bundesländern auch so sind, meine Damen und Herren. Es ist unstrittig, dass viele Kinder in belasteten sozialen Verhältnissen aufwachsen. Wir wissen, zwölf Prozent aller Kinder wachsen in Familien auf, deren Eltern erwerbslos sind, die von Armut betroffen sind und in denen das Bildungsniveau der Eltern niedrig ist.

Viele Kinder hier im Land Bremen sind von diesen drei Risikofaktoren betroffen, meine Damen und Herren.

Zum anderen haben die ostdeutschen Schulen im Durchschnitt einen sehr niedrigen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Die Studie zeigt einen großen Zusammenhang zwischen der Leistung der Schüler und ihrer Herkunft, und unabhängig von der Farbe der Landesregierung zeigen sich erhebliche Leistungsdifferenzen zwischen Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungshintergrund in allen Bundesländern, meine Damen und Herren.

(B) Bremen, Hamburg und Berlin haben den höchsten Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und bei den ostdeutschen Ländern lag dieser Anteil unter 10 Prozent. Die Werte der Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund zeigen, dass die gute Beherrschung der deutschen Sprache nicht nur im Fach Deutsch, sondern auch in Fächern wie Mathe, Physik, Biologie, Chemie wichtig ist.

Aus Sicht der Grünen brauchen wir gut geschulte Lehrkräfte, die auch Kenntnisse im Fach Deutsch als Zweitsprache haben, da sich die Vielfalt in den Klassenzimmern verändert hat, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass die Empfehlung im Schulentwicklungsplan – das war die Empfehlung Nummer 7 – zur Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten, noch einmal intensiv im Fachausschuss, in der Deputation, diskutiert werden sollte und dass wir das gemeinsam weiterentwickeln sollten. Denn es ist nicht hinnehmbar, dass diese Schüler von ihrem Wissenstand her bis zu zwei Jahren hinter den Schülern ohne Migrationshintergrund sind. Das müssen wir verändern, da müssen wir auf jeden Fall besser werden. Das sind wir diesen Kindern aus meiner Sicht schuldig.

Die Studie gibt aber auch Hinweise darauf, dass es auf den Fachunterricht, meine Damen und Herren, ankommt. Das bedeutet, dass die Unterrichtszeit für das Lernen genutzt werden muss und Störungen vermieden werden müssen, und zwar muss die Qualität des Unterrichts verbessert werden. Die Bil-

dungsforschung zeigt ja und weiß seit Längerem, dass Pädagogen, die fachlich wie fachdidaktisch firm sind, besseren Unterricht machen. In dieser Studie haben wir – dass muss man schon kritisch anmerken – festgestellt, dass Länder wie Sachsen seltener Lehrer einsetzen, die fachfremd unterrichten. Da sehe ich für das Land Bremen einen Handlungsbedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass ich versuche, mich konstruktiv mit dieser Studie auseinanderzusetzen. Ich glaube, Herr Dr. vom Bruch, dass uns Empörungsreden oder eine Rückschau, wer wann wie schuld war, hier nicht tatsächlich weiterbringen. Denn ich glaube, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht und dass zentrales Ziel der nächsten Jahre auf jeden Fall weiterhin sein muss, die Qualität der Arbeit an den Schulen gemeinsam mit allen Beteiligten zu verbessern und so die Bildungschancen für die Kinder und Jugendlichen an den Schulen in Bremen und Bremerhaven zu erhöhen.

Aber auch der weitere Aufbau von gebundenen Ganztagschulen ist von zentraler Bedeutung für das Land Bremen, gerade für diese Kinder, die hier unter diesen Risikolagen aufwachsen, Herr Dr. vom Bruch.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Aha!)

Das eint uns. Aber wenn ich, wie gestern, in der Presse sehe – ich bin ja nicht an den Gesprächen dort vor Ort beteiligt –,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Ich auch nicht!)

dass das Kooperationsverbot immer noch nicht aufgegeben wird von CDU und CSU, dann finde ich das sehr fatal; gerade für ein Land wie das Land Bremen. Ich glaube – das habe ich in vielen Gesprächen mit Ihnen festgestellt –, dass Sie mittlerweile zu der Einsicht gekommen sind, dass es nicht sein kann, dass sich der Bund aus der Bildungsfinanzierung von Ganztagschulen ganz heraushalten kann, wobei wir natürlich vor Ort – das möchte ich betonen, denn das werden Sie uns gleich sicherlich noch einmal vorwerfen – auch weiterhin daran arbeiten müssen – das tun wir auch in Haushaltsgesprächen –, dass wir die Ganztagschulen weiterhin ausbauen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort Frau Kollegin Vogt, Fraktion DIE LINKE.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Ich finde die Idee, jetzt zu evaluieren und zu gucken, was an einzelnen Schulen funktioniert und was an einzelnen Schulen nicht funktioniert, durchaus sinnvoll. Ich glaube auch nicht, dass das ein Abschied von dem von Ihren drei Fraktionen verabschiedeten Schulkonsens wäre, und zwar aus folgendem Grund: Man hat 2008 die Schulreform vor allem im Bereich Oberschule, Inklusion und Ganztagschule auf den Weg gebracht und zehn Jahre in dem Bestreben festgeschrieben, dass nicht jede neue Regierung, nicht jede neue Koalition wieder eine neue Schulstrukturdebatte in Gang setzt.

Im Moment habe ich nicht das Gefühl, dass eine der Fraktionen hier mit dieser Debatte wieder neu anfangen will. Auch wenn ich weiß, dass selbst unter den Kolleginnen und Kollegen der Grünen-Fraktion und der SPD viele, genauso wie wir, gerne auf den Erhalt der Gymnasien verzichtet und eine Gemeinschaftsschule eingerichtet hätten, sind wir doch, so glaube ich, zumindest unter den Bildungspolitikern und Bildungspolitikern einer Meinung, dass eine Schulstrukturveränderung allein die großen Probleme, vor denen wir hier im Land Bremen stehen, nicht lösen wird. Von daher habe ich nicht das Gefühl, dass die Gefahr besteht, dass jetzt wieder alles aufgebrochen wird.

(B) Ich sehe aber auch – da finde ich die Vergleichsstudien, ehrlich gesagt, ziemlich nebensächlich –, dass wir nach wie vor vor einer Menge an Problemen stehen, die man tatsächlich nicht über strukturelle Veränderungen lösen kann. Ich glaube, selbst wenn wir eine Gemeinschaftsschule eingeführt hätten, hätten wir in bestimmten Bereichen Probleme, wie wir sie auch heute mit der bestehenden Schulstruktur haben.

Meiner Meinung nach wäre es schon sinnvoll, jetzt in eine zweite Phase, und zwar eine qualitative Evaluation der Schulreform, zu gehen. Wir müssen uns genau angucken, was wir brauchen, damit wir endlich bei der Bewältigung der zentralen Probleme, vor denen heute alle Schulen stehen, aufholen. Das sind ja genau die Probleme, über die wir bei jeder Vergleichsstudie neu reden! Das ist, erstens, eine generelle Verbesserung der schulischen Leistungen – da sind wir uns, glaube ich, hier im Hause einig –, und das ist, zweitens – auch da sind wir uns weitgehend einig –, die Entkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft, und das ist, drittens – auch das wird immer wieder von uns, wenn wir in der Deputation oder in den Fachausschüssen darüber reden, genannt –, der Schulerfolg der sogenannten drei Risikogruppen, also der Kinder und Jugendlichen, deren familiärer Hintergrund geprägt ist von Migrationshintergrund, von Erwerbslosigkeit der Eltern oder von Armut oder schlimmstenfalls von allen drei Risikogruppen. Das sind die drei Kriterien, um die es geht und bei

denen wir – auch da sind wir uns relativ einig – insgesamt noch nicht richtig weitergekommen sind.

(C)

Natürlich geht es – das hat der Kollege Dr. vom Bruch schon gesagt – auch um Ressourcen, und natürlich belastet es die Schulen in Bremerhaven und Bremen, vor allen Dingen auch in Bremen, dass sie, anders als die Schulen in einigen Flächenländern, eben nicht von einer demografischen Rendite profitieren können.

Natürlich reden wir hier seit Jahren auch immer wieder über Ressourcen, weil wir 2008 mit der Schulreform von einem ganz niedrigen Level aus gestartet sind. Auch das ist hier schon oft genug Gegenstand der Debatten gewesen. Die Lehrerstellen, die zwischen 1993 und 2007 hier gekürzt worden sind, haben natürlich viel damit zu tun, dass wir letzten Endes in allen Vergleichsstudien folgerichtig auf dem letzten Platz gelandet sind.

Wir haben natürlich immer wieder diese Ressourcendebatte, weil der Bildungsbereich immer wieder in die Vorgaben zum Personalabbau einbezogen wird, sodass die „Schippe darauf“ im Endeffekt durch die Umsteuerung im eigenen Ressort wieder zu einer „Schippe runter“ wird beziehungsweise ein Status quo hergestellt wird, aber eben nicht mehr. Darüber muss man natürlich reden, und es hat ja auch in allen Fraktionen in dieser Frage Bewegung gegeben. Ich habe durchaus erfreut zur Kenntnis genommen, dass nach der Vorstellung der ersten Eckwerte auch von den Regierungsfractionen das Thema Ganztagschule noch einmal wieder auf den Tisch gebracht worden ist. Ich erwarte auch – in dem Sinne ist das nicht einmal zynisch gemeint –, dass von Ihnen noch im Dezember etwas vorgelegt wird.

(D)

(Abg. T s c h ö p e [SPD]: Erwartungsfroh!)

Wir brauchen eine angemessene Ausstattung – das ist klar –, aber wir brauchen erheblich mehr. Als Fachpolitiker und Fachpolitikerinnen sind wir uns weitgehend einig, dass Ressourcen alleine die Probleme nicht lösen werden.

Man muss sich einfach einmal vor Augen halten, dass Schulen vor grundsätzlich neuen Herausforderungen stehen und grundsätzlich anders arbeiten als noch vor 20 Jahren. Die Situation, die wir heute an vielen Schulen haben, kann man mit nichts mehr vergleichen, was früher einmal war. Wir haben Schulen, an denen hat die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Wir tun aber so, als ob das eine besondere Gruppe sei, Herr Güngör. Wir tun immer noch so, als sei das eine Gruppe, die von der Norm abweicht, für die wir zusätzlich etwas in den Schulbetrieb einbauen müssten, eine Vorklasse oder einen Sprachkurs. Wir machen das nicht zur Ausgangslage, und ich glaube, das ist ein Fehler.

Wir haben auch Schulen, an denen die Mehrheit der Schülerinnen und der Schüler aus Familien

(A) kommen, die geprägt sind von niedrigen Einkommen, Erwerbslosigkeit, prekärer Beschäftigung, einfach von wenig Geld. Auch da tun wir immer noch so, als sei das eine besondere Gruppe, die noch zusätzlich etwas braucht, vielleicht Sozialarbeit oder Förderangebote, damit sie so funktionieren wie alle anderen.

Wir stellen fest, dass viele Schülerinnen und Schüler aus Haushalten kommen, in denen es nicht die berühmten hundert Bücher im Schrank gibt, und nennen das gerne – ich tue es nicht – bildungsfern. Dabei heißt das erst einmal, dass die Art, wie zu Hause und im Lebensalltag der jugendlichen Gesellschaft Kultur und Bildung erlebt und verstanden werden, heute in vielen Haushalten eine total andere ist als noch vor 30 Jahren, auch noch als vor 20 Jahren. Wenn wir das als neue Norm begreifen, dann reden wir nicht über Abweichungen von einer normalen Bildungsbiografie, die man mit Abweichungen beantworten muss, sondern wir müssen das zur Ausgangslage machen, wie eine neue Schule arbeiten muss. Wie das am besten geht, wissen wir hier alle immer noch nicht. Ich glaube, wir brauchen nicht so zu tun, als hätten wir schon das Rad erfunden.

(B) Wir können immer noch nicht sagen, welche Veränderungen des Unterrichts die Ergebnisse wirklich verbessern. Meine Vermutung ist, ehrlich gesagt, da ich natürlich viele Schulen kenne, dass das von Schule zu Schule verschieden sein kann, ja sogar sein wird. Was in einer Oberschule in Gröpelingen funktioniert, muss nicht unbedingt das sein, was in einer Grundschule in Schwachhausen funktioniert; oder umgekehrt. Im Grunde müsste aus unseren Köpfen die Vorstellung verschwinden, dass diese oder jene Klasse abweicht von dem, was wir als Norm oder als normale Klasse betrachten und was wir da eigentlich vorfinden wollen, weil es im Grunde gar keine normalen Klassen mehr gibt.

Es gibt meines Erachtens auch keine Ausreden mehr. Wenn wir immer wieder feststellen, dass sich die Schulleistungsergebnisse vielleicht damit erklären lassen, dass die Risikogruppen in Bremen viel größer sind als in anderen Städten oder Kommunen, dann stimmt das sicher. Aber es hilft uns überhaupt nicht weiter, nur diesen Befund aufzumachen. Es wird auch den Gruppen nicht gerecht, deren Zugang zu Bildung und Schule vielleicht anders ist als das, wovon Schule heute ausgeht. Dazu sage ich ganz klar hier an dieser Stelle: Dann muss sich eben Schule ändern.

Es gibt bereits viele Schulen mit vielen neuen Ansätzen, und es gibt auch viele Experimente, die wirklich ausprobieren, was uns eigentlich weiterbringen könnte. Aber wir müssen – insofern verstehe ich auch den Antrag der CDU als Schritt in diese Richtung – das dann auch einmal miteinander vergleichen.

Es ist im Grunde ein Unding, dass wir keine Schulleistungsvergleiche der Schulen untereinander ha-

ben, sondern immer nur länder- oder bundesinterne Vergleiche. Dass wir die Ergebnisse der einzelnen Schulen in überregionalen Vergleichen nebeneinander legen und sagen: „Was die dort machen, scheint etwas für die Entkoppelung von der sozialen Herkunft oder für die Risikogruppen oder für die allgemeinen Schulleistungen zu bringen.“, damit Schulen voneinander lernen können – so einen Prozess, finde ich, müssen wir hier herstellen.

Ich sage auch ganz klar: Wir können damit nicht bis 2018 warten. Deshalb finde ich den Ansatz des CDU-Antrags im Kern völlig richtig zu sagen: Wir müssen jetzt anfangen, in eine Auswertung der Schulreform einzusteigen, und zwar nicht, um wieder aus ihr auszusteigen. Sondern wir wollen sie stärken, wir wollen nachstellen und anpassen und nachsteuern. Vor allem aber geht es darum, endlich systematisch über Qualität zu reden und darüber, mit welchen Instrumenten wir denn Schulleistungen endlich verbessern können. Man kann es vielleicht auch einfach so sagen: Die Schulreform ist ein ständiger Vorgang, und die Schulen müssen sich ständig verändern und weiterentwickeln. Dafür müssen wir als Politik die Voraussetzungen schaffen, und meiner Meinung nach jetzt und nicht erst 2018, wenn wir gucken, wie sich denn die Schulreform bewährt hat.

Die CDU macht im Punkt 2 ihres Antrags Vorschläge zu einzelnen Themen, die bei einer vorgezogenen Evaluation und Weiterentwicklung der Schulreform besonders berücksichtigt werden sollten. Ich finde viele davon gut, einige nicht. Die Orientierung auf die Ganztagschule, und zwar die gebundene Ganztagschule, finde ich völlig richtig. Die Frage, dass man das dann wieder offen lässt, habe ich, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Deswegen werden wir dem Punkt a nicht zustimmen können.

Ich finde es auch notwendig, dass wir über die Entwicklung der Oberstufen reden, den Abbau der Oberschulzentren, die Orientierung, jede Oberschule braucht ihre eigene Oberstufe, das muss man dringend kritisch überprüfen. Da haben wir schon negative Erfahrungen gemacht, und ich glaube, da muss man einfach einmal gucken, ob sich das bewährt hat. Meiner Meinung nach ist das nicht der Fall. Aber das sollten wir dringend evaluieren.

Man muss aber auch bei den Gymnasien überprüfen, wie weit sie stärker als bisher berücksichtigen müssen, dass von ihnen aus der Weg nicht nur in die Hochschule, sondern auch in die Ausbildung oder direkt in die berufliche Ausbildung führt. Was ich allerdings auch nicht will – da gebe ich meinem Kollegen Güngör recht –: Ich möchte berufliche Bildung oder Berufsorientierung und Hochschulorientierung nicht auf zwei Schulformen unterschiedlich verteilen.

(Glocke)

Ich bin der Meinung, Gymnasien haben eine Berufsorientierung genauso nötig wie Oberschulen, und ich

(C)

(D)

(A) finde es im Übrigen auch fatal, dass mit der Oberschulreform die Berufsorientierung völlig verschwunden ist, weil man die Oberschulen mit den Gymnasien gleichstellen wollte. Das heißt, meiner Meinung nach muss die Berufsorientierung an beide Schulformen – und zwar unmittelbar – wieder zurück. Ich finde es richtig schade, dass wir Lehrer für WAT, die Arbeitslehre, gar nicht mehr ausbilden und dass wir sie gar nicht mehr beschäftigen. Aber wie gesagt, Herr Dr. vom Bruch, ich möchte das nicht nur an den Oberschulen, ich möchte das auch an den Gymnasien.

Wir müssen im Endeffekt auch den Inklusionsprozess darauf überprüfen, wie er zu einer umfassenden individuellen Förderung aller weitergeführt wird. Das sehen wir ebenfalls so. Bislang haben wir Schülerinnen und Schüler, die an früher gesonderten Schulen unterrichtet wurden, eigentlich nur auf die all-gemeinbildenden Schulen verteilt, und der Schritt zu einem anderen Unterricht ist bislang so mühselig gewesen, weil eben immer die Ressourcenfrage über allen schwappte und weil bestimmte Sachen nicht geklärt waren, dass wir da eigentlich erst am Anfang stehen.

(Glocke)

Ich finde, wir sollten auch das aufmerksam begleiten und gucken, wo wir gegensteuern müssen. Ich komme vorerst zum Schluss.- Danke!

(B) (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Kollege Dr. vom Bruch, CDU-Fraktion.

Abg. **Dr. vom Bruch (CDU)*:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich im Gefolge der Wortbeiträge ein paar Anmerkungen machen. Frau Dogan, es geht nicht um Empörungsreden, aber es geht schon darum, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass es uns auch in den überregionalen Vergleichen seit Jahren nicht gelingt, den Abstand zu den anderen Bundesländern zumindest zu reduzieren. Damit werden wir nicht zufrieden sein.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt nicht darauf an, hier Einzelnen einzelne Ergebnisse vorzuhalten, es kommt nicht einmal auf Schuldzuweisungen in erster Linie an. Aber es kommt schon darauf an, dass wir einmal hingucken, woran es wirklich liegt und was wir besser machen können. Denn so wie es ist, wollen wir es für die Zukunft nicht fortschreiben. Deshalb geht es uns – das ist ein Missverständnis, Herr Güngör – bei unserem Vorschlag in diesem Antrag nicht so sehr darum, in erster Linie strukturelle Fragen zu stellen, sondern uns geht es darum, wie Unterricht wirklich in der Zukunft funktionieren soll, wie Unterricht ausgestaltet

werden soll und wie er vor Ort am besten gestaltet werden kann. Das ist im Kern unser Anliegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Herr Güngör, ist es auch ein Missverständnis, sich mit der Frage „Oberschule, Gymnasium, Stadtteilschule oder was auch immer?“ auseinanderzusetzen.

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Das haben Sie aber in Ihrem Antrag gemacht!)

Nein! Das ist nicht in erster Linie der Fokus.

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Doch!)

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Ich glaube, dass es in Wahrheit im Prinzip fast egal ist, was draußen an der Schule steht. Entscheidend ist, was sich in den Klassenräumen, im Unterricht vor Ort abspielt.

(Beifall bei der CDU – Abg. G ü n g ö r [SPD]: Sie wollen doch die Trennung, nicht wir!)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich mit der Profilierung, mit unserem Vorschlag, eine Profilierung zu verstärken, auseinandergesetzt. Dazu möchte ich einen Punkt sagen: Zu dieser Bewertung kann man eigentlich nur kommen, wenn man Berufsqualifizierung, berufliche Ausbildung auf der einen Seite und Studium auf der anderen Seite in eine Hierarchie bringt. Für uns sind das gleichwertige Angelegenheiten, gleichwertige Ziele.

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Sie schauen sich den Schulentwicklungsplan noch einmal an!)

Deshalb gehen wir auch nicht davon aus, dass es unterschiedliche Ziele sind, sondern dass sie in beiden Schularten profiliert werden sollen, was nicht heißt, Herr Güngör, dass es Ausschließlichkeitskriterien sind. Wir wollen eine Gleichheit auch in der Denkweise und in der Bewertung von beruflicher Bildung und von Studium. Deshalb wollen wir das in diesen beiden Schularten widerspiegelt wissen.

Meine Damen und Herren, Sie können an dieser Stelle unseren Antrag ablehnen – das werden Sie ja voraussichtlich auch tun –, aber was Sie nicht tun können: Sie werden diese Themen nicht weiter negieren können. Diese Themen, die wir benannt haben, werden Ihnen auf die Füße fallen, und insofern werden Sie sich diesen Themen nicht entziehen können, sondern Sie werden sie an irgendeiner Stelle bearbeiten müssen, unabhängig davon, ob Sie unserem Antrag hier heute folgen oder nicht.

(C)

(D)

(A) Ich will eine letzte Bemerkung zur Ganztagschule machen. Meine Damen und Herren, es kommt mir hier gar nicht so sehr auf Wortklauberei an,

(Abg. G ü n g ö r [SPD]: Das ist keine Wortklauberei!)

sondern es kommt mir darauf an, dass wir die Ganztagschule so ausgestalten, dass sie auch wirklich eine Schule ist. Wir wollen ein flächendeckendes Angebot. Wir wollen eine Entwicklung hin zur gebundenen Form. Aber wir wollen keine Verpflichtung, sondern wir wollen die Wahlfreiheit erhalten. Das ist unsere Auffassung. Wir wollen eine Ganztagschule, die den Unterricht verbessert, die Chancengerechtigkeit verbessert, und wir wollen keine zwanghaften Verpflichtungen, sondern wir wollen ein Angebot machen,

(Zuruf des Abg. G ü n g ö r [SPD])

und zwar ein qualitativ hochwertiges. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Kollegin Frau Vogt, Fraktion DIE LINKE.

(B) Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben schon ausgeführt, dass ich einige oder viele Ansätze in diesem Antrag durchaus sinnvoll und richtig finde. Ich finde, es ist auch überhaupt gar kein Widerspruch, dass sich der Senat auf Bundesebene dafür einsetzen soll, dass es einen Rechtsanspruch auf Ganztagschule gibt, weil er dann vom Bund natürlich mit Ressourcen hinterlegt werden muss; ähnlich wie bei der U3-Geschichte. Ich fände es eigentlich am sinnvollsten, diesen Antrag in die Deputation zu überweisen und ihn sich da in Ruhe anzugucken. Ich habe aber den Ausführungen der Rednerinnen und der Redner der Koalition entnommen, dass Sie ihn ablehnen werden.

Ich habe eben schon gesagt, dass ich vieles sinnvoll finde. Einiges können wir auch unter der Hierarchisierung, der Berücksichtigung der Einzelthemen allerdings nicht mitgehen. Von daher werden wir dem Antrag zustimmen. Ich beantrage getrennte Abstimmung für die Punkte 2a, b, d, g und k. Denn da kann ich nicht so problemlos in der Prioritätensetzung mitgehen. – Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen

und Herren! Die Überschrift des Antrages der CDU lautet: „Bremen braucht einen Masterplan Bildung“. Ich muss ganz ehrlich sagen, Herr Dr. vom Bruch: Ich denke nicht, dass wir einen Masterplan jetzt brauchen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich denke nicht, dass wir ihn nicht brauchen, weil nicht auch einzelne Punkte, die Sie hier angeführt haben, von uns nicht zurzeit schon bearbeitet werden, sondern ich denke, wir brauchen keinen Masterplan, bevor wir eigentlich –. Das ist der zentrale Kritikpunkt, den ich an Ihrem Antrag erkenne: Wir brauchen ihn vor allen Dingen nicht, bevor wir gar keinen Durchlauf hatten. Wir haben überhaupt noch gar nicht die Oberschule in einem oder in einem Jahrgang durchbekommen. Das fehlt uns alles. Sie sagen, wir sollen jetzt evaluieren. Ich kann doch nur etwas evaluieren, was stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist sozusagen ein systemwidriger Ansatz. Ich finde richtig, dass wir immer auf das gucken müssen und immer genau beobachten müssen: Tun wir das, was wir uns vorgenommen haben, richtig? Das finde ich vollständig in Ordnung, das ist aber das, was wir machen. Das ist doch Realität, Herr Dr. vom Bruch, und insofern finde ich es nicht in Ordnung, jetzt eine vorgezogene Evaluation zu fordern oder zu sagen, damit könnten wir endlich die Fehler finden, die Sie bei uns, bei der Schulreform ausmachen. Ich denke, das ist falsch.

Was richtig ist: Man muss schon jetzt anfangen, sich damit auseinanderzusetzen, was wir denn am Ende gemeinsam evaluieren wollen. Das finde ich richtig. Man kann sich im nächsten Jahr hinsetzen und kann fragen: Was soll eigentlich Bestandteil einer Evaluation sein? Das wäre für mich auch ein Teil von Zwischenbilanzierung. An dem Punkt teile ich auch den Punkt von Frau Vogt, die sagt, wir müssen uns das genau angucken. Ich finde es nur ein bisschen komisch, dass Sie immer wieder sagen, dass man sich das angucken muss. Was meinen Sie denn, was wir die ganze Zeit tun? Wir entwickeln doch im Moment. Sie sagen, wir müssten mehr gucken, wie sich die Schulen entwickelt haben. Mein Eindruck ist: Entscheidend ist, dass wir jetzt mit denen in einen konstruktiven und systematischen Dialog kommen, die für uns Schule machen. Das sind die Lehrerinnen und Lehrer, und das sind die Schulleitungen. Das ist das, was wir gegenwärtig tun.

Wir haben ein ganz systematisches Verfahren entwickelt in der Diskussion über das, was wir mit der Schulreform wollen. Was müssen die Kinder und Jugendlichen in der Oberschule lernen, was müssen sie in den Gymnasien lernen, was sind die Vorausset-

(C)

(D)

(A) zungen hier, was sind die Voraussetzungen dort, die Kinder und Jugendliche mitbringen? Das ist das, was wir gegenwärtig machen. Zum Beispiel treffen wir uns morgen mit Frau Stanat. Sie schreiben ja auch, wir müssten mehr externen Rat einholen. Ich finde, der externe Rat muss direkt an die herangetragen werden, die dann die Arbeit umzusetzen haben.

Morgen treffen wir uns mit all den Leitungen der Schulen, die in der Leistungsvergleichsstudie mitgemacht haben, die wissen, dass wir nicht immer einen höheren Platz errungen haben, sondern schlicht und ergreifend drei Mal 16, ein Mal 14. Völlig richtig. Was machen wir? Wir laden natürlich Frau Stanat ein, natürlich diskutieren wir jetzt mit ihr und den Schulleitungen gemeinsam, welches aus ihrer Sicht die Ursachen sind.

Wir können uns doch nur jetzt auf den Weg begeben, um die Lehrkräfte, um die Schulen darin zu bestärken, zum einen den Weg an den Stellen, die richtig sind, weiter zu gehen und zum anderen an den Stellen Korrekturen vorzunehmen, wo im Grunde für uns zu erkennen ist, dass das nicht ausreicht, was stattfindet. Natürlich müssen wir uns, wenn wir mit den Schulleitungen darüber reden, wenn in den Schulen darüber diskutiert wird, damit auseinandersetzen, ob unsere Förderung richtig ist. Wenn wir von der Normalität unserer gemischten Schüler- und Schülerinnen-schaft ausgehen, müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Sind unsere Förderangebote, ist unser Förderunterricht so angemessen, wie wir es brauchen? Dabei werden wir vermutlich von Schulstandort zu Schulstandort zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Aber genau das ist doch der Sinn dessen, was wir zu tun haben.

(B) Wir haben eine Schulreform, wir haben Ziele, wir haben nämlich die Ziele, dass die jungen Menschen, die die Oberschule besuchen, sozusagen in die Oberstufe einmünden können und die, die auf dem Gymnasium sind, auf dem Gymnasium weitergehen können, um auch eine weiterführende Schule zu besuchen. Da tun wir aus meiner Sicht alles.

Sie sprechen davon, wir müssten mehr Transparenz herstellen. Sie haben Einzelbeispiele angeführt, was wir brauchen. Sie wissen das doch alles. Natürlich diskutieren wir eine Zuweisungsrichtlinie, natürlich haben wir eine Ganztagsverordnung beraten, natürlich stellen wir über diese ganzen Formen auch Transparenz der Ausstattung in Schulen her. Das machen wir alles.

Das ist all das, was Sie in den Einzelpunkten aufgezählt haben. Dazu kann man sagen: Es ist nett, dass Sie das für uns noch einmal alles zusammengetragen haben. Das arbeiten wir aber gegenwärtig sowieso alles ab. Das gilt auch für BGU, das arbeiten wir alles ab. Sie wissen auch, dass wir das alles abarbeiten. Ich weiß überhaupt nicht, was das jetzt soll, dass wir einen Waschlappen dessen erhalten, was wir zu tun hätten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

Ich bin nicht der Auffassung, dass wir gegenwärtig einen solchen Masterplan brauchen. Ich bin der Auffassung, wir sollten bei dem Evaluationszeitpunkt bleiben. Ich bin auch der Auffassung, wir sollten uns über ein Konzept von Evaluation verständigen. Wir sollten uns auch darüber verständigen, wie wir in der Zwischenzeit noch einmal genauer und präziser auf das gucken, was wir tun. Das finde ich völlig richtig. Das ist ein Punkt, den Sie aufwerfen, der bei uns überhaupt nicht Abwehr oder sonst etwas erzeugt, sondern das ist ein Punkt, den wir so oder so mit Ihnen auch gemeinsam angehen wollen.

Ein Punkt noch einmal zur beruflichen Orientierung Das eine ist sozusagen der akademische Pfad, das andere ist der nicht akademische Pfad. Ich fand Ihre Erläuterungen dazu gut. Ihr Text ist an der Stelle nicht so scharf, Ihr Text ist an der Stelle so, dass er genau aufteilt: Die einen gehen diesen Weg, die anderen gehen jenen Weg. – Unser Ziel ist aber Durchlässigkeit. Wir wollen die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, und wir wollen berufliche Orientierung an allen Schulen, und zwar sowohl an der Oberschule als auch am Gymnasium. Wir haben zum Beispiel eine Richtlinie zur Berufsorientierung, und mit der wird gearbeitet. Mit ihr wird sowohl in dem Gymnasium als auch in der Oberschule gearbeitet. Was diese Aufteilung angeht, kann ich mit der Erklärung, die Sie jetzt gegeben haben, leben. Aber der Text gibt das nicht so wieder, der Text teilt auf. Das halte ich für unklug, das ist nicht das, was wir wollen. Wir wollen, dass all unsere Kinder so ausgebildet werden, dass sie dann entweder einen akademischen oder einen berufsbildenden Weg gehen. Unser Ziel ist, dass unsere Kinder gute Bildung in unserem Schulsystem haben. Dass wir uns da noch weiterzuentwickeln haben, wissen wir alle. Aber auf dem Weg – so mein Eindruck – sind wir gemeinsam, und insofern brauchen wir keinen neuen Plan, sondern ich finde, wir sollten jetzt einmal das abarbeiten, was wir uns vorgenommen haben. – Herzlichen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt. Zuerst lasse ich über die Ziffern 2a, 2b, 2d, 2g und 2k des Antrags abstimmen.

Wer den Ziffern 2a, 2b, 2d, 2g und 2k des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer

- (A) 18/1065 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Ziffern 2a, 2b, 2d, 2g und 2k des Antrags ab.

Ich lasse nun über die restlichen Ziffern des Antrags abstimmen.

Wer den restlichen Ziffern des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1065 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE, und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

- (B) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die restlichen Ziffern des Antrags ab.

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 5. Dezember 2012
(Drucksache 18/683)

Wir verbinden hiermit:

Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!

Bericht der staatlichen Deputation für
Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 9. August 2013
(Drucksache 18/1012)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion DIE LINKE, Gute Arbeit für Alleinerziehende – Perspektiven in den Stadtteilen gewährleisten!, vom 5. Dezember 2012, Drucksache 18/683, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 32. Sitzung am 13. Dezember 2012 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überwiesen worden. Diese Deputation legt mit der Drucksachen-Nummer 18/1012 ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

(C)

Als Erste hat das Wort die Kollegin Frau Bernhard, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE)*): Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist ja jetzt schon fast ein Jahr alt. Auch der Bericht der Deputation ist nicht mehr ganz neu. Das Thema ist aber gleichwohl aktuell. Gerade die Alleinerziehenden waren schon heute Vormittag Teil unserer Diskussion um die Armutssituation. Deswegen, finde ich, ist es aktueller denn je, das hier weiter zu behandeln.

Für die Endfassung des Armutsberichts „Lebenslagen in Bremen“ wurde seinerzeit sogar ein eigenes Kapitel aufgenommen, um Alleinerziehende zu reflektieren. Alleinerziehende sind eine Gruppe, von der wir immer wieder reden. Wir haben hier in Bremen ausgesprochen viele davon. Es sind ungefähr 18 000 Alleinerziehende, die Hälfte davon im SGB-II-Bezug, und ungefähr 90 Prozent davon sind Frauen. Es gibt Ortsteile, in denen ist das sozusagen schon die dominierende Familienform. Dort liegen wir bei knapp 50 Prozent, Neue Vahr Süd etc. Die Verweildauer im Leistungsbezug ist auch bei Alleinerziehenden relativ ausgeprägt. Das stellen wir immer wieder fest.

Wir hatten seit 2010 in diesem Zusammenhang ein gutes Programm. Das war „Gute Arbeit für Alleinerziehende“. Wir haben es erfolgreich umgesetzt, und es ist im Dezember 2012 beendet worden. Es war stadtteilorientiert. Es war im Süden, im Osten, im Norden, im Westen und es war in Bremerhaven angesiedelt. Es hat sich um die individuellen Probleme von Frauen gekümmert: Sie sind ja letztendlich nicht immer sozusagen clusterhaft eindeutig zuzuordnen, sondern sie sind sehr unterschiedlich und individuell zu sehen. Der Vorteil bei diesem Programm war auch, dass die Kinderbetreuung mit abgesichert worden ist, und zwar eine Kinderbetreuung, die auch die Randzeiten abgedeckt hat. Denn wir wissen ganz genau, die zwei größten Probleme, die Alleinerziehende haben, sind qualifizierte Abschlüsse und die Möglichkeit, ihre Kinder unterzubringen. Entweder hakt es an dem einen oder an dem anderen. Wir haben ja letztendlich hier in Bremen auch ein großes Kinderbetreuungsproblem. Hier gab es eine Möglichkeit, entsprechend damit umzugehen.

(D)

Ich habe schon gesagt, dieses Programm gibt es jetzt nicht mehr. Jetzt kommt der Antrag, den wir vor einem Jahr gestellt haben, aus der Deputation zurück. Ich habe diesen Bericht mehrmals gelesen, und ich bin, ehrlich gesagt, mit dem Ergebnis, was davon übrig geblieben ist, nicht besonders zufrieden.

Es ist festzustellen, dass es durchaus Aufstockungen gegeben hat, zum Beispiel beim Mütterzentrum Vahr, um Beratungsstunden aufrechtzuerhalten. Es gibt jetzt das Programm – wie heißt es? – „Job und

(A) Kind – beides gelingt!“ . Das wurde ab dem September aufgelegt.

Ich möchte aber einmal feststellen: Im Grunde genommen haben wir durch den Abbruch dieses Programms einen riesengroßen Fehler gemacht. Die Strukturen, die mühsam in zweieinhalb Jahren aufgebaut wurden, sind damit ab dem Januar 2013 wieder ruiniert worden. Die entsprechenden Leute, die sich Netzwerke geschaffen haben, die Menschen, die dort beraten haben, mussten entlassen werden. Wir fangen wieder von vorne an. Es gab auch – dazu möchte ich hervorheben: das war ein Bundesprogramm – das Netzwerk für Alleinerziehende. Es ist am 30. Juni 2013 ausgelaufen. All das waren Bundesprogramme, wobei es hier auf Bremer Ebene quasi das Dogma gibt: Bundesprojekte werden nicht durch Landesmittel ersetzt und weitergeführt. – Ich frage Sie ernsthaft: Warum nicht?

(B) Wir haben erkannt, dass es hier ein großes Problem gibt. Jetzt kommt der Clou an der ganzen Sache: Es hat nicht am Geld gelegen. Wir haben innerhalb der EU-Mittel im Lauf dieses Herbstes eine ganze Menge an Millionen übriggehabt. Wir haben Verlängerungsanträge in Massen, wir haben die Projekte bis Ende 2014, die gelaufen sind, und wir haben sogar neue Programme dazu erfunden. Wir haben ungefähr 5 Millionen Euro zusätzlich bewilligt, wobei es möglich gewesen wäre, genau dieses Programm ohne Unterbrechung, ohne Ruinieren der Strukturen weiterzuführen. Das ist etwas, was ich keiner Weise nachvollziehen kann. Wir haben jetzt das Jobcenter, das sagt, dass auch dort diese Beratungen gemacht werden. Was wir leider nicht mehr haben, ist die stadtteilnahe Vor-Ort-Beratung. Sie existiert nicht mehr! Gerade hier sind Verbindungen und Beziehungen zu Frauen geknüpft worden, hier wurde es möglich, auf ihre individuellen Problemlagen einzugehen.

Gucken wir uns doch einmal an, wie dieses Programm ausgewertet worden ist, dass hier 1 400 Beratungen stattgefunden haben, dass es fast 500 Aktivierungen gegeben hat, dass es gelungen ist, in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu vermitteln, in Qualifizierungen. Heute haben wir mit „JoKi“, mit dem Programm, das ab dem September angefangen hat, diese Möglichkeit nicht mehr. Das ist eng verknüpft mit den Vorgaben des Jobcenters. Hier wird quasi ein Produkt angeboten, das nur noch in Beschäftigung weitervermitteln soll. Eine Weitervermittlung in Qualifizierung wird gar nicht als Erfolg ausgewertet.

Eine riesengroße Lücke ist, dass wir die Kinderbetreuung, die hier enthalten war, nicht mehr zur Verfügung haben. In der Deputationsvorlage wird angesprochen, dass man das versucht. Das ist bis heute nicht passiert. Dazu muss ich ganz ehrlich sagen: Wir haben uns heute Vormittag ausgesprochen

(Glocke)

umfangreich über diese Problematik unterhalten. Fraktionsübergreifend war klar, dass man sich da-

rum kümmern möchte. Trotzdem, obwohl das Geld und die Mittel vorhanden wären, haben wir es an der Stelle nicht gemacht. Das möchte ich erst einmal so feststellen. Ich hätte gern eine Antwort darauf, warum das nicht geht und warum wir diese Fehler nicht abschalten können. – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Kollege Reinken, SPD-Fraktion.

Abg. **Reinken** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ auch in einem deutlichen Fokus bremischer Arbeitsmarktpolitik steht, Frau Bernhard, entnehme ich im Gegensatz zu Ihnen dieser Deputationsvorlage. Denn das, was Prämisse war – unsere Überlegungen vor einem Jahr, als Sie den Dringlichkeitsantrag gestellt haben –, nämlich dass dieses Thema mit den unterschiedlichsten Möglichkeiten, die man hat, aber auch mit einer klaren Schwerpunktsetzung, nämlich Arbeit im ersten Arbeitsmarkt, Jobs im ersten Arbeitsmarkt, intensiv bearbeitet werden muss, war uns klar. Wenn Sie in die Deputationsvorlage schauen, dann sehen Sie, dass mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die in der Tat – das finde ich völlig richtig – zusammen mit dem Jobcenter entwickelt worden sind und die gelegentlich ESF kofinanziert sind, dieser Weg weiter beschritten worden ist. Das entnehme ich dieser Deputationsvorlage. Von daher bin ich zunächst einmal damit zufrieden, wohlwissend, dass es immer noch eine Menge mehr zu verbessern und zu tun gibt und dass wir ganz eng an diesem Thema dranbleiben müssen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen: Wenn Sie in unseren Antrag zur Arbeitsmarktpolitik gucken, der ja mittlerweile vorliegt, aber nicht in dieser Sitzung debattiert wird, sondern zu einem späteren Zeitpunkt, werden Sie feststellen, dass das auch unser Fokus für die kommenden Jahre ist. Das wird auch ein wichtiger Bestandteil – davon bin ich fest überzeugt – der künftigen arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes sein, wenn wir über neues ESF, wenn wir über ein neues BAP reden oder wenn wir darüber reden, wie wir Landesarbeitsmarktmittel verwenden.

Der Fokus ist dann aus meiner Sicht: Das Geld, was wir aufwenden, das Geld, das das Jobcenter auswählt, das Geld, das wir möglicherweise aus dem ESF kofinanzieren, muss unmittelbar bei den Betroffenen ankommen. Es muss unmittelbar Ergebnisse bei den Menschen, für die wir diese Überlegungen und diese Programme machen, erzielen. Das ist vielleicht der Unterschied.

Ich glaube, es war richtig, dass wir vor einem Jahr Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht gefolgt sind, son-

(A) dern diese Überlegungen, die sich auch in der Deputationsvorlage wiederfinden, fortgesetzt haben. Wir waren dadurch eine Zeit lang Adressat böser Vorwürfe – okay –, aber der Deputationsbericht zeigt für mich, dass man das gelegentlich auch einmal aushalten muss.

Ich will jetzt hier keine Bewertung des Projekts „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ vornehmen. Das Projekt ist ja nun vorbei, und von daher redet man über Vergangenheit. Ich will nur andeuten, dass ich zu den Ergebnissen eine deutlich kritischere Haltung habe als Sie. Ich verstehe, dass die Protagonisten dieses Projekts eine andere Sicht darauf haben. Das ist auch völlig verständlich. Aber ich finde, man muss Dinge auch dann, wenn sie „nur“ mit Bundesmitteln finanziert werden, manchmal etwas kritischer betrachten, und man muss manchmal etwas genauer hingucken, ob das, was man gemeinsam erreichen will, damit auch erreicht wird.

(B) Ich glaube, dass die Fokussierung darauf, das in diesen gemeinsamen Projekten jetzt mit dem Jobcenter zu machen, richtig ist und dass wir da auf einem guten Weg sind. Es ist möglicherweise so, dass die eine oder andere Beratungsstruktur, die wir in der Stadt haben, nicht mehr in dem Maße eine Förderungswertschätzung – so sage ich einmal –, erfährt, wie das in der Vergangenheit war. Aber ich glaube, dass wir die von Ihnen zu Recht angesprochene Problematik „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ oder auch „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ nicht durch eine Potenzierung von Beratungsstrukturen lösen, sondern nur dadurch, dass wir Maßnahmen machen, die direkt bei den Menschen ankommen. Das ist vielleicht der Unterschied auch in der aktuellen Debatte darum, wie wir Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktprogramme ausrichten. Wie gesagt: Mit dem, was wir in unseren arbeitsmarktpolitischen Leitanspruch geschrieben haben, den wir zu einem späterem Zeitpunkt debattieren werden, nehmen wir uns dieses Themas völlig an. Ich glaube, das ist der Weg, den wir alle gemeinsam gehen müssen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Kollege Willmann, Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Parlament beschäftigt sich mit dem heutigen Tagesordnungspunkt zum dritten Mal mit diesem Bereich. Das tun wir gern, das tun wir auch öfter, und das werden wir auch in Zukunft tun. Allerdings muss man feststellen, Frau Bernhard, dass das Land Bremen das Projekt „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ nicht abgebrochen hat, wie Sie eben gesagt haben. Das ist so ein bisschen Verglitterung der Dinge.

(C) Es war ein bundesfinanziertes ESF-Programm, das am 31. Dezember 2012 regelgerecht ausgelaufen ist. Ihr Dringlichkeitsantrag zur Weiterführung datiert vom 5. Dezember 2012. Von Abbruch, finde ich, kann man an der Stelle nicht reden.

Wir haben, sowohl in der Deputation als auch in der bisher geführten Debatte, die Evaluation, die stattgefunden hat, übrigens mit den Betroffenen, mit den Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen, sehr ernst genommen.

Wir haben sehr genau darauf gesehen. Sie haben gesagt, dass 1 400 Beratungen stattgefunden haben. Guckt man aber in die Evaluation, die auch Ihnen vorliegt, und differenziert nach den Zahlen, die dann folgen, sehen Sie, dass es um wesentliche Kernbereiche ging. Es ging bei den Beratungen in einem überwiegenden Teil nicht darum, gute Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden! In den meisten Fällen der Beratung ging es darum, überhaupt erst einmal Kontakt aufzunehmen. Es ging um die Frage: Wie komme ich nach den Jahren, in denen ich zuhause war und Kinder erzogen habe, wieder in den Trott hinein, mich weiterzubilden, mich wieder zu öffnen, wo finde ich Beratungsstellen, wie kann ich als Alleinerziehende welche Hilfen in Anspruch nehmen etc? Ich will das hier gar nicht so weit ausführen.

(D) Ich habe mir noch zwei, drei Dinge aufgeschrieben, die ich Ihnen sagen wollte. Sie haben in Ihrer Rede, damals als Kurzintervention, wie der Präsident dann festgestellt hat, den Auftrag gegeben, dass der Arbeitsdeputation, die das ja überwiesen bekommen hat und, wie Sie damals gesagt haben, relativ, wie ich finde, männlich konnotiert ist, der Hinweis gegeben werden sollte, dass es hier auch um Kinderbetreuung geht und wir uns an der Stelle auch um Kinderbetreuung kümmern müssten, und haben dann dazu gesagt, vielleicht sei deshalb durchaus eine Zusammenarbeit mit dem Sozialressort ins Auge zu fassen.

Ich will deutlich sagen, dass sich die Deputation für Arbeit an dieser Stelle sehr wohl um das Thema Kinderbetreuung gekümmert hat und auch kümmern kann. Dazu ist es natürlich immer gut, das Sozialressort zu fragen. Das haben wir auch deutlich getan, aber die Erfahrungen im jetzt fast abgelaufenen Jahr zeigen, dass eine große, uns vor Probleme stellende Nachfrage nach kurzfristigen Betreuungsmöglichkeiten nicht aufgetaucht ist. Das muss man deutlich sagen. Dort, wo es Nachfragen gab, ist das organisiert worden. Wir haben, wie ich finde, die Mittel, die wir sowieso haben, nämlich die kommunalen Mittel des Jobcenters, klar mit hier hineinbekommen. Wir haben der Joboffensive klar mit auf den Weg gegeben: Wenn ihr schon mehr Menschen zur Beratung zur Verfügung habt, ist es für euch wesentlicher Auftrag, euch um diese Gruppe zu kümmern. – All das haben wir zusammengefügt.

Man kann es immer besser machen, ja. Sie haben auch gesagt, man müsse einfach nur mehr Geld in

(A) die Hand nehmen. So würde ich das jetzt einmal umschreiben. Mit mehr Geld in der Hand kann man immer vieles machen. Wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, die Strukturen genau anzusehen, den Strukturen genau eine Zieldefinition zu geben und nicht durch das breite Verbreiten mit goldenen Säcken den Anschein zu erwecken, als würden wir jedem etwas tun. Wir sind offen, wir hören weiter zu. Sollte es Probleme geben, werden wir nachsteuern. Ich denke, an dieser Stelle müssen wir dieses Thema erst einmal beenden. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort der Kollege Kastendiek, CDU-Fraktion.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns fraktionsübergreifend einig, dass der Bereich der Alleinerziehenden, insbesondere Mütter, einen Problembereich im Bereich der Arbeitsmarktförderung darstellt und dass dieser Bereich einer besonderen Betrachtung und Beobachtung bedarf. Ich glaube, das ist auch die Diskussion gewesen, die wir bei der Einbringung Ihres Dringlichkeitsantrages im Dezember des vergangenen Jahres hatten. Von daher glaube ich, dass es erst einmal richtig ist, dies festzuhalten, aber auch festzuhalten, dass nur weil man Ihrer Intention am Ende nicht eins zu eins folgt, damit nicht verbunden ist, dass man das Ziel aus dem Auge lässt! Ich glaube, das ist in diesem Zusammenhang und auch im Zusammenhang mit dem, was wir heute Vormittag diskutiert und debattiert haben, erst einmal eine wichtige Feststellung, Aussage Nummer eins.

Aussage Nummer zwei ist, dass man bei den Strukturen – Kollege Willmann hat das ja gesagt – ganz genau hingucken muss und dass die These, die Sie ja immer liebend gerne postulieren nach dem Motto „viel Geld hilft viel“, mitnichten richtig ist, Frau Bernhard, sondern dass man ganz genau hingucken muss, welche Aufgaben wie wahrzunehmen ist und wie gerade zum Beispiel auch das Thema der Kinderbetreuung letztendlich in dieser Stadt organisiert werden soll und kann. Ich kann nur davor warnen, ständig Parallelstrukturen aufzubauen und hier ein bisschen was zu machen und da ein bisschen was zu machen. Ich habe den Eindruck, dass so ein bisschen auch Prinzip und System dahinter stecken, diese ganze Systematik möglichst unübersichtlich erscheinen zu lassen, damit bloß keiner durchblickt und genau hingucken kann, ob das, was wir da machen, zielgerichtet die Aufgabe erfüllt, die es erfüllen soll.

In meinen Gedanken schwebt immer so ein bisschen der Vorwurf mit, dass die eine oder andere Maßnahme nicht für den Betroffenen sei, sondern eher für den Beschäftigungsträger. Von daher finde ich es vollkommen richtig und teile die Einschätzung, dass

man sehr differenziert, sehr genau hingucken muss – nicht einfach nur „Weiter so!“ an der Stelle –, obwohl ich in der Einschätzung, in der Wahrnehmung, dass das ein guter Ansatz des Bundes war –– Vielleicht hätten Sie an der Stelle auch einmal loben können. Für Sie ist ja ansonsten immer der Bund für alles Schlechte auf dieser Welt zuständig. Ich warte nur noch darauf, dass auch der Wetterbericht irgendwann von der Kanzlerin zu verantworten ist.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Besser nicht!)

Sie hätten ja vielleicht auch einmal etwas Positives sagen können! Es war aber von Anfang, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dieses Projekt zeitlich befristet ist. Ich darf mir diese Bemerkung erlauben: Sie sind auch nicht besonders früh aufgewacht an der Stelle, als dann drei Wochen vor Ende des Projektes offensichtlich Holland in Not war, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund teilen wir die Einschätzung – wir haben ja auch dem Berichtsentwurf in der Deputation unsere Zustimmung gegeben –, sagen aber auch, dass wir die Ausführungen insbesondere des Kollegen Willmann sehr genau aufgenommen haben, weil dieser Grundsatz eigentlich auf alle Bereiche anzuwenden ist.

Ich hoffe, dass Sie mit der gleichen kritischen Herangehensweise auch in den anderen Bereichen der Arbeitsfördermaßnahmen hingucken. Wir bekommen ja vierteljährlich einen Wust von Papier. Er wird allerdings nicht mehr so ganz ausführlich – ich sage sehr zurückhaltend – in der Arbeitsdeputation debattiert, weil zum Teil ehrlicherweise auch nicht mehr richtig durchschaubar ist, wer da was wie macht. Aber wir sollten uns wirklich die Aufgabe stellen und sie auch annehmen, kritischer hinzugucken und wirklich zu schauen: Sind denn die Einzelmaßnahmen wirklich dazu geeignet, die Menschen aus ihrer Situation herausbringen und die Zielsetzung, dass man irgendwann an den ersten Arbeitsmarkt kommt, zu erfüllen, oder dienen sie letztendlich nur dazu, eine Beschäftigungsträgerstruktur in dieser Stadt aufrechtzuerhalten, aus welchen Gründen und Aspekten auch immer?

Das ist, glaube ich, die Aufgabe, der wir uns alle miteinander sehr viel kritischer stellen müssen. Es gibt einige Schwierigkeiten, es gibt einige Baustellen im Bereich der Arbeitsmarktförderung, und insbesondere bei den Alleinerziehenden gilt es, ganz besonders kritisch hinzugucken. Wir wollen uns dieser Aufgabe auch im Sinne der Intention der Diskussion aus dem vergangenen Jahr besonders annehmen, aber auch der Diskussion, der Debatte in der Deputation im Bereich der Förderung der Alleinerziehenden, diese

(C)

(D)

(A) schwierige Situation nicht nur zu mindern, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Menschen eine Perspektive am Arbeitsmarkt haben, dass wir dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner *): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für diese Debatte! Ich will hervorheben, dass wir es uns in der Diskussion um das Programm nicht leicht gemacht haben. Ich will an dieser Stelle allerdings auch nicht verhehlen – ich finde, wer den Eindruck erweckt, dass alles, was man im Arbeitsmarktbereich, ob mit Bundesmitteln oder Landesmitteln oder Europamitteln – in diesem Fall sind es überwiegend Bundes- und Europamittel gewesen –, gemacht wird, auch zukünftig fortgeführt werden kann – – Das ist übrigens auch keine sonderlich prickelnde Erkenntnis, denn wenn Sie weniger Geld zur Verfügung haben, müssen Sie sich überlegen, was Sie mit dem Weniger an Geld dann machen, und dann kommt es natürlich genau da hin, dass man sich anschaut: Was hat in einzelnen Programmen stattgefunden?

(B) Ich bin deswegen den Kollegen, die vor mir geredet haben, ausgesprochen dankbar dafür, dass sie einerseits die Erfolge des Programms, die es für die 1 400 Alleinerziehenden, die dort beraten, ausgebildet, qualifiziert und in Arbeit gebracht worden sind, gegeben hat, hervorgehoben haben, aber andererseits gleichzeitig darauf hingewiesen haben, dass dort, wo Licht ist, auch durchaus Schatten sein kann und dass wir dementsprechend ein hohes Interesse daran haben, die Instrumente, die wir einsetzen, möglichst ziel- und passgenau einzusetzen.

Wir haben ein hohes Interesse daran, möglichst stark – das wollen wir mit den Jobcentern gemeinsam intensivieren – Alleinerziehende für den Arbeitsmarkt fit zu machen und für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Dazu gehört dann natürlich, sich Beratungsangebote anzuschauen und diese Beratungsangebote auf dieses Ziel, das wir gemeinschaftlich haben, zuzuspitzen und nicht nur Beratung um der Beratung Willen zu machen. Mit der gebotenen Zurückhaltung, die ich als Arbeitsminister naturgemäß habe, muss ich schon darauf hinweisen, dass es – ich führe mir alleine das vor Augen, was wir aus ESF machen – in dieser langen Latte an Projekten, die dort stattfinden, in dieser langen Latte an Angeboten, viele gibt, bei denen man sich, unabhängig übrigens auch vom Finanzdruck, der noch erschwerend hinzukommt, die Frage stellen muss: Führen sie wirklich zu den Zielen, die wir gemeinschaftlich erreichen wollen?

Deswegen wird es notwendig sein, dass wir insbesondere in der Arbeitsdeputation in den kommenden Monaten darüber diskutieren, wie wir das, was

(C) wir an Aktivitäten für Alleinerziehende haben – das ist deutlich mehr als das, was in dem Bundesprogramm von Ihnen benannt worden ist –, weiter auf diese Ziele ausgerichtet stärken können, wie wir eine klare Orientierung in Richtung des Arbeitsmarktes bei unseren Arbeitsmarktmitteln und insbesondere auch bei den Arbeitsmarktmitteln des Landes, die ja der Haushaltsgesetzgeber voraussichtlich in den Haushaltsberatungen beschließen wird, setzen. Dazu gehört dann auch, miteinander ehrlich darüber zu sprechen, dass man, wenn man weniger Geld zur Verfügung hat, nicht mehr alles von dem machen kann, was man bisher gemacht hat.

Das ist mir bisher als Erkenntnis in den arbeitsmarktpolitischen Debatten und auch als Erkenntnis in dieser Debatte ein bisschen zu kurz gekommen: Wenn man deutlich weniger Geld hat, kann man nicht mehr alles machen, und dann wird nicht mehr jedes Angebot, das bisher in Stadtteilen gemacht wird, oder jedes Angebot, das in vielen Bereichen gemacht wird, fortbestehen können. Dass es von allen Seiten Begehrlichkeiten gibt, ist auch klar. Dass es von vielen schon jetzt Ansprache gibt: „Wie finanzieren wir das eine fort, wie finanzieren wir das andere fort, wird zukünftig in meinem Verein XYZ noch dieses oder jenes stattfinden?“, ist auch klar.

(D) Was wir nicht machen sollten, ist, nach dem Windhundprinzip Themen auszuwählen und nach dem Windhundprinzip die Priorisierung vorzunehmen, sondern wir sollten mit einem klaren Konzept, mit einer klaren Strukturierung, mit einer klaren Fokussierung auf den ersten Arbeitsmarkt arbeiten. Damit tun wir am Ende etwas Gutes für die Alleinerziehenden. Das, was der Senat im Bereich Ausbau von Kinderbetreuung macht, gehört natürlich flankierend auch hinzu. Denn mit all den Programmen im Arbeitsmarktbereich werden wir nichts erreichen können, wenn es nicht für Alleinerziehende Möglichkeiten ausreichender Kinderbetreuung gibt. Das ist die Voraussetzung neben Qualifizierung und Beschäftigung, dass sie in den Arbeitsmarkt kommen können. Insofern danke ich ausdrücklich den Herren Vorrednern und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. – Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Als Nächste hat das Wort die Kollegin Bernhard, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Bernhard (DIE LINKE)*):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mir jetzt wieder von vier Männern anhören müssen, wie es mit den Alleinerziehenden aussieht,

(Zurufe)

wie ja auch schon vor einem Jahr. Es ist ja völlig beschämend, wenn ich mir überlege – wir können ein-

(A) mal das Brennglas darauf legen; das ist ja der Lackmустest dessen –, wie Sie die Armutsdebatte von heute Vormittag reflektiert haben.

Wenn wir über Qualität reden – und wir reden hier nicht darüber, dass wir einfach mal Geldsäcke verstreuen –, dann frage ich mich: Welche Programme haben wir im Herbst beschieden, und wo ist Qualität dahinter? Sie haben Programme für Beschäftigungsträger beschieden, zu denen man gleich sagen kann: Hier werden tatsächlich Beschäftigungsträger zum Teil erhalten. – Mir geht es hier um die Alleinerziehenden.

(Abg. **W i l l m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Frau Kollegin Bernhard, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Willmann zu?

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Ja, gerne!

Abg. **Willmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Kollegin Bernhard, eine Frage: Können Sie erstens zur Kenntnis nehmen, dass auch Männer Alleinerziehende sein können, und zweitens, dass zumindest ich mich für meinen Teil diskriminiert fühle durch Ihren Hinweis in der letzten Debatte, dass die Arbeitsdeputation überwiegend männlich konnotiert sei?

(B)

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Ach! Erstens gibt es selbstverständlich unter den Alleinerziehenden auch Männer – das stimmt, aber zu einem deutlich geringeren Teil – und zweitens wir haben es mit einer Frauenarmut zu tun, die exorbitant ist. Ich muss sagen, dass mir der Anteil von Hartz-IV-Bezieherinnen unter den Alleinerziehenden schon Sorge macht. Wenn Sie sich da diskriminiert fühlen, kann ich Ihnen leider nicht helfen. Objektiv sehen die Zahlen anders aus. Es geht mir hier nicht um die Arbeitsdeputation oder um „Wirtschaft, Arbeit und Häfen“, sondern es geht mir hier um die Wortbeiträge, und die waren vor einem Jahr leider auch nicht sehr viel reflektierter als heute! So!

Mir geht es auch darum, dass man sich einmal dieses Programm und die Auswertung ansieht. Das Interessante ist ja, Herr Kastendiek – ich finde, dieses Programm war gut –.

(Zuruf)

Das ist ja völlig klasse. In der Broschüre zu dem Projekt sind ja nicht Frau Merkel oder Frau von der Leyen, sondern da ist unser Senator drin. Das sind Bundesmittel gewesen. Das war ein gutes Programm. Ich bin dafür, dass wir sagen, was gut gelaufen ist und was nicht gut gelaufen ist.

Wir haben eigentlich den Anspruch an uns, dass wir ressortübergreifend denken. Vor dem Hintergrund finde ich diesen Arbeitsmarktbezug sehr scheuklappig und eingeschränkt. Wir müssen an sozialpolitische Aspekte denken, an jugendpolitische, an frauenpolitische Aspekte. Da kann sich nicht das Arbeitsressort hinstellen und sagen: Nur das, was von heute auf morgen eine Überleitung in den ersten Arbeitsmarkt garantiert, ist für uns Arbeitsmarktpolitik. – So wird es nicht funktionieren, und so werden wir auch die Armut nicht in den Griff kriegen. Überhaupt eine Art von Sensibilität dafür zu schaffen, wäre eigentlich die große Aufgabe für die Perspektive und für 2014 bis 2020. Da mache ich mir Sorgen, wie das aussehen soll.

(C)

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Sie erzählen ständig, was nicht geht!)

In der Perspektive Wiedereinstieg ist –.

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Erzählen Sie es doch einmal!)

Was, die Perspektive?

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Sie kommen doch ständig hier mit Worthülsen um die Ecke, mit Phrasen!)

Warum? Ich möchte, dass so etwas einbezogen wird! Sind die Stadtteilgremien entsprechend einbezogen worden? Wir haben bei den Frauen beispielsweise Teilzeitausbildungen.

(D)

(Zuruf des Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU])

Das ist doch Blödsinn! Herr Kastendiek, Sie sind doch der Letzte, der dafür sorgen würde, dass die Wirtschaft und die Betriebe entsprechende Teilzeitausbildungen zur Verfügung stellen. Es gab eine Tagung dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gab eine Tagung dazu. Wie viele Unternehmen standen dort? Zwei waren es, zwei! Wie viele hätten wir gebraucht? Das heißt, diese Zusammenarbeit brauchen wir doch an allen Ecken und Enden. Ich muss leider feststellen, dass das Arbeitsressort sehr scheuklappig damit umgeht. Ich möchte, dass wir diese Qualität letztendlich mit reflektieren – um nichts anderes geht es! –, damit wir – wir haben hier gute Programme im Jugendbereich, im Frauenbereich, überhaupt im sozialpolitischen Bereich, im Stadtteilbereich angefangen – diese Strukturen, die mühsam aufgebaut worden sind, nicht einfach wieder ruinieren. Wir fangen wieder von vorne an, je nachdem, ob jetzt gerade eine Förderperiode zu Ende ist und Geld übrig ist. Das ist eine vollkommen falsche Politik. Jawohl!

(A) (Glocke)

Vizepräsidentin Schön: Frau Bernhard, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Reinken zu?

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Ja, das kann ich noch machen.

Abg. **Reinken** (SPD): Frau Kollegin Bernhard, sind Sie bereit zu akzeptieren, dass die Frage, ob ein Projekt erfolgreich ist, angesichts einer Zahl von 1 400 Beratungen und einem Ergebnis von etwa 100 Vermittlungen in Arbeit, von denen ein Drittel geringfügig beschäftigt, ein Drittel in Ausbildung und ein Drittel sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, völlig geschlechtsunabhängig zumindest einer kritischen Würdigung bedarf?

Abg. Frau **Bernhard** (DIE LINKE): Dürfte ich mit einer Gegenfrage antworten?

(Abg. **K a s t e n d i e k** (CDU): Nein!)

(B) Aber dann müssten Sie ja bereit sein zu akzeptieren, dass die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt nicht eins zu eins der Indikator sein kann; bei den unterschiedlichen Problemlagen wie beispielsweise ein nicht anerkannter Abschluss, wie beispielsweise ein abgebrochener Abschluss, wie beispielsweise die Kinderbetreuung. Ich kann mich sehr gut an den Staatsrat erinnern, der gesagt hat, das sei letztendlich nicht besonders erfolgreich gewesen. Wir haben immer diese Projektitis in den Stadtteilen, und dann haben wir tatsächlich auch personenabhängige Beziehungen, die entstehen. Das geht nicht von heute auf morgen. Wir brauchen Kontinuität und Nachhaltigkeit. Es darf aber nicht nach dem Motto gehen: Wir haben den 31. Dezember – zapp! –, es ist leider vorbei. Es ist nicht abgebrochen worden – das ist völlig richtig –, es ist ausgelaufen.

Und da stellen Sie im Grunde genommen so etwas wie eine Messuhr an nach dem Motto: Sind wir praktisch über einem gewissen Prozentsatz oder nicht? Im Prinzip werden Prämien dafür bezahlt, dass es in den ersten Arbeitsmarkt geht. Wenn eine Vermittlung in eine Qualifizierung geschafft wird, zählt das gar nicht. Das ist doch falsch! Das ist ein qualitativ falscher Indikator. – Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Schön: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner *): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe versucht zu verstehen, wie man den Versuch machen kann, so zu tun, als trage Beratung per se dazu bei, Armut zu bekämpfen. Mir ist es leider nicht gelungen, Frau Ab-

geordnete Bernhard! Ich will Ihnen das an dieser Stelle auch so deutlich sagen. Der Kollege Reinken hat eben noch einmal auf die Zahlen hingewiesen. Wir haben darauf hingewiesen. Sehr ausgewogen, muss ich sagen – auch wenn es Männer waren, die hier geredet haben –, ist von den Herren Abgeordneten darauf hingewiesen worden, dass dieses Programm durchaus Licht und Schatten hat. Ich finde, das muss man zur Kenntnis nehmen. (C)

Mir ist bei Ihren Ausführungen etwas besonders ins Auge gesprungen, nämlich dass wir die Strukturen erhalten müssen. Wenn man sich die Ergebnisse der von Ihnen beschriebenen Strukturen anschaut, dann muss man sich wirklich ernsthaft die Frage stellen, ob man der Meinung ist, dass diese Strukturen in Gänze erhalten werden müssen. Über das, was in den Strukturen gut funktioniert hat, haben wir gerade gesprochen. Wir haben davon gesprochen, zu übernehmen, davon zu lernen, das in Beratungen mit einzubeziehen. Aber natürlich besteht unser Interesse nicht darin, Menschen dahingehend zu beraten, dass sie in geringfügige Beschäftigung gehen können, womit sie eben nicht den Weg aus der Armutspirale herausfinden, und darauf dann noch ein weiteres Beratungsprojekt zu setzen, in dem wir sie dann darüber beraten, wie sie möglicherweise irgendwann den Weg dort herausfinden könnten.

Wir sagen ganz deutlich: Wir wollen, dass es möglichst arbeitsmarktnah ausgerichtet wird. Wir wollen, dass es Effekte hat, die dann auch in der Perspektive für die Menschen zu spüren sind. (D)

Das ist der Zielkonflikt – und deswegen habe ich das vorhin auch so deutlich angesprochen –, in dem wir uns in den kommenden Monaten befinden werden. Wollen wir alles, was an Strukturen in Bremen und Bremerhaven, auch an sozialräumlichen Strukturen, vorhanden ist, erhalten und weiterhin darüber schreiben: „Das ist Arbeitsmarktpolitik“? Ich finde, mit Arbeitsmarktpolitik hat vieles davon deutlich weniger zu tun, als Sie immer behaupten, sondern es sind Sozialstrukturen, die man damit schafft. Dann muss man aber auch die Ehrlichkeit und Offenheit besitzen zu sagen: „Bestimmte Teile davon wollen wir erhalten, weil sie sich in den Stadtteilen bewährt haben, weil sie in den Stadtteilen gut funktionieren.“ Bei anderen Teilen nehmen wir eine Orientierung insbesondere in Richtung des Arbeitsmarktes vor. Das hat dann auch etwas mit Ehrlichkeit und mit Aufrichtigkeit und mit einem ordentlichen Einsatz von knapper werdenden Mitteln zu tun, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Schön: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

- (A) Wir kommen zur Abstimmung.
Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 18/683 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
CDU und BIW)

Enthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Drucksache 18/1012, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich ganz herzlich Studierende der Hochschule für öffentliche Verwaltung auf den Besucherrängen begrüßen. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

- (B) **Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1018)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Münch.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält das Wort der Kollege Hinners, CDU-Fraktion.

Abg. **Hinners** (CDU)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Bremen ist die Anzahl der Straftaten speziell gegen ältere Menschen im Zeitraum von 2008 bis 2012 von 300 auf 600 gestiegen. Das heißt, die Zahl dieser Delikte hat sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Dabei handelt es sich überwiegend um Straftaten wie Trickbetrug, Trickdiebstahl, Handtaschendiebstahl, Diebstahl aus Wohnungen, aber auch Handtaschenraub. Absicht der Täter ist in der Regel, die Gutgläubigkeit, die Hilfsbereitschaft, das Vertrauen und natürlich auch die altersbedingten Probleme der älteren Menschen schamlos auszunutzen.

Dabei schrecken die Täter nicht einmal davor zurück, wie zum Beispiel in Bremen Nord, eine ältere Frau mit Rollator zu überfallen und ihr die Handtasche zu rauben. Diese Frau ist dabei gestürzt und hat sich schwer verletzt. Oder: Beim sogenannten Enkeltrick werden ältere Menschen durch Telefonanrufe

von angeblichen Enkelkindern oder anderen Verwandten durch Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Herausgabe von größeren Geldsummen gebracht. Oder ein weiterer Fall: Angebliche Mitarbeiter von Banken oder Sparkassen besuchen Senioren, nachdem diese am Automaten Geld abgehoben haben, in ihrer Wohnung, und die angeblichen Mitarbeiter der Sparkasse behaupten, dass aus diesem Automaten irrtümlich Falschgeld, was natürlich Quatsch ist, ausgehändigt worden ist. Ebenso häufig finden sogenannte Besuche von Mitarbeitern der swb oder anderer Versorger statt, die natürlich keine Mitarbeiter sind. Diese geben vor, unbedingt ins Haus zu müssen, weil es nach Gas riecht oder die Zählerstände abgelesen werden müssen. So verschaffen sich diese Menschen Zutritt zum Haus dieser älteren Menschen, um dort Trickdiebstähle – im günstigsten Fall, es kann auch schlimmer gehen – durchzuführen.

(Präsident **W e b e r** übernimmt wieder den
Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, diese Aufzählung üblicher Vorgehensweisen der Täter ist natürlich nur beispielhaft. Die von Stadt zu Stadt reisenden Tätergruppen lassen sich immer wieder neue Modi Operandi einfallen. Wird ein Delikt, wie zum Beispiel der Enkeltrick – er ist ja allgemein bekannt –, durch Medienberichterstattung zu bekannt, wird er vorübergehend nicht mehr praktiziert oder, wie gegenwärtig, nur noch in russischsprechenden Migrantenkreisen versucht. In anderen Fällen verlässt man eine Großstadt und geht mit den gleichen Delikten gegen die älteren Menschen der nächsten Großstadt vor.

Die Namen und Adressen holen die Täter sich einfach aus dem Telefonbuch, indem sie besonders auf typische Vornamen älterer Menschen achten, wie beispielsweise Ingelore, Hermann – sitzt nicht da! – oder Wilhelm. Für die geschädigten Opfer bleiben neben dem materiellen Schaden ein schwerer Vertrauensverlust, die Angst, auch in Zukunft wieder Opfer von Straftätern werden zu können, und nicht selten bleibt auch eine Traumatisierung zurück.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion ist diese Entwicklung nicht hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die Polizeien im Land Bremen – das wird uns der Staatsrat gleich bestätigen – haben zwar auf diese Entwicklung reagiert und spezielle Ermittlungsteams gebildet, aber die Verdoppelung der Deliktzahl, die ich eingangs schon erwähnt habe, innerhalb von fünf Jahren zeigt, dass das offensichtlich nicht ausreicht. Vielmehr muss aus Sicht der CDU-Fraktion ein ressortübergreifendes Konzept, analog zum „Stopp der Jugendgewalt“, vom Senat entwickelt werden. Ziel dieses Konzeptes muss sein, alle Ressorts und Einrichtungen, die sich mit älteren Menschen beschäf-

(C)

(D)

- (A) tigen oder zur Aufgabe haben, Straftaten zu verhindern beziehungsweise zu verfolgen, miteinander zu vernetzen und die Arbeit dieser Ressorts zu koordinieren, damit insbesondere die Präventionsarbeit, aber natürlich auch der Opferschutz deutlich verbessert werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist aus unserer Sicht aber auch, die Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der älteren Menschen erheblich zu verbessern. Wir haben bei unserer Veranstaltungsreihe, die wir als CDU-Fraktion vor der Sommerpause zu diesem Thema durchgeführt haben, immer wieder festgestellt, dass viele ältere Menschen nach wie vor durch Unwissenheit anfällig dafür sind, auf diese perfiden Tricks der Täter hereinzufallen. Da die Polizei bekannterweise unter erheblichem Personalmangel leidet, können wir uns gut vorstellen, dass pensionierte Polizeibeamte, beispielsweise ehemalige Cops, regelmäßig speziell für ältere Menschen Vorträge halten und damit dann sehr wichtige Präventionsarbeit, aber auch Maßnahmen des Opferschutzes leisten.

- (B) Darüber hinaus fordern wir, meine Damen und Herren, wie schon angeführt, mit unserem Antrag ein ressortübergreifendes Handlungskonzept – wir haben es „Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen“ genannt – der Ressorts Inneres, Justiz und Soziales. Natürlich wollen wir einen Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen vom Senat nach Ablauf von sechs Monaten erhalten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Die Deputation für Inneres und Sport hat sich auf ihrer letzten Sitzung ausführlich mit der Situation der Straftaten gegen ältere Menschen befasst. Ausschlaggebend war dafür ein Antrag der CDU-Fraktion zur Erfassung der Straftaten gegen ältere Menschen, kurz „SÄM-Delikte“ genannt, in der polizeilichen Kriminalstatistik. Im Rahmen der Berichterstattung ist deutlich geworden, dass die Polizei Bremen, aber auch die Stadtgesellschaft insgesamt auf diesem Feld gut aufgestellt ist. Ich will Ihnen jetzt auszugsweise aus dem Bericht, den die Deputation für Inneres mehrheitlich beschlossen hat, einige Punkte zitieren.

„Die Ziele der Arbeit der Polizei sind unter anderem die Erhöhung der Selbstschutzkompetenz älterer Menschen, das Stärken des Sicherheitsgefühls, die Erhöhung der Anzeigebereitschaft“ – einer der Punkte ist, dass man aus Scham, dass man betrogen

worden ist, nicht zur Polizei geht –, „die Gewährleistung eines qualifizierten ersten Angriffs, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit mit dem Schwerpunkt Angehörige und Geldinstitute“ – auch da noch einmal der Hinweis des sozialen Netzwerks um einen herum –, „die konsequente Verfolgung von Straftaten und“ – ganz wichtig – „die Gewährleistung eines länderübergreifenden Informationsaustauschs“. Denn – das hat der Kollege Hinners eben schon gesagt – wir haben es ja bei diesen Tätern mit Leuten zu tun, die ihre Opfer, die Gutgläubigkeit, die Einsamkeit und auch die Hilflosigkeit dieser Menschen gnadenlos ausnutzen, die von Stadt zu Stadt wandern mit ihren Tricks, die sie immer wieder neu auflegen, und dort ihren Opfern richtig kräftigen Schaden zufügen. Deswegen ist es wichtig – das hat der Innensenator in der Innendeputationsitzung erklärt –, dass die Polizeien der Länder gemeinsam auf diese entsprechenden Entwicklungen reagieren. Das gehört also zu den Zielen.

Nun hat die CDU-Fraktion gesagt, es macht doch Sinn, das man das nicht der Polizei allein überlässt, sondern das ressortübergreifend macht. Ich will das einmal anders formulieren. Es macht Sinn, dass die Polizei das nicht allein macht, sondern dass sie ein breites Netzwerk in dieser Stadtgesellschaft hat, mit dem sie gemeinsam im Rahmen der Präventionsarbeit handelt und agiert. Dazu gehören zurzeit bei der Polizei Bremen die Sparkasse Bremen, das Forum Ältere Menschen Bremen, die Seniorentheater-Initiative Bremen, die swb, das Amt für Soziale Dienste, die Seniorenvertretung, Pflege- und Essensbringdienste, Dienstleistungszentren und Begegnungsstätten in den Stadtteilen, Kirchengemeinden, Wohnungsbauvereinigungen, Diakonisches Werk, Bremer Heimstiftung, Lebenshilfe, Innere Mission und Unabhängige Patientenberatung, um nur einmal einige zu nennen. Ich glaube, damit wird deutlich, dass die Polizei Bremen und das Präventionskonzept insgesamt in dieser Stadt gut aufgestellt sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Weil wir dieses Thema nicht nur der CDU überlassen, haben wir uns intensive Gedanken gemacht, und wir haben auch einen Austausch mit der Seniorenvertretung in dieser Thematik geführt, die in ihren Veranstaltungen übrigens immer wieder gemeinsam mit den dezentralen Ansprechpartnern der Polizei in den einzelnen Inspektionen Informationsveranstaltungen anbietet. Sie hat auf einen ganz wichtigen Aspekt hingewiesen, nämlich darauf, dass in dem Moment, in dem man eine solche Informationsveranstaltung macht, alle nicken und „jawohl“ sagen, dass aber im Anschluss das, was man da mitgeteilt bekommen hat, durchaus wieder in Vergessenheit geraten kann und deswegen das stetige und das kontinuierliche Arbeiten sinnvoll und nötig ist. Das hat der Kollege Hinners eben auch schon gesagt.

(C)

(D)

- (A) Da sollten wir weiter dranbleiben, und das sollte dieses Netzwerk auch weiterhin machen.

Ich habe eben schon darauf hingewiesen, in den einzelnen Polizeiinspektionen, also in den regionalen Polizeidienststellen, gibt es Präventionsbeauftragte, die genau diesen Weg immer wieder gehen, die gemeinsam mit den örtlichen Kontaktpolizisten in den Begegnungsstätten sind und immer wieder auf diese Punkte hinweisen.

Insgesamt, Herr Kollege Hanners, sehen wir nicht die Notwendigkeit eines ressortübergreifenden Konzepts, weil wir der Auffassung sind, dass dieses Netzwerk, das wir jetzt bereits haben, in dem sehr engagiert gearbeitet wird, ausreicht, um auf die Gefahren hinzuweisen. Ich glaube, dass es wesentlich wichtiger und wesentlich erforderlicher ist, dass es uns gelingt – in dem Fall nicht uns als Politik, sondern der Polizei –, diese Banden – als solche darf man sie ruhig bezeichnen –, diese Menschen, die die Hilflosigkeit älterer Menschen ausnutzen, denen ihre Opfer schlichtweg egal sind, zu stellen. Wenn es dazu sinnvolle Unterstützung geben kann, dann ist die Grünen-Fraktion gern dazu bereit. Insgesamt vertrauen wir der Arbeit der Polizei und der Netzwerkpartner in diesem Bereich und lehnen den Antrag der CDU daher ab. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

- (B) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schmidtke, Fraktion der SPD.

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde genommen ist das Allermeiste und das Wichtigste eben schon von meinem Kollegen Björn Fecker gesagt worden. Herzlichen Dank, das hilft mir, mir Zeit für anderes zu nehmen!

Wir Senioren und Seniorinnen – so mit knapp 70 darf ich mich dazu zählen – erleben, dass sich die Welt verändert hat. Unsere Fähigkeiten, zu sehen und zu hören, nehmen ab, das Reaktionsvermögen ist langsamer, Neues zu verstehen hat auch nicht mehr die Leichtigkeit wie früher, die Sicherheit beim Gehen lässt bei dem einen oder anderen von uns auch nach, wir nutzen dagegen den Rollator oder andere Gehhilfen: Die Sache mit dem Sich-etwas-merken können? Vergessen Sie es!

Diese natürlichen Begleiter des Alterns lassen sich nicht alle kompensieren durch Erfahrungen, die wir im Laufe der vielen Jahre sammeln konnten, sodass wir auf Rücksichtnahme, Verständnis und Unterstützung durch die Junioren angewiesen sind.

Diese Lage nutzen schamlose Mitmenschen aus, sie machen sich unsere Hilfsbedürftigkeit zunutze, erschleichen sich unser Vertrauen, geben sich als lang nicht mehr gesehene Enkel aus, geben sich als Mit-

arbeiter von Dienstleistern aus und rauben unsere Ersparnisse in unbewachten Momenten oder überfallen uns am helllichten Tag auf der Straße. Sie rauben unsere Handtaschen und entnehmen unseren letzten Groschen; viel mehr ist in den Handtaschen in der Regel auch nicht! Selbst vor körperlicher Gewalt schrecken diese Täter nicht zurück. Wir allein sind hier machtlos. Wir benötigen hier die Hilfe und den Schutz unserer Mitmenschen, auch der Polizei und der Politik!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zeugen, die wegschauen, anstatt Hilfe zu holen, machen sich zu Handlangern der Täter und damit zu unseren Gegnern. Diesen Appell habe ich als Seniorin stellvertretend für andere Senioren gehalten, weil das die Gespräche sind, die ich mitbekomme bei Besuchen in Senioreneinrichtungen, auch auf der Straße oder im Supermarkt. Es sind Ängste, die auch mich als älteren Menschen bewegen. Ich denke, dass Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, ähnliche Gespräche schon geführt haben. Auch als Mitglied dieses Parlaments begreife ich die Ängste und Nöte und kann sie gut nachvollziehen und oft nur schwer ertragen.

Für die SPD-Fraktion kann ich versichern, dass für uns das Thema der Sicherheit der Senioren in unserem Land Bremen sehr wichtig ist, so wichtig, dass wir uns auf unserer Klausur damit intensiv auseinandergesetzt haben und Forderungen aufgestellt und Erfolg versprechende Schritte eingeleitet haben, Schritte, die von unserem Koalitionspartner mitgetragen werden.

Sicher ist die Wahrnehmung einer Bevölkerungsgruppe selten objektiv. Gerade uns älteren Menschen sagt man nicht zu Unrecht nach, dass unsere Wahrnehmung „früher war das alles viel besser“ auch mit der menschlichen Natur begründet werden kann, man erinnert sich nämlich eben vor allem an die positiven Erlebnisse, und die schlechten Erlebnisse werden verdrängt. Aber auch die Medien bestätigen durch fast tägliche Berichterstattung von Übergriffen auf ältere Bürgerinnen und Bürger und belegen damit eine Zunahme von Gewalttaten gegen Senioren. Diese Entwicklung deckt sich auch mit den Beobachtungen des Ressorts.

Das zuständige Ressort Inneres hat aus dieser Feststellung Konsequenzen gezogen und schaffte im Fachkommissariat K 51 bereits zum 1. Januar 2008 den Phänomenbereich Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, SÄM. Der Verantwortungsbereich dieses Aufgabenumfeldes umfasst nicht nur die Fachlichkeit und die Bearbeitung aller SÄM-Straftaten nach kriminalistischen Grundsätzen, sondern umfasst unter anderem auch die Entscheidung über Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren, das heißt, auch die Prävention.

(C)

(D)

(A) Darüber hinaus gibt es diverse Schnittstellen zu anderen Dienststellen, die neben dem K 51 im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit ebenfalls mit diesen Themen befasst sind. Auch die ressortübergreifenden Maßnahmen, Herr Hinners, die Sie als eine der Begründungen aufgegeben haben, findet statt. Mein Kollege Fecker hat es eben sehr deutlich dargestellt. Ich bin beeindruckt von diesem Konzept und sehe hier für uns als Bürgerschaft im Moment keinen Handlungsbedarf.

Meine Bitte und auch meine Erwartung an das Ressort Inneres ist, nicht nachzulassen in der Verantwortung unseren älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen gegenüber, die Standards zu überprüfen und dort, wo sich Lücken auftun, diese zu schließen und nachzubessern, um so den berechtigten Bedürfnissen und Bedarfen der älter und alt gewordenen Mitbürger gerecht zu werden. Eines ist doch unstrittig über alle Fraktionen: Unsere Senioren sind kein Freiwild für werte- und gewissenlose Halunken!

Den Antrag der CDU lehnen wir ab, weil nicht beantragt werden muss, was schon in Arbeit ist oder sogar schon umgesetzt wurde. Das Vertrauen der Koalition in die Arbeit und das Verantwortungsbewusstsein der Polizei ist auch an dieser Stelle uneingeschränkt.

(B) Eine Anmerkung an meine Kolleginnen und Kollegen der CDU, und zwar mit einem Augenzwinkern, und so bitte ich das auch zu verstehen! Gestern habe ich Ihre Große Anfrage zum Thema „Conterganopfer“ begrüßt, weil sie hilfreich und wichtig war. Sie erinnern sich an mein fettes Lob. Gestatten Sie mir daher heute auch eine Anmerkung zu dem hier vorliegenden Antrag, und jetzt kommt das Augenzwinkern: Ein Antrag wie dieser, der Maßnahmen einfordert, die bereits, wie auch Sie wissen müssten, in der Umsetzung sind oder sogar schon seit Längerem Praxis sind, halte ich für flüssiger als Wasser, für überflüssig! – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Das geht jetzt aber nicht von der Redezeit ab!

(Abg. **F e c k e r** [Bündnis 90/Die Grünen]:
Es wird noch über Überflüssigkeit diskutiert!)

Ich warte!

(C) Die CDU beantragt ein ressortübergreifendes Konzept zum Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen. Wie meine Vorredner und Vorrednerinnen ausgeführt haben, sind Straftaten gegen ältere Menschen tatsächlich ein Problem.

(Zurufe von der CDU)

Darin sind sich hier alle einig. Vor allen Dingen die Deliktarten Diebstahl oder Trickbetrug betreffen häufig Seniorinnen und Senioren.

Eine aktuelle Anfrage der CDU hat ergeben, dass die Polizei – das haben meine Vorredner von der Koalition auch schon gesagt – hier schon viel tut. Es gibt Präventionsprojekte – Herr Fecker hat eine ganze Liste aufgeführt –, die Polizei bietet regelmäßig Aufklärung in Stadtteilen an, und immer wieder warnt die Polizei auch öffentlich vor Handtaschendiebstahl oder Trickbetrug. Ich bin auch sicher, wenn der Weihnachtsmarkt anfängt, wird auch die BSAG wieder dauernd Durchsagen bringen, mit denen sie davor warnt, dass Taschendiebe unterwegs sind und dass insbesondere ältere Menschen davon betroffen sind. Das heißt, von dem, was die CDU hier fordert, passiert in der Realität schon viel.

Aber an dem Antrag stört mich auch etwas. Das ist das Bild, das Sie hier zeichnen. Senioren werden laut Ihrem Antrag von Kriminellen – ich zitiere jetzt – als Opfer ausgesucht, weil die Täter sie als leichte Beute ansehen.

(Abg. Frau **P i o n t k o w s k i** [CDU]: Ist es doch auch!)

Und dann geht es weiter: Gerade weil die Senioren so viel für unser Land unternommen haben, muss sich die Gesellschaft um sie kümmern und ihnen dabei helfen, sich vor den kriminellen Machenschaften zu schützen. – Das ist eigentlich eine logische Konsequenz, aber es geht bei Ihnen hier logisch durcheinander. Zuerst wird um eine kriminalpsychologische Interpretation gebeten, und dann erfolgt ein moralischer Appell an die Gesellschaft, und dann wird noch die Behauptung dazugegeben, dass bisher nichts getan worden sei,

(Abg. **K a u** [CDU]: Zu wenig!)

diese Seniorinnen und Senioren vor Straftaten zu schützen. Diese Behauptung ist, wie gesagt – das haben meine Vorredner und Vorrednerinnen zutreffend gesagt –, nicht wahr.

Ich denke aber, dass das Thema uns bei der absehbaren demografischen Entwicklung weiter beschäftigen wird. Wir werden Ihren Antrag aber zurzeit ablehnen,

(Abg. **H i n n e r s** [CDU]: Soll ich ihn nächstes Jahr wieder stellen?)

(C)

(D)

(A) weil auch wir ihn für überflüssig halten und weil Sie Fakten und Behauptungen miteinander vermischen.

Ich möchte hier einen weiteren Einwurf bringen, und ich möchte nicht,

(Zurufe von der CDU)

dass sie jetzt gleich empört sind. Ich meine das todernst, und ich finde es auch ziemlich traurig und ein ganz wichtiges Thema. Der Anteil der älteren Menschen wächst unabsehbar in der Gesamtbevölkerung. Damit wird natürlich auch der Anteil der gegen sie verübten Straftaten aller Wahrscheinlichkeit mitwachsen.

Aber es wächst auch der Anteil – dazu haben wir in letzter Zeit erschütternde Berichte im Fernsehen sehen können – der Straftaten, die von Rentnerinnen und Rentnern begangen werden, und zwar weil sie altersarm sind. Sie machen das nicht aus Lust und Laune. Die Anzahl beziehungsweise der Anteil der Ladendiebstähle von Seniorinnen und Senioren ist mittlerweile größer als der von Jugendlichen in der Pubertät, bei denen ja oft von der Polizei von Pubertätsstraftaten gesprochen wird. Ich finde, wenn man sich diesem Thema der demografischen Entwicklung der Straftaten gegen Seniorinnen und Senioren, aber auch der Altersarmut und damit einhergehenden Verübung von Ladendiebstählen von Senioren ernsthaft nähern will, dann muss man wirklich ernsthaft einmal darüber reden, auf was für eine Gesellschaft wir hier zusteuern. Ehrlich gesagt, liebe CDU, ich würde an Ihrer Stelle vielleicht einmal darüber nachdenken, im Bund die von Ihnen bislang getragenen Rentenkürzungen zurückzunehmen. Dann könnte man sich dieses Themas auch auf der anderen Seite ein bisschen positiver annehmen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN – Abg. K a s - t e n d i e k [CDU]; Das fehlte noch! Unterirdisch! – Abg. Frau V o g t [DIE LINKE]; Eben nicht!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Korol, Bürger in Wut.

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der CDU hat den Antrag gestellt „Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen“. Wir von „Bürger in Wut“ unterstützen diesen Antrag.

Frau Kollegin Vogt hat darauf hingewiesen, und zwar in doppelter Richtung – das fand ich hochinteressant –: Ältere als Opfer und als Täter. Die demografische Entwicklung ist bei uns so verlaufen, dass wir es in Bremen mit 165 000 Menschen über 60 zu tun haben, Frauen und Männern. Wir wollen nichts dramatisieren. Ich selbst bin 68 und wohne zwischen zwei Seniorenheimen. Da bin ich häufig, vor allen

Dingen, wenn meine Frau verweist ist und ich da zum Essen gehe. Das mache ich seit Jahren. Nach meinen Erfahrungen sind die älteren Menschen dort sicher aufgehoben.

(C)

Dennoch sind Ältere sehr beunruhigt. Wie wir alle lesen und hören auch sie alltäglich von kriminellen Machenschaften, von denen auch die Menschen in Bremen zunehmend bedroht sind. Sie sind tatsächlich – das Wort fiel schon – häufig eine leichte Beute; zu häufig.

Das Bild, das die Werbung suggeriert, Ältere seien in der Regel aktiv, dynamisch und fit, ist eben nicht allgemein gültig. Frau Kollegin Schmidtke hat darauf hingewiesen: Die Reaktionen von früher lassen nach. Ältere – das ist das Fazit – können sich nur noch begrenzt selbst schützen oder geschützt werden.

Da sind zunächst die bekannten Delikte, auf die hingewiesen wurde: Einbrüche, Überfälle und Betrügereien bis hin zur legendären angeblichen Dachdeckertruppe, die Frau Meyer, 84, anschnackt, sie müsse das Dach ihres Hauses vor dem Winter neu decken lassen, Preis 35 000 Euro. Wenn sie keine Rechnung bräuchte: Angebot 25 000 Euro, dann aber bitte 5 000 Euro als Anzahlung, jetzt. Frau Meyer, zunächst konsterniert, ist jetzt glücklich, zahlt die Anzahlung, und die angeblichen Dachdecker lassen sich nicht mehr blicken.

Was Älteren besonders Schwierigkeiten macht, sind ungewohnte Situationen und unvermutete Angriffe, auch auf ihr Hab und Gut. Die Kriminellen werden immer erfinderischer. Dazu zwei Beispiele, die Sie mir bitte glauben wollen. Sie passierten in unserer Nachbarschaft:

(D)

Frau Deters ist 76. Sie hat im Supermarkt eingekauft und fährt ihren Einkaufswagen zum Auto. Da steht schon ein junger Mann und zeigt ihr eine Schramme an seinem alten Auto. Die hätte sie, Frau Deters, eindeutig verursacht. Frau Deters weiß, dass sie das nicht getan hat, aber sie kann es nicht beweisen. Jetzt müsste sie die Polizei anrufen, aber sie hat kein Handy. Also gibt sie auf. Der junge Mann meldet die Sache seiner Versicherung, und nach vier Wochen bekommt Frau Deters von ihrer Versicherung die Meldung, man habe 750 Euro für den Schaden bezahlt. Einwände von Frau Deters werden zurückgewiesen.

Zweites Beispiel: Herr Müller ist 65. Er hat im Supermarkt eingekauft. Er fährt mit seinem Einkaufswagen, wie Frau Deters, zu seinem Auto, macht die Heckklappe auf und will die Einkäufe einladen. Eine junge Frau kommt auf ihn zu und beschuldigt ihn, ihr den Wagen gestohlen zu haben, den gefüllten Einkaufswagen. Herr Müller ruft die Polizei per Handy, die Polizei kommt, aber er kann nicht beweisen, dass ihm die Einkäufe gehören. Er hat den Bon weggeworfen, und die Frau hat sich den Bon aus dem Abfallkorb geholt.

Solche Dinge sind wie eine Mode. Sie sprechen sich herum, aber die Kriminellen erfinden immer neue Untaten.

(A) Ältere Menschen brauchen Ansprechpartner, die sie auf solche unvermuteten Situationen vorbereiten. Die in dem Antrag der CDU geforderten „Ansprechpartner“ bei der Polizei sind im Ernstfall häufig sehr weit weg. Wer mit Älteren spricht, hört oft, dass es bei kleineren Einbrüchen oft bis zum nächsten Tag dauere, ehe eine Fachkraft erscheint. Just am letzten Dienstag meldeten die Medien, dass es 20 Stunden gedauert habe, bis nach einem Einbruch die Spurensicherung kam.

Ältere Menschen finden es bedauerlich, dass am Wochenende die neue Polizeistation in Horn-Lehe recht unbesetzt aussieht, ebenso die Polizeistation am Bürgerpark. Das subjektive Empfinden von Sicherheit, das die Seelenlage der Menschen prägt, ist ebenso wichtig wie die objektiv garantierte Sicherheitslage.

Die traumatischen Erlebnisse von Opfern stehen heutzutage mehr im Blickpunkt denn je in der Geschichte. Das ist toll. Den Opfern von Straftaten Zuwendung und Zeit zu widmen, ist im Ernstfall gerade für ältere alleinstehende Menschen hilfreich. Aber dann lässt sich nur selten jemand sehen, der dazu in der Lage ist und auch die Zeit dafür mitbringt.

Zur Abwehr dieser Gefahren schlägt die CDU vor, ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen“ zu entwickeln. Das begrüßen wir „Bürger in Wut“. Wir begrüßen auch den Vorschlag, pensionierte Polizeibeamte ehrenamtlich in die Begegnungsstätten zu schicken, die dort langfristige, sich auch wiederholende Ratschläge geben und solche in Erinnerung rufen.

(B)

(Glocke)

Damit wird der Trend unterstützt, dass Ältere so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben, und das mit dem Gefühl, dort einigermaßen sicher zu sein. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners, CDU-Fraktion.

Abg. **Hinners** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schmidtke, als Sie anfangen, habe ich gedacht, Sie hätten das Thema tatsächlich verstanden. Aber dann haben Sie am Ende Ihrer Ausführungen doch nur gesagt: Wir stimmen dem Antrag nicht zu. Den Zusammenhang habe ich nicht so richtig verstanden und nicht richtig begriffen.

(Abg. Frau **Vogt** [DIE LINKE]: Wir aber!)

Sie haben sich wahrscheinlich dem angeschlossen, was Herr Fecker vorher gesagt hatte, ohne den Zu-

sammenhang dort so richtig darzustellen. Darauf gehe ich gleich noch ein.

(C)

(Abg. **Fecker** [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ja auch richtig war!)

Darauf gehe ich am besten jetzt schon ein, wenn Sie das schon so direkt ansprechen. Sie können sich vielleicht daran erinnern, dass Sie am 17. September 2013 zusammen mit der SPD den Antrag, der mir hier vorliegt, formuliert haben „Kriminalprävention in Bremer Stadtteilen ausbauen, Sicherheitspartnerschaften fördern“. Damit wollen Sie die Bürgerschaft auffordern – oder das haben Sie schon beschlossen –, den Senat aufzufordern – ich muss es Ihnen jetzt einfach einmal vorlesen, damit es alle noch einmal hören –, unter Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiterer maßgeblicher Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren beziehungsweise sie, falls notwendig, dahingehend weiterzuentwickeln. Und dann geht das so weiter und so weiter.

Sie sagen in Ihrem Beitrag hier heute, dass eigentlich alles bestens sei, dass Sie überhaupt keine Notwendigkeit sehen, die Straftaten zum Nachteil älterer Menschen speziell aufzugreifen, deren Prävention deutlich zu fördern,

(Abg. **Senkal** [SPD]: Ein guter Antrag!)

(D)

den Opferschutz gerade auch für ältere Menschen nach vorn zu bringen. Alles das, sagen Sie, sei vollkommen gut erledigt und geregelt. Gleichzeitig fordern Sie mit einem eigenen Antrag genau diese Dinge, nur dass Sie es ein bisschen verklausulierter bringen und nicht auf ältere Menschen reflektieren,

(Abg. Frau **Neumeyer** [CDU]: Doch, auch!)

sondern ganz allgemein formulieren. Auch ältere Menschen tauchen da auf – ja! –, werden aber nicht speziell genannt, wie unser Antrag und unser ressortübergreifendes Konzept beabsichtigen.

Frau Kollegin Schmidtke, Sie bringen das Beispiel, dass die Polizei am 1. Januar 2008 ein Sachgebiet mit diesen Aufgaben betraut hat. Das ist richtig, aber wenn Sie mir zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass sich seither die Anzahl der Delikte – trotz dieses Sachgebietes! – verdoppelt hat, nämlich von 300 auf 600. Ich denke, mit dem Wissen, dass das geschehen ist, seit es dieses spezielle Sachgebiet gibt, sollten wir vielleicht doch einmal darüber nachdenken, ob das ausreicht. Das Sachgebiet arbeitet gut, das will ich überhaupt nicht bezweifeln.

(Abg. **Senkal** [SPD]: Wie viel wäre es gewesen, wenn es nicht gewesen wäre! Das ist jetzt aber sehr vage!)

(A) Sich auf solche Spekulationen einzulassen, Herr Kollege, obwohl wir wissen, dass dahinter 600 Opfer, ältere Menschen stehen, die unter diesen Straftaten zu leiden haben, möchte ich mir doch wirklich ersparen.

(Beifall bei der CDU)

Alles in allem kann ich die Ablehnung dieses Antrags, gerade auch nach Ihren Vorträgen, Herr Kollege Fecker und Kollegin Schmidtke, überhaupt nicht nachvollziehen. Wenn ich mir dann noch Ihren eigenen Antrag vornehme, wird es noch widersinniger. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fecker, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Willi Hinners, weder war der Redebeitrag von Frau Kollegin Schmidtke geeignet noch meiner selbst – auch nicht, glaube ich, der von Frau Kollegin Vogt –, eine Bagatellisierung oder eine Verharmlosung der Straftaten gegen ältere Menschen vorzunehmen. Es haben alle drei sehr deutlich gemacht, dass es ein bestehendes Problem ist, das es nicht nur in Bremen gibt, sondern das – Sie erinnern sich – sogar länderübergreifend behandelt wird. Es ist richtig und es ist auch wichtig, dass man sich diesem Problem stellt. Noch einmal sehr deutlich: keine Bagatellisierung und keine Verharmlosung.

(B) Aber es gibt schon einen Unterschied. Es ist ja ganz schön, womit man das alles den lieben langen Tag vergleicht, wenn man hier öfter steht. Der erste Vergleich betraf das Konzept „Stopp der Jugendgewalt“. Nun nehme ich erst einmal mit, dass Sie offensichtlich zum begeisterten Anhänger des Konzepts „Stopp der Jugendgewalt“ geworden sind.

(Abg. **H i n n e r s** [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich finde, da gibt es schon einen qualitativen Unterschied. Das muss man einfach so sagen. Das Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ arbeitet täterorientiert, hat einen Sanktions- und Hilfsmittelkatalog und hat sozusagen verschiedene Akteure, die lange Zeit niemals miteinander gearbeitet haben, an einen Tisch gebracht.

Das ist ein Unterschied zu dem Status, den wir jetzt hier in dieser Stadt schon haben. Nichts anderes habe ich versucht klarzumachen. Wir haben ein bestehendes und funktionierendes Netzwerk in dieser Stadt, und wir haben ein abgestimmtes Handeln in diesem Bereich der Straftaten gegen ältere Menschen. Wenn Sie jetzt noch weiter gehen und als Nächstes den An-

trag der Sicherheitspartnerschaften holen, den wir im Rahmen der Stadtbürgerschaft behandeln, dann will ich Ihnen auch da den Unterschied noch einmal klar machen.

(C)

Bei diesem Antrag geht es um Folgendes: Auf lokaler Ebene – wir befinden uns jetzt hier im Landtag des Bundeslandes Bremen – fordern Sie, dass sich das Sozialministerium mit dem Innen- und mit dem Justizministerium zusammensetzt und ein übergreifendes Konzept erarbeitet. Das, was wir in der Stadtbürgerschaft, in unserem Kommunalparlament, vorschlagen, ist, dass man sich auf kommunaler, auf lokaler Ebene hinsetzt und noch einmal sehr genau nachschaut, in welchen Bereichen des Stadtteils man Kriminalitätsprävention betreiben kann. Frau Kollegin Neumeyer ist sicherlich eine gute Ansprechpartnerin als jemand, die in einem solchen Gremium arbeitet. Da geht es unter anderem um solche Sachen wie dunkle Ecken. Da geht es um Wegebeziehungen.

(Abg. **S e n k a l** [SPD]: Lichter!)

Es geht darum, wie man mit der Eigentümergesellschaft versucht, dunkle Ecken auszuleuchten, auch Angst-Räume zu nehmen. Da geht es um den Einbruchschutz. Da geht es auch um die Stärkung der Nachbarschaft. Das sind, mit Verlaub, Herr Kollege, Hinners, einfach unterschiedliche Paar Schuhe – das, was Sie hier fordern, und das, was wir fordern.

(Abg. **H i n n e r s** [CDU]: Eben nicht! Das trifft die älteren Menschen genauso! – Abg. **S e n k a l** [SPD]: Da stimmen Sie also unserem Antrag zu!)

(D)

Deswegen kann ich absolut verstehen, dass Ihnen das Thema wichtig ist, weil Straftaten gegen ältere Menschen auch uns wichtig sind. Aber ich habe noch einmal versucht deutlich zu machen, dass der Weg, den wir gehen, ein anderer ist, dass wir ihn für sinnvoll halten und deswegen Ihren Antrag ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Münch.

Staatsrat Münch: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, mich nach dieser breiten Diskussion kurz zu fassen, auch wenn es mir bei den einen oder anderen Bemerkungen hier schwerfällt. Das sage ich ganz ehrlich. Worüber wir hier reden, ist der demografische Wandel, der überall in unserer Gesellschaft zu grundsätzlichen Veränderungen und Anpassungen führt, auch zu Strategieanpassungen: Wohnungsbauwirtschaft baut barrierefrei, Firmen, die sich früher auf Kinderbetten spezialisiert haben, bauen jetzt auch

(A) Pflegebetten. Überall muss man sich diesen Veränderungen anpassen. Der Trend ist nun einmal: Unsere Gesellschaft wird älter, und der Anteil der Personen über 65 wird in den kommenden Jahrzehnten noch deutlich zunehmen. Wie in der Wirtschaft kommt es auch in der Daseinsvorsorge und auch in der öffentlichen Sicherheit darauf an, sich frühzeitig strategisch auf diese Veränderungen einzustellen. Denn – das ist hier schon klar geworden – auch unsere Kriminellen passen sich sehr schnell gesellschaftlichen Veränderungen an, oder – besser ausgedrückt – sie nutzen skrupellos die Unsicherheit, die Gutgläubigkeit, die Einsamkeit und die Wehr- und Schutzlosigkeit der wachsenden Gruppe älterer und häufig allein lebender Bürger aus.

Täglich verzeichnen wir Versuche oder vollendete Delikte, und gestern – nur einmal als Beispiel! – gab es im Bremer Süden zwei Täter, die sich als Kripobeamte ausgegeben haben und einer 87-jährigen Frau in ihrer Wohnung 900 Euro Bargeld gestohlen haben. In Bremen-Nord wollte eine 83-jährige Frau einen Geldbetrag auf ein Konto der Western Union Bank überweisen, und die Sparkassenmitarbeiterin wurde misstrauisch. Wie sich herausstellte, sind vorher einige Anrufe nach dem Muster des Enkeltricks gelaufen. Die Sparkassenmitarbeiterin informierte die Polizei, und die ältere Dame hat ihr Geld behalten. Die typischen Opfer sind weiblich, weit über 70, die typischen Täter agieren gewerbsmäßig, häufig in Bandenstrukturen und überregional. Zu den verschiedenen Tatbegehungsweisen, den Tricks, glaube ich, haben wir schon genug gehört, darauf will ich nicht weiter eingehen.

(B) Die Polizei hat sich – das ist hier schon gefallen – recht früh im Rahmen ihrer Strukturreform auch auf dieses Phänomen eingestellt. Sie hat sich gefragt: Wie ändern sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen, soziodemografische Veränderungen in der Stadt, wie müssen wir uns anpassen, was heißt das für die Strukturen von Polizei, was heißt das für die Abläufe? Sie kennen das Programm, was letztendlich heißt: Ran an die Zielgruppen, rauf auf die Autos, mehr auf die Straße, mehr Prävention, aber auch mehr klare Strategien. In diesem Programm wurde am 1. 1. 2008 auch der Phänomenbereich Straftaten gegen ältere Menschen gegründet. Es dreht sich dabei nicht nur um drei Mitarbeiter der Kriminalpolizei, die in diesen Straftaten ermitteln, sondern das ist eine Keimzelle einer Strategie, die sich seitdem entwickelt hat. Diese Strategie basiert, wenn Sie so wollen, auf vier Säulen. Die erste ist erkennen und analysieren, was dort passiert, die zweite ist Prävention, die dritte Repression und die vierte Vernetzung.

Zum ersten Teil! Wir haben angefangen, in 2008 die Straftaten gegen ältere Menschen zu definieren und sie extra zu erfassen, sie in die Lagebilder mit aufzunehmen. Jeder Schutzmann und jede Schutzfrau draußen sieht, was da für Taten passieren, damit sie sensibilisiert sind. Wir werten sie aus, wir setzen sie sehr schnell in Öffentlichkeitsarbeit um, und

wir geben das in das Präventionsnetzwerk, was die Polizei hat. Das besteht aus einem Präventionszentrum und über 100 Kontaktbeamten, die auf der Straße unterwegs sind. Allein 2012 sind spezialisierte Veranstaltungen gelaufen, in denen über 1 000 dieser Zielgruppe der älteren Menschen direkt angesprochen worden sind, und die Kontaktpolizisten sind in unzähligen weiteren Gesprächen unterwegs gewesen, um zu sensibilisieren. Das also, was in dem Antrag mit pensionierten Polizeibeamten gefordert wird, machen wir heute schon mit Leuten, die dafür bezahlt werden.

(Abg. S e n k a l [SPD]: Aha! Auch schon!
– Abg. H i n n e r s [CDU]: Aber ein bisschen mehr kann doch nicht schaden, Herr Staatsrat, oder? – Abg. S e n k a l [SPD]: Ein bisschen mehr kann nie schaden, aber was bringt das denn?)

In der Repression haben wir uns darauf eingestellt, möglichst diese Serien zu erkennen und zu gucken, wie kriegen wir eine möglichst hohe Tataufklärungsquote hin und wie schaffen wir es, in der Präventionsarbeit die Versuchsquote nach oben zu bringen. Schauen wir jetzt auf die Frage, wie erfolgreich wir sind, dann stellen wir fest: Ja, die Straftaten sind weiter gestiegen. Wenn ich dann schaue, was in den anderen Bundesländern passiert ist, dann kriegen wir teilweise Rückmeldungen über deutlich höhere Steigerungsraten, manchmal aber auch mit schlechteren Datenquellen, die dort vorhanden sind, weil wir sehr früh unterwegs waren.

(Abg. H i n n e r s [CDU]: Das macht das Ganze nicht besser!)

Es ist aber auch nicht verwunderlich. Was wir machen, ist, uns einzustellen auf eine langfristige Entwicklung. Keiner muss glauben, dass das Phänomen „Straftaten gegen ältere Menschen“ in absehbarer Zeit erledigt werden kann. Es wird uns begleiten in diesem demografischen Wandel über die nächsten 10, 20 Jahre. Wir müssen uns sehr, sehr gut aufstellen. Es macht aber auch keinen Sinn, den Schlüssel unter der Lampe zu suchen, wo man ihn gar nicht verloren hat, heißt: Wir müssen uns genau fragen, wo eigentlich das Strategiedefizit ist. Meiner Meinung nach – das ist hier schon angeklungen – haben wir ein sehr gut funktionierendes Netzwerk, übrigens auch mit anderen öffentlichen Stellen wie zum Beispiel dem Amt für Soziale Dienste. Ich sehe dort keine Lücke, in die wir jetzt noch mit einem ressortübergreifenden Konzept stoßen könnten. Ich wüsste nicht, in welche sonstigen Netzwerke ich die Polizei jetzt noch bringen sollte, wenn ich anfangs, andere Ressorts an den Tisch zu holen. Dort gibt es kein Strategiedefizit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Richtig ist allerdings, dass wir, glaube ich, in der länderübergreifenden Arbeit – das ist ja in einer anderen Frage schon einmal angeklungen – besser werden können und müssen. Wenn es richtig ist, dass die Täter überregional aktiv sind, dass sie organisiert sind, dass sie sehr stark vernetzt sind, dass sie professionell arbeiten, dann können wir nicht nur bremisch unterwegs sein, sondern dann müssen wir uns noch viel stärker mit anderen Polizeien vernetzen, auch bundesweit vernetzen, genau erkennen, welche Tätergruppe wo unterwegs ist und wie wir ihr begegnen. Das hat wieder Wirkung auch für die Prävention, aber insbesondere auch für die Tätererkennung, denn mit diesen Zahlen bin ich, ehrlich gesagt, noch nicht zufrieden.

Wir haben bei 600 Taten gut 100 Täter, die wir fangen. Das kann noch mehr werden. Da müssen wir nachlegen. Das ist eher die Frage, wie wir überregional und länderübergreifend am Repressionskonzept weiter arbeiten. Was wir nicht brauchen, meiner Meinung nach, ist ein ressortübergreifendes Handlungskonzept zum weiteren Ausbau der Prävention, und wir müssen auch keine pensionierten Polizisten auf die Straße bringen, wenn wir schon über 100 haben, die genau das tun, was Sie fordern. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1018 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Wissenschaftsfinanzierung neu ordnen: mehr Verantwortung des Bundes bei der Forschung und mehr Chancen der Länder in der Grundfinanzierung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
und der SPD
vom 13. August 2013
(Drucksache 18/1017)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Die Beratung ist eröffnet.

(C)

Meine Damen und Herren, als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin froh, dass es mittlerweile ein Allgemeingut ist, dass Hochschulen in Deutschland unterfinanziert sind. Mittlerweile redet die gesamte Republik darüber. Es gibt diverse Vorschläge von Wissenschaftsorganisationen, und es ist völlig klar, dass bundesweit nicht nur in Bremen Hochschulen unterfinanziert sind.

Die Hauptursache dafür sind die stark ansteigenden Studierendenzahlen, die weit über den Prognosen liegen. Das haben wir so gewollt; wir wollten eine gute Ausbildung für unsere Jugend, und wir wollten auch, dass wir im internationalen Vergleich besser werden. Das gelingt uns jetzt zunehmend, aber das schafft auch ganz neue Herausforderungen. Ich bin auch froh, dass es mittlerweile ein Allgemeingut ist, dass man die Länder mit diesen Herausforderungen nicht alleinlassen darf, dass es eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Es ist auch ein Allgemeinplatz, dass das Kooperationsverbot im Wissenschaftsbereich fallen muss, damit der Bund im Hochschulbereich mehr Verantwortung übernehmen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

(D)

Ich sagte das gestern schon. Der Bund zahlt 2,7 Milliarden, die Länder zahlen 20,1 Milliarden. Der Bund kann nur zahlen, wenn sich alle Länder einig sind, so wie im Hochschulpakt.

Unser Antrag setzt nun in der Frage an: Was kann zur Problemlösung beitragen, obwohl es das Kooperationsverbot gibt? Da sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass es so gehen kann, dass der Bund mehr Verantwortung in der überregionalen Forschungsförderung übernimmt und die Länder darüber Geld freibekommen, das sie in die Grundfinanzierung ihrer Hochschulen stecken können. Wir sind der Auffassung, dass es einfach einen fairen Lastenausgleich zwischen Bund und Ländern geben muss.

Wir hatten dazu im März eine Große Anfrage gestellt – die Antwort und die Debatte waren im Mai –, bei der es uns darum ging, ein gerechnetes Modell vorzulegen. Dieses gerechnete Modell sagt, wenn man den Finanzierungsschlüssel bei den überregionalen Forschungsinstituten Max-Planck-Institut und Leibniz-Gesellschaft auf 70 zu 30 ändert, würde Bremen 5,6 Millionen jährlich sparen können, bei der Erhöhung der Programm- und Projektpauschalen aus DFG-Mitteln auf 50 Prozent 1,8 Millionen und bei Erhöhung der Projektpauschalen bei Drittmitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf 30 Prozent 1,3 Millionen und bei Rückführung des Pakts

- (A) für Forschung und Innovation von 5 auf 3 Prozent 700 000. Das sind etwa 9 Millionen jährlich, die wir dann frei hätten für die Grundfinanzierung der Hochschulen. Wir wollen, dass sich der Senat auf Bundes- und auf Länderebene dafür einsetzt, dass man da zu neuen Finanzierungsschlüsseln kommt. Diese Rechnung ist auch nicht auf Kosten anderer Bundesländer. Nein! Es ist ein gerechnetes Modell, wovon alle Bundesländer etwas hätten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieses eingesparte Geld – das sagte ich schon; das steht auch im Antrag genauso drin – soll dann der Grundfinanzierung der Hochschulen und insbesondere der Lehre zugute kommen. Das Gutachten des Wissenschaftsrats bestätigt uns darin, dass wir da in der Qualität der Lehre auch etwas unternehmen müssen.

Der Antrag hat noch zwei weitere Punkte. Der eine Punkt sagt, dass der Beschluss der Kultusministerkonferenz, nämlich die Hochschulbaumittel auf 900 Millionen zu erhöhen, umgesetzt werden soll. Wir wollen den Senat auffordern, das auf Bundesebene zu tun. Nicht nur bei uns, in ganz Deutschland gibt es Hochschulbauten aus den Siebziger- und Achtzigerjahren, die schlicht marode sind und dringend saniert werden müssen. Für Bremen würde es bedeuten, dass wir darüber vier weitere Millionen bekommen würden, die wir dringend bräuchten. Das wissen wir gemeinsam.

(B)

Der letzte Punkt betrifft den Hochschulpakt. Bremen kann – auch das ist bekannt – aus den Hochschulpaktmitteln 50 Millionen Euro bekommen. Ich finde, das ist ein sehr gutes Ergebnis,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

das in der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, in der Finanzministerkonferenz und in der Konferenz der Regierungspräsidentinnen und -präsidenten ausgehandelt worden ist. Für dieses Engagement möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich beim Senat bedanken.

Nun geht es in dem Antrag darum, dass wir vom Senat erwarten – ich zitiere –: „eine optimale Ausschöpfung der vom Bund für Bremen in Aussicht gestellten Mittel, um die vorhandene Anzahl der Studienplätze zu sichern“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich komme noch einmal auf das Ziel des Antrags zurück: Wir wollen einen fairen Lastenausgleich zwischen Bund und Ländern. Es ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die stark steigenden Studierendenzahlen zu bewältigen. Wir wollen eine gute Ausbil-

dung für unsere Jugend, und – auch da zitiere ich auch noch einmal abschließend aus dem Antrag – „es ist notwendig, den jungen Menschen, die studieren wollen, auch einen Studienplatz anzubieten“.

(C)

Ich würde mich freuen, wenn wir hier im Haus eine breite Mehrheit für den Antrag finden könnten und den Senat für Verhandlungen auf Bundesebene mit einem guten Mandat ausstatten können. Denn das hilft uns gemeinsam für die Finanzierung, sowohl hier im Land Bremen als auch bundesweit. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tsartilidis, SPD-Fraktion.

Abg. **Tsartilidis (SPD)***: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Frau Schön das so wunderbar erläutert hat, möchte ich vielleicht nur auf einen Aspekt zu sprechen kommen! Ich glaube, der besondere Charme dieses Antrags besteht auch nach der gestrigen Debatte darin, dass wir unterhalb einer Grundgesetzänderung, unterhalb der Abschaffung des Kooperationsverbots zu einer Lösung kommen, die insgesamt der Verbesserung der Lehre zugute kommt. Ich glaube, dass das auch deshalb wichtig ist, weil sich im Moment in den Verhandlungen in Berlin abzeichnet, dass sich die CDU/CSU immer noch weigert, insgesamt eine Bildungs- und Forschungsinitiative zu gewährleisten, sprich: nicht allein den Wissenschaftsbereich isoliert zu betrachten beim Kooperationsverbot und der Frage seiner Abschaffung, sondern auch den Ganztagschulbereich mit aufzunehmen. Insofern muss man eben warten, was in Berlin kommt, wie die Verhandlungen da laufen.

(D)

Abgesehen davon, glaube ich, ist der Weg, den Frau Schön beschrieben hat, wirklich ein wunderbarer Weg und eine gute Alternative, unterhalb einer Grundgesetzänderung unserem Ziel, die Lehre im Land Bremen zu verbessern, näherzukommen. Deshalb bitte ich um breite Zustimmung. – Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien, CDU-Fraktion.

Abg. Frau **Grobien (CDU)**: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den leider etwas plumpen, linken Initiativen á la Wunschkonzert und dem routinierten Draufhauen auf die Jacobs University freut es mich, heute nun auch eine inhaltliche Initiative zu diesem doch wirklich wichtigen Thema zu beraten.

(A) Ich kann es trotzdem ebenfalls relativ kurz machen, denn Frau Schön hat die Zahlen bereits aufgeführt. Auch wir, die CDU-Fraktion, meinen, dass der Antrag in die richtige Stoßrichtung geht. Zu einer Neuordnung der Wissenschaftsfinanzierung sind wir der gleichen Auffassung. Dass die Finanzbeziehungen des Bundes und der Länder im Bereich der Wissenschaft neu geregelt werden müssen, wird nach meiner Meinung mittlerweile von allen großen Parteien breit geteilt, und ich hoffe sehr, dass man sich im Rahmen der derzeitigen Koalitionsverhandlungen auf ein zukunftsfähiges System einigen und auch die im Moment ja wohl noch hauptsächlich im Bildungsbereich bestehenden Kontroversen beilegen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte am Rande betonen, dass auch ich mich generell für eine Abschaffung des Kooperationsverbots in Wissenschaft und Bildung ausspreche.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen ist natürlich schnell gefordert, aber die Umsetzung ist eine andere, weitaus größere und komplizierte Angelegenheit.

(B) Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich beim ersten Lesen des Antrags zuerst nicht so sicher war, ob ich meiner Fraktion die Zustimmung empfehlen soll. Ihr Antrag greift wichtige Punkte raus, jedoch ist die Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen natürlich nur ein ganz kleiner Bereich, ebenso liegen ja auch die Summen der erhofften Entlastung auch in einem überschaubaren Maß.

Noch einmal: Ich lehne die einzelnen Punkte keineswegs ab, glaube jedoch, dass diese nur ein Teil einer umfassenden Neuordnung sein können. Für die CDU-Fraktion muss eine Reform der Wissenschaftsbeziehungen beinhalten, dass der Bund sich dauerhaft und in der Breite finanziell engagieren kann. Eine alleinige Konzentration auf Eliteprojekte oder die Forschung darf es unserer Ansicht nach nicht geben.

Zudem hätte ich mir eigentlich gewünscht, zunächst die Beratungen der Empfehlungen des Wissenschaftsrats abzuwarten, wo die Finanzierung des Hochschulwesens ja eine nicht ganz unwichtige Rolle spielt. Nichtsdestotrotz halten wir die Punkte im Einzelnen für richtig, denn insbesondere auch der Hochschulbau, den Sie ja auch angeführt haben – der Sanierungsbedarf der Universität war in diesem Haus ja auch schon mehrfach Thema –, ist für Bremen alleine nicht zu stemmen.

Wir werden von der CDU-Fraktion Ihrem Antrag deshalb zustimmen und freuen uns auf weitere Debatten zu diesem Themenkomplex.

(Beifall bei der CDU)

(C) **Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt, Fraktion DIE LINKE.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Grobien, ich weiß nicht, was an unserem Antrag plump war. Soweit ich die Rednerinnen der Koalition gestern verstanden habe, sind auch sie dafür, absehbar die Grundhaushalte der Universität und der Hochschulen zu erhöhen, weil auch sie das Problem erkannt haben, dass eine strukturelle Unterfinanzierung den Wissenschaftsstandort Bremen auf Dauer schädigt. Plump sind da eher Versuche zu sagen, wie schlimm es doch alles sei, und hinterher zu sagen, wenn alles so schlimm ist, dann müssen wir gucken, wo wir die Axt anlegen und Studiengänge schließen, wie das von Ihrer Seite vor eineinhalb Monaten hier angeklungen ist.

Wir werden den Antrag unterstützen. Das hatte ich Frau Schön gestern schon zugesagt. Ich finde die Argumente, die von beiden Vorrednerinnen und dem Vorredner der Koalition getroffen worden sind, auch völlig richtig. Es ist ein Versuch, einen Teil der Verantwortung des Bundes in der Hochschulfinanzierung unterhalb einer Grundgesetzänderung herbeizuführen, und das finde ich auch richtig und nötig. Wie ich gestern schon gesagt habe: Auch wenn wir alle hoffen, dass zumindest für den Wissenschaftsbereich das Kooperationsverbot infrage gestellt wird, merken wir immer wieder an den Auseinandersetzungen in der föderalen Diskussion, dass es da Schwierigkeiten gibt, vor allem im Bereich der Union und insbesondere der CSU.

Von daher denke ich, es ist ein richtiger Schritt, niedrigschwellig das zu regeln, was man regeln kann. Wir können und müssen natürlich auch noch über andere Sachen diskutieren. Das wird schon zum Teil in Berlin getan. Der Bürgermeister ist ja in dem Koalitionsausschuss für Bildung und Wissenschaft. Wie man den Medien entnehmen konnte, wird darüber diskutiert, ob der Bund eine stärkere Verantwortung bei den Ausgaben für das BAföG übernimmt. Auch das könnte in der vertikalen Verteilung dem Land Bremen helfen. Das wären an der Uni, wenn es wirklich um eine vollständige Übernahme geht, immerhin 13 Millionen.

Ich möchte hier aber auch einmal sagen, was ich richtig gut an dem Antrag finde: Das ist nämlich, dass Sie ausdrücklich sagen, dass, wenn wir mehr Mittel vom Bund bekommen – durch die vertikale Verteilung – das dann auch bitte dem Wissenschaftshaushalt zugute kommt und nicht an anderer Stelle einfach wieder wegkompensiert wird. In der Vergangenheit gab es natürlich immer noch kleine Programme des Bundes, die auch genutzt worden sind. Leider sind sie dem Wissenschaftshaushalt nicht richtig zugute gekommen. Zum Beispiel die Mittel des Hochschulpaktes, die ja auch zur Voraussetzung haben, dass wir über dem Referenzwert der Studierendenzahlen

(C)

(D)

(A) von 2005 liegen, haben zwar dafür gesorgt, dass sich die Globalhaushalte der einzelnen Lehrinrichtungen im Prinzip halbwegs die Waage gehalten haben, aber die Betreuungsrelation ist eben nicht richtig gut geworden, weil der Grundhaushalt nicht angemessen nachgesteuert wurde. Aber diese Debatte hatten wir schon des Öfteren.

Von daher finde ich genau diese Punkte in Ihrem Antrag richtig gut, dass man sagt: Wir fordern den Senat auf zu verhandeln. Wenn wir Verhandlungsergebnisse haben, die dem Land Bremen zugute kommen und Entlastungen bringen, soll das dann aber auch ein tatsächliches Netto-Mehr im Wissenschaftshaushalt sein, denn da wird es auch gebraucht.

Von daher stimmen wir aus vollster Überzeugung diesem Antrag zu. Wir haben auch überhaupt keine Probleme damit. Ich glaube allerdings, wir müssen weiterhin gucken, wie wir tatsächlich die Hochschulfinanzierung insgesamt über den Bund auf andere Füße stellen können. Da wünsche ich den Ländern viel Erfolg beim Verhandeln. Wir alle wissen, es gibt eine Menge Denkmodelle, zum Beispiel, dass Bundesländer, die weniger ausbilden, den Bundesländern, die mehr Hochschulabsolventen ausbilden, das Geld nachgeben sollen. Ich glaube, diese Debatten wird man so nicht gewinnen. Sie werden ähnlich emotional geführt werden, wie die Debatten um den Länderfinanzausgleich.

(B) Von daher denke ich, wir müssen andere Denkmodelle finden, wie der Bund tatsächlich die Grundhaushalte oder die Grundfinanzierung der Universitäten und der Hochschulen ausstattet. Ich glaube, auf dieser Ebene, dass die Länder untereinander diskutieren, werden wir vermutlich Schiffbruch erleiden. Von daher: Diskutieren wir weiter. Zu welchen Lösungen wir dann kommen, werden wir ja sehen. – Danke!

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön, Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich für die breite Unterstützung für den Antrag hier im Hause bedanken. Es ist klar, dass man damit nicht alle Probleme, die man im Hochschulbereich oder im Wissenschaftsbereich hat, erschlägt. Das ist ein Auftakt. Ich freue mich darüber, dass die Senatorin damit ein großes Mandat hat. Wir werden sicherlich in einem halben Jahr im Wissenschaftsausschuss nachfragen, wie weit wir damit gekommen sind. Ich glaube, dass es gut ist, das eng zu begleiten. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was soll ich noch dazu sagen? Es ist natürlich eine sehr erfreuliche, positive Diskussion. Ich bin froh über diesen Antrag, der eingebracht worden ist von den Koalitionären. Ich bin ausgesprochen froh, dass er so breit getragen wird. Das ist, glaube ich, wirklich der Rückenwind, den wir auch für das Wissenschaftssystem brauchen, auch in dieser Breite brauchen. Und es ist vor allen Dingen auch deswegen ein so wichtiges Signal, weil wir eben vor dieser schwierigen Situation stehen, dass alle Pakte auslaufen, dass wir eben nicht eine Grundfinanzierung über den Bund haben, dass wir über die Föderalismusreform II sehr, sehr viele Aufgaben übernommen haben, aber das nicht vernünftig mit Ressourcen hinterlegt worden ist und wir auch dieses Auseinanderdriften zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Grundfinanzierung der Universitäten haben.

Es sind manche Dinge aus der Balance geraten, und die Vorschläge in dem Antrag helfen uns, diese Balance wiederherzustellen. Ich denke auch, dass wir im Zusammenhang mit dem Perspektivenpapier des Wissenschaftsrates, der ja eben – wie Frau Schön bereits gesagt hat –, schon deutlich gemacht hat, dass es ein bundesweites Problem ist und keine Bremensie, dass wir diese Frage jetzt hier gemeinsam beraten können und auch hier gemeinsam Vorschläge einbringen können. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Bürgermeister in den Koalitionsverhandlungen sehr deutlich und mit sehr viel Nachdruck für die Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftssystems einsetzt. Wir wissen um die Schwierigkeit der Aufhebung des Kooperationsverbotes, aber auch da sind die Diskussionen eher so, dass alle wissen – es wissen alle –, dass man eigentlich diesen Weg jetzt aufheben muss, dass wir das Kooperationsverbot aufheben müssen, um gemeinsam neue Wege gehen zu können.

Es ist jetzt an der Zeit, dies auch umzusetzen. Ich gehe davon aus, dass wir uns, wenn es uns jetzt noch nicht am Anfang gelingt, das durchzusetzen, zumindest auf einen richtigen Weg begeben haben, jetzt hier Bildung und Wissenschaft gemeinsam zur Aufhebung des Kooperationsverbotes auch durchzusetzen.

Das ist etwas, das uns im Wissenschaftsbereich ungemein hilft, auch gerade deswegen ungemein hilft, weil wir im Moment im Land Bremen vor dem Problem stehen, dass wir so gut sind. Wir sind ja so gut im Wissenschaftsbereich, wir haben so viele außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie kaum ein anderes Bundesland in Bezug auf die Anzahl der Studierenden und die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner. Gleichwohl wissen wir, dass bei all diesen Finanzierungsfragen immer Länderanteile eingebracht werden müssen. Dadurch, dass man so gerne bei uns außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

(C)

(D)

(A) etabliert, wir das natürlich auch gerne wollen, weil das unsere Forschung und auch unsere Lehre stärken kann, ist es natürlich für das Land eine ausgesprochen schwierige Situation, immer in die Kofinanzierung reingehen zu können. Insofern sind all die Vorschläge, die hier gemacht worden sind, genau die, die wir brauchen. Wir müssen Bundesmittel in die Länderfinanzierung bekommen, und damit können wir die Grundfinanzierung der Hochschulen besser ausstatten. Es ist wunderbar, dass das hier unser gemeinsames Ziel ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 18/1017 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag einstimmig zu.

(B)

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union wirkungsvoll bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1019)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Günthner.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grobien, CDU-Fraktion.

Abg. Frau **Grobien** (CDU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Schade, dass wir dieses Europathema und wichtige Thema heute noch in der letzten Stunde unserer Landtagssitzung aufreißen, aber das ist nun einmal so. Auch wenn unser Antrag aus dem August dieses Jahres stammt, kann er aktueller gar nicht sein. Diese Woche hat in Paris ein weiterer Sondergipfel zur Jugendarbeitslosigkeit stattgefunden, an dem im Élysée-Palast immerhin 24 EU-Staats- und Regierungschefs teilgenommen haben.

Das Thema ist, wie gesagt, immer noch brandaktuell, und auch seit dem ersten Gipfel in Berlin am 3. Juli 2013 haben sich die Arbeitslosenzahlen leider noch nicht verbessert. Noch immer ist in vielen Län-

dern Südeuropas jeder zweite oder dritte Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Eine hohe Staatsverschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sind die Ursachen der Krise in Europa, und damit auch die Ursache für scheiternde Unternehmen und eine hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union.

(C)

Die Staaten der Eurozone haben sich seit dem Jahr 2010 auf den Weg gemacht, an den Ursachen zu arbeiten und ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen, auch wenn das manchmal für die betroffenen Länder – insbesondere Südeuropas – ein besonders schmerzhafter Prozess ist. Denn der Weg der Konsolidierung ist, wie in so vielen Fällen, nicht einfach. Für uns als CDU-Fraktion ist dieser Weg allerdings der einzig richtige Weg und auch alternativlos. Haushalte werden seitdem konsolidiert, Verwaltung, Rechts- und Steuersysteme modernisiert, und auch ein Umbau der Sozialsysteme hat begonnen. Entscheidend ist aber, dass dieser Kurs durchgehalten wird und es dadurch, wie gesagt, zu nachhaltigem Wachstum kommen kann; denn nur so wird es auch zu einer Wende an den Arbeitsmärkten in den Krisenländern kommen.

Der wirtschaftliche Gesundungsprozess, der die Wettbewerbsfähigkeit verbessern kann, bringt es mit sich, dass viele Geschäftsmodelle von Unternehmen, die nicht krisenfest aufgestellt werden und nicht ausreichend finanziert waren, gefährdet sind und wegfallen müssen. Wie wir alle wissen: Gehen müssen zuerst immer die jungen Menschen.

(D)

Europa kann es sich aber nicht leisten, eine ganze Generation zu verlieren, die in Zukunft den wirtschaftlichen Erfolg des Kontinents eigentlich garantieren muss. „Die Zukunft des Kontinents wird sich auch an der Frage entscheiden, welche Zukunft wir den jungen Menschen bieten können“, so hat es erst die Bundeskanzlerin diese Woche in Paris gesagt. Deshalb haben die EU-Arbeitsminister bereits im Juli 2013 insgesamt 28 Milliarden aus unterschiedlichen Töpfen für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Ich möchte aber betonen, dass diese Töpfe nichts nützen, wenn die Staaten nicht ihre Hausaufgaben machen. Deshalb ist es, wie gesagt, so notwendig, diesen Konsolidierungskurs einzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Diese Woche wurde zusätzlich eine Jugendgarantie beschlossen, von der Sie sicher alle gelesen haben, die jedem jungen Menschen eine Ausbildung oder Arbeit quasi vier Monate nach Schulabschluss gewähren soll. Noch fehlen allerdings konkrete Projekte für diese Garantie für deren Durchführung. Wir wissen alle, wie lange die praktische Umsetzung von solchen Beschlüssen dauern kann.

Meine Damen und Herren, was können wir hier in Bremen tun? Dazu haben wir in dem Antrag eine ganze Menge Vorschläge gemacht, und zwar zum

(A) einem auch dazu, was wir in Südeuropa tun können durch Repräsentanzen, aber zum anderen auch dazu, was wir im eigenen Bundesland tun können. Denn auch hier in Bremen sind 9,4 Prozent der Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, und das liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 5,6 Prozent.

Wir finden, dass sich Bremen stärker als bisher auf die Anwerbung junger Menschen aus Südosteuropa konzentrieren sollte. In einigen Bereichen – ich denke da besonders an Pflege oder zum Beispiel auch an Erzieher – haben wir schon heute einen massiven Fachkräftemangel. So sollten wir weiter unsere Willkommenskultur stärken und zum Beispiel auch weiterhin das Ziel verfolgen, ein Welcome-Center einzurichten. Auch die Willkommenskultur in den bremischen Behörden haben wir schon häufiger hier erwähnt.

Austauschprogramme für Jugendliche sollten wir weiter forcieren. Zusätzliche weitere Maßnahmen finden Sie alle auch noch in unserem Antrag.

Dazu gehört auch, dass, wenn ich an Bremen denke, es dem Senat hoffentlich bald gelingt, ein Konzept gegen die hohe Quote von Schulabbrechern zu formulieren, um dafür zu sorgen, dass die Leute vor allen Dingen auch einen Berufsabschluss erreichen können.

(B) Leider haben wir den angekündigten Antrag von Rot-Grün vermisst. Offensichtlich konnten Sie sich da nicht einigen. Vielleicht wäre es sogar möglich gewesen, einen gemeinsamen Antrag hinzukriegen, aber das hat jetzt leider nicht geklappt. Nichtsdestotrotz bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Mahnke, Fraktion der SPD.

Abg. Frau **Mahnke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Zahn kann ich Ihnen gleich ziehen: Das mit der Zustimmung wird nichts!

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Sie sind aber manchmal hart! – Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Naturbedingte Ablehnung!)

Meine Damen und Herren der CDU, ja, das ist halt so! Mir ist bei Ihrem Antrag gar nicht klar geworden, was Sie damit bezwecken wollen. Erst einmal suggeriert die Überschrift, dass Sie sich durchaus mit dem wichtigen Thema der Jugendarbeitslosigkeit in Europa auseinandersetzen wollen, dann jedoch schwenken Sie im zweiten Teil Ihres Antrags um und gehen nur noch auf Bremen ein. Und mit diesem Teil möchte ich beginnen!

Sie fordern den Senat auf, in Ihrem Konzept auch die Gelder des Europäischen Strukturfonds mit ein-

zubeziehen. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass es Ihnen wohl nicht entgangen ist, dass dieser Haushalt erst diese Woche zustande gekommen ist und Frau Merkel auch nicht ganz unschuldig daran war.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Ach, Frau Merkel wieder! – Zuruf von der CDU: Es war ja aber absehbar!)

Auf der anderen Seite finde ich es aber ausgesprochen freundlich von Ihnen, dass Sie uns hier – –

(Zurufe von der CDU)

Möchten Sie zuhören oder nicht?

(Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Wenn es nicht Frau Merkel ist, dann war es der liebe Gott! Garantiert!)

Ja, genau! Ich finde es ausgesprochen freundlich von Ihnen, dass Sie uns hier die Gelegenheit geben zu verdeutlichen, was wir bereits tun, um die Probleme in Bremen zu lösen.

(Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Eigentlich wird alles gemacht! Es ist alles bestens!)

(D) Nehmen wir einmal das Beispiel der Werkschulen! Hier sind nicht nur Lehrerinnen und Lehrer für die Schülerinnen und Schüler zuständig, sondern es gibt ein Betreuungsteam, bestehend aus Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Lehrmeisterinnen und Lehrmeistern, die sich hier um die Schüler kümmern können. Außer der praktischen Arbeit in Projekten werden in allen Werkschulen auch Praktikumsplätze vermittelt. Dadurch wird den Schülerinnen und Schülern im Laufe von drei Jahren gezeigt, wo ihre Stärken und Schwächen liegen, und sie können eine Vorstellung davon entwickeln, was sie nach der Werkschule beruflich angehen wollen. Hier haben wir genau das geschaffen, was Sie fordern, nämlich Schülerinnen und Schülern, die sonst ohne einen Schulabschluss von der Schule gegangen wären, zu einem Abschluss zu verhelfen, und dazu erleichtern wir ihnen noch den Einstieg in das Berufsleben.

Vielleicht sollten Sie sich auch in Erinnerung rufen, dass wir bereits vor Jahren die Bremer Vereinbarung für Ausbildung abgeschlossen haben und daraus zahlreiche Projekte für Beratung, Hilfestellung und Qualifizierung für Jugendliche resultieren. Ich will Ihnen hier nur drei Beispiele nennen: die Berufseinstiegsbegleitung mit Inklusionsansatz, das Bremer Ausbildungsbüro, Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen in Bremen und Bremerhaven „Ausbildung – Bleib dran!“ Wie Sie sehen, machen wir bereits das, was Sie von uns fordern. Daher hätte es des Antrags an dieser Stelle gar nicht gebraucht.

(A) Nun komme ich zum ersten Teil Ihres Antrags, der sich auf die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bezieht! Ich muss schon sagen, ich finde es von Ihrer Seite ganz schön zynisch, überhaupt so etwas hier einzubringen.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Dreist von uns?)

Ja, genau! Die Europapolitik Ihrer Partei ist doch mit schuld an dieser ganzen Situation.

(Widerspruch bei der CDU)

Ja, klar! Sie tragen die drastische

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Ungern! –
Abg. D r . v o m B r u c h [CDU]: Nein,
macht eigentlich wenig Sinn ehrlicherweise!)

– darf ich weiterreden? – Sparpolitik mit, die die Arbeitslosigkeit in Südeuropa und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit hat explodieren lassen. Ihre Partei wehrt sich doch dagegen, ein Wachstumskonzept für Europa, das diesen Namen verdient, zu erstellen.

(Abg. Frau A h r e n s [CDU]: Frau Merkel ist schuld an der Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland?)

(B) Nur mit wirtschaftlichem Wachstum wird es gelingen, die Arbeitslosigkeit und damit auch die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu verringern. Sie dagegen fordern uns auf, dass wir hier in Bremen etwas tun, was Sie auf der Ebene verbockt haben.

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Meinen Sie das eigentlich ernst, was Sie da sagen?)

Wenn Sie sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt hätten, dann wäre es – –

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Glauben Sie das, was man Ihnen da aufgeschrieben hat?)

Das habe ich mir schon selber aufgeschrieben, keine Sorge!

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Das macht es nicht besser!)

Wenn Sie sich ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt hätten, dann wäre es dieser Thematik mit all ihren Problemen nur angemessen gewesen, es eigenständig zu behandeln. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Europa alarmierend hoch. Für die SPD ist klar, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Europapolitik höchste Priorität hat.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Sie glauben doch nicht wirklich, dass Bremen in der Lage ist, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen.

Ich hoffe darauf, dass Ihnen die Wichtigkeit dieses Themas in den Koalitionsverhandlungen jetzt klar wird. Die zukünftige Regierung könnte zum Beispiel dadurch ein Zeichen setzen, dass sie an hochrangiger Stelle einen eigenen Koordinator für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einsetzt. Dieser wäre nach innen die Schnittstelle zwischen den Initiativen der Fachressorts und nach außen der zentrale Ansprechpartner für die Regierungen der Krisenstaaten.

Ein wichtiger Baustein – darauf sind Sie vorhin auch schon einmal eingegangen – ist aber auch die Jugendgarantie, für die sich die SPD schon seit Jahren stark macht und die Sie inzwischen, nämlich erst seit den Verhandlungen um die europäischen Schuldenbremsen, für sich entdeckt haben. Hier geht es darum, dass Jugendliche innerhalb von vier Monaten einen Ausbildungsplatz, einen Job oder ein Praktikum bekommen.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluss! Die Jugendgarantie darf aber nicht bloß Symbolpolitik bleiben, sondern muss jungen Menschen eine reelle Chance bieten. Schnellstmöglich müssen die Gelder, die bislang zugesichert wurden, einsatzbereit sein. Daher kann ich nur unserem EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz beipflichten, der gesagt hat, dass es nicht akzeptabel sei, dass die heutige Generation junger Menschen die erste in Europa ist, die schlechtere Aussichten hat als ihre Eltern. – Danke!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Neddermann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Wirtschaftskrise trifft die Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit voller Härte. 8,3 Millionen Menschen unter 25 Jahren sind in der Europäischen Union ohne Arbeit oder Ausbildung. Europaweit liegt die Quote der Jugendarbeitslosigkeit bei 23,5 Prozent, in einigen Ländern ist mehr als jeder zweite junge Mensch arbeitslos. Angesichts dieser Zahlen ist schon von einer verlorenen Generation die Rede. Hier muss dringend gehandelt werden, vor allen Dingen auf europäischer Ebene.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Daher haben die Grünen im Europaparlament schon sehr früh die Idee der Jugendgarantie eingebracht, die das Recht eines jeden jungen Menschen in der EU sichern soll, nach einer Arbeitslosigkeit von maximal vier Monaten einen Aus- oder Weiterbildungsplatz, ein hochwertiges Praktikum oder eine Zusatzausbildung angeboten zu bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Später, als das Problem dann immer präsenter wurde, nahm die Kommission unseren Vorschlag auf, der dann letztendlich auch beschlossen wurde. Es ist nun von entscheidender Bedeutung, dass diese Garantie nun auch eingehalten wird. Gerade am Dienstag – es wurde heute schon erwähnt – gab es ein Treffen in Paris von Spitzenpolitikern, um über diese Jugendgarantie zu sprechen. Es wurde betont, wie wichtig diese sei, über eine entsprechende Ausfinanzierung wurde allerdings nicht gesprochen.

Damit die Jugendgarantie tatsächlich eingehalten werden kann, müssen die Investitionen in die Jugendgarantie ausgenommen werden von den nationalen und europäischen Sparplänen. Arbeitsförderung für Jugendliche ist eine Investition in die Zukunft, und hier darf eben halt nicht gespart werden.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Während in Südeuropa vielerorts schlichtweg die Arbeitsplätze fehlen, liegt in Deutschland das Problem eher in der hohen Quote der jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss oder qualifizierten Berufsabschluss, die schwierig in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Darum ist die Qualifizierung von jungen Menschen ein wesentlicher Bestandteil der rot-grünen Arbeitsmarktpolitik in Bremen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beispielsweise ist die Bremer Vereinbarung für Ausbildung und Fachkräftesicherung ein wichtiger Baustein, da werden nämlich genau die Probleme angegangen, die die CDU in ihrem Antrag beschreibt.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Wird alles gemacht!)

Die Sozialsenatorin hat für die nächste ESF-Mittelvergabe ebenfalls wieder Anmeldungen in diesem Bereich gestellt und legt damit einen Schwerpunkt auf berufliche Perspektiventwicklung und die Beratung zur beruflichen Orientierung für Mädchen und Frauen. Auch wird der Senat in seinem Haushaltsentwurf 2014 und 2015 Landesmittel für die Arbeitsmarktförderung veranschlagen, weil künftig weni-

ger Mittel des ESF zur Verfügung stehen, was an sich für Bremen schon sehr, sehr hart ist. (C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben der Qualifizierung der eigenen Jugend steht Bremen auch vor der Aufgabe, es jungen Menschen aus ganz Europa zu ermöglichen, hier eine Arbeit zu finden, um damit den zunehmenden Fachkräftebedarf abzufedern. Austauschprogramme nicht nur für Studierende, wie zum Beispiel das neu aufgestellte Erasmus+-Programm, sind geeignet, um Mobilität und Sprachkenntnisse zu verbessern und um ein europäisches Gemeinschaftsgefühl zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag der CDU beschreibt zwar korrekt die schwierige Situation junger Menschen in der EU, allerdings sind die meisten Beschlusspunkte, die Bremen betreffen, obsolet, weil schon vieles von dem Geforderten in Bremen gemacht wird oder zumindest derzeit angelaufen ist.

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Haben wir uns gedacht!)

An dem europäischen Mobilitätsportal EURES ist Bremen beispielsweise schon beteiligt. (D)

Außerdem sehen Sie in Ihrem Antrag die Mobilität als Allheilmittel gegen Jugendarbeitslosigkeit, ohne auf den wirtschaftlichen Niedergang in Südeuropa oder die Gefahr des Braindrain einzugehen. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abgesehen davon finde ich, dass gerade die CDU sich einmal an die eigene Nase fassen sollte,

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt es!)

anstatt auf die rot-grüne Koalition in Bremen zu zeigen. Die bisherige schwarz-gelbe Bundesregierung trägt nämlich mit ihrer Europapolitik,

(Zurufe von der CDU – Abg. Imhoff [CDU]: Ein bisschen spät!)

inklusive enormer Sparpläne, mit Sicherheit nicht dazu bei, die südlichen Krisenländer zu unterstützen. Setzen Sie sich doch bitte dafür ein, dass die Bundesregierung ihre Zusagen für ein europäisches Investitionsprogramm einhält!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Man darf bei dieser Debatte auch nicht außer Acht lassen, was der Zustand der Arbeitslosigkeit mit den Jugendlichen macht, was es mit dem Selbstwertgefühl der Jugendlichen macht; sie glauben, dass es etwas mit ihnen zu tun hat, dass sie arbeitslos sind, sie fühlen sich wertlos und ausgeschlossen. Natürlich hat es auch Auswirkungen auf die Lebensplanung, beispielsweise wird die Familiengründung aufgeschoben, womöglich stellt sich nie ein richtiges Sicherheitsgefühl ein.

Ich finde es bemerkenswert, dass es zu dieser Problematik keine lauten Proteste gibt – sie wären mit Sicherheit angebracht –, sondern dass sich diese Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit der Jugend eher still äußert, zum Beispiel durch die Wahl rechtspopulistischer Parteien, die den Frust junger Menschen bewusst ausnutzen, und das ist eben halt eine große Gefahr für Europa.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jugendliche brauchen eine gemeinsame europäische Strategie für Zukunftsinvestitionen und mehr Bildungs- und Teilhabechancen. Um Jugendarbeitslosigkeit wirksam zu begegnen, braucht Europa gezielte Konjunkturimpulse für Zukunftsbranchen in den Krisenstaaten sowie höhere Investitionen in Bildung und Wissenschaft. Hier muss die Bundesregierung endlich vorangehen; denn das ist ihre Aufgabe.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Es kann doch nicht sein, dass für Banken mit Billionen gebürgt wird, für arbeitslose Jugendliche in der gesamten EU aber nur bescheidene sechs Milliarden Euro bereitstehen. Eine verlorene Generation darf es weder im Inland noch in den EU-Partnerländern geben. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tuncel, Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Tuncel** (DIE LINKE*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier einen Antrag der CDU-Fraktion, der ein Konzept dafür fordert, wie die EU-Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Bremen eingesetzt werden sollen. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass es eine starke Zunahme von Jugendarbeitslosigkeit in der EU gibt. Dabei ist die Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien und Griechenland besonders hoch. Deutschland aber – jetzt zitiere ich aus Ihrem Antrag – „weist aufgrund der erfolgreichen Wirt-

schafts- und Arbeitsmarktpolitik der christlich-liberalen Koalition im Bund mit 5,6 Prozent (Juni 2013) die geringste Jugendarbeitslosenquote in der EU auf.“ Auch wenn Deutschland aktuell noch die geringste Jugendarbeitslosenquote aufweisen kann, würde ich gern wissen, wie Sie darauf kommen, dass dies der Verdienst der aktuellen Bundesregierung ist.

(C)

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Zudem würde ich gerne wissen, was genau Sie unter Ihrer erfolgreichen Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik verstehen. Außerdem erklären Sie uns in Ihrem Antrag nicht, wie Sie zu diesem Ergebnis gelangt sind. Aus der Perspektive meiner Fraktion sieht die ganze Sache etwas anders aus. Deutschland treibt die Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern mit seiner Europapolitik eher weiter hoch; mit der Ratenpolitik des Schuldendienstes, der Verweigerung gegenüber Eurobonds und Wachstumspaketen. Diese Politik würgt aus unserer Sicht die Wirtschaftsentwicklung ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Weiter leuchtet nicht ein, wieso wir jetzt Veranstaltungen zum Abwerben von Jugendlichen aus anderen EU-Ländern machen sollen. Besser wäre ein Recht auf Ausbildung in der ganzen EU. Es ist zwar richtig, dass die Schulabbrecherquote gesenkt werden muss, dazu machen Sie aber auch in Ihrem Antrag keinen brauchbaren Vorschlag.

(D)

Auch fragen wir uns: Wie ist es mit den Berufsabschlüssen? Die Ausbildungsplätzeunterversorgung ist das größte Problem. Auch hier gibt es keinen Vorschlag für Maßnahmen in Ihrem Antrag. Weder möchten wir weiter eine Generation „Praktikum“ fördern noch wünschen wir uns mehr Orientierung der Berufsberatung an den unmittelbaren Interessen der lokalen Industrie. Wenn sich die CDU für mehr Beratungsangebote einsetzen möchte, insbesondere für migrierte Jugendliche, dann setzen Sie sich doch mit uns für den Erhalt der Jugendkompetenzagentur ein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Da meine Fraktion viele gute Gründe hat, an der Arbeitsmarktpolitik und auch an der Wirtschaftspolitik der CDU zu zweifeln, können wir diesem Antrag so nicht zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Günthner.

Senator Günthner*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines ist ja bei der De-

(A) batte schon erstaunlich. Wie man den Versuch unternehmen kann, so zu tun, als ließen sich die Probleme innerhalb der Europäischen Union dadurch lösen, dass man nur die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, und dabei außer Acht lässt, wie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Ländern mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit sind und worin diese Rahmenbedingungen überhaupt liegen, ist schon einigermaßen bemerkenswert.

Und wenn – auch das finde ich bemerkenswert – auf die Bemerkung der Abgeordneten Frau Mahnke, dass man in den Ländern mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union, insbesondere in Südosteuropa, Wachstum und Wachstumsstrategien braucht, sich die CDU-Fraktion darüber mehr oder weniger amüsiert zeigt, will ich Sie daran erinnern, dass das bisher immer Ihre Haltung gewesen ist, wenn es darum geht, zu beschreiben, woher wir in Deutschland die wirtschaftliche Stärke haben und woher wir die niedrige Quote im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit haben, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben.

Deswegen gehört zu der Frage der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur die Frage, wie man es schaffen kann, junge Menschen aus Ländern wie Spanien, Portugal, Griechenland nach Bremen zu bekommen. Wenn Sie bei den Organisationen, die in Bremen in dem Bereich –. Der Punkt ist ja nicht, dass wir alles das schon machen, sondern Sie rennen bei den meisten Punkten offene Türen ein.

(B) Schauen Sie sich beispielsweise an, dass im Rahmen der „Bremer Vereinbarungen für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ die Handwerkskammer und die Handelskammer Bremen bereits eng mit der Arbeitsagentur Bremen/Bremerhaven beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag kooperieren, um das Bundessonderprogramm zur Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa mit voranzubringen. Schauen Sie sich an, dass die Handelskammer Bremen im Rahmen der Bundesinitiative „Berufliche Bildung stärken – europäische Jugendarbeitslosigkeit senken“ ein Bildungsexportprojekt aufgelegt hat, mit dem versucht werden soll, südeuropäischen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz in Bremen zu vermitteln. Schauen Sie sich an, welche Willkommenskultur es heute schon an Hochschulen, Instituten und Einrichtungen in Bremen gibt. Das alles sind Bausteine, die natürlich dazu beitragen können, einen Teil insbesondere des Fachkräftebedarfs, den wir in der Zukunft für Deutschland sehen und für Bremen sehen, mit aus dem Pool, den wir in Europa haben, zu lösen.

Aber gleichzeitig ist doch völlig klar: Wenn man nicht strukturell in den Ländern Südosteuropas an die Probleme fehlenden Wachstums, hoher Arbeitslosigkeit, fehlender industrieller Strukturen, fehlender Ar-

beitsmarktstrukturen herangeht, wird es uns nicht gelingen, die Probleme dort grundlegend zu lösen.

(C)

Die in weiten Teilen ohnehin schon fortgeschrittene Deindustrialisierung wird am Ende durch eine reine Sparpolitik und eine reine Ausgabenbegrenzungspolitik in diesen Ländern natürlich noch weiter vorangetrieben, damit wird die Jugendarbeitslosigkeit weiter forciert. Deswegen ist es notwendig, zu anderen Konzepten auf der europäischen Ebene zu kommen

(Beifall bei der SPD)

und zu anderen Konzepten auch im Zusammenspiel mit den Ländern in Südosteuropa zu kommen, weil Sie am Ende die Jugendarbeitslosigkeit – das muss man doch, auch wenn man konservativ ist, in diesem Land zur Kenntnis nehmen – nicht wegsparen können, sondern Sie werden die Jugendarbeitslosigkeit dadurch bekämpfen können, dass Sie über das, was wir gerade auch in diesem Land an Ausbildungs-Know-how aufgebaut haben, was gerade die Kammern auch versuchen, in diese Länder mitzutransferieren, einen wichtigen Beitrag leisten, aber Sie werden es am Ende nur hinbekommen, wenn Sie Wirtschaftswachstum erzeugen, wenn Sie dafür sorgen, dass es Arbeitsplätze in Unternehmen gibt, die dann auch von diesen jungen Menschen besetzt werden können. Insofern greift Ihr Antrag in weiten Teilen zu kurz, er schrammt maximal an der Oberfläche des Problems. Insofern ist dem zu folgen, was die Koalitionsfraktionen hier auch schon vorgetragen haben, dass Ihr Antrag abzulehnen ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1019 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BIW)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(A) **„Pflege braucht ein Gesicht“ – Pflegebeauftragten einsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. August 2013
(Drucksache 18/1020)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bensch, CDU-Fraktion.

Abg. **Bensch** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der letzte Tag der Plenarwoche, die letzte Stunde hat geschlagen, aber nur für uns, nicht für Sigmar Gabriel, der jetzt in diesen Minuten bei der SPD vielleicht gewählt oder wieder gewählt wird. Meine Damen und Herren, alles guckt nach Leipzig, und wenn man heute hier die eine oder andere Debatte verfolgt hat, hat man auch den Eindruck bekommen, dass manch ein politisch inhaltlicher Punkt nicht so ernst genommen wurde, wie es eigentlich geboten wäre, und so bitte ich jetzt zum Ende des Tages noch einmal um Ihre Aufmerksamkeit.

Wir als Bremer CDU wollen konkret die Situation der Pflege in Bremen verbessern. Das haben wir hier schon oft durch zahlreiche Anträge bis hin zum Antrag auf Einrichtung einer Pflegekammer, die Sie ja abgelehnt haben, bewiesen. Dieses Mal wollen wir etwas ganz Neues anbieten, nämlich das, was im Saarland sehr erfolgreich gestartet ist, nämlich einen Pflegebeauftragten, der durch das Parlament für die Dauer der Legislaturperiode bestellt wird. Wir fordern Sie dazu auf, diesen Weg mitzugehen, Pflege ein Gesicht zu geben, einen Pflegebeauftragten einzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte Sie jetzt fragen: Was hat denn die Große Koalition im Saarland gemacht? Wer ist eigentlich derjenige, der jetzt dort der Pflegebeauftragte ist? Es ist ein 66-jähriger ehemaliger Sozialrichter, parteilos, der ganz viel Erfahrung hat, der auch schon einmal eine Sozialstation geleitet hat und der genau weiß, wie die Probleme vor Ort aussehen. Er hat ein Bürgertelefon eingerichtet, man kann sich ganz schnell und unbürokratisch melden. Er bekommt, da er nur eine Aufwandsentschädigung bekommt, und zwar in Höhe von 1 000 Euro, Hilfe vom Sozialministerium. Also er bekommt eine kleine Unterstützung des dortigen Referates. Das heißt, er kann darauf Zugriff nehmen, wenn er es braucht, und wenn er es nicht braucht, dann ist er völlig frei und unabhängig. So etwas wollen wir auch hier in Bremen, meine Damen und Herren. Es ist sozusagen keine teure Lösung, es ist eine schnelle, eine unbürokratische Lösung. Wir bitten Sie, diesen Weg mitzugehen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Meine Damen und Herren, Anlass im Saarland war, dass dort in einer Senioreneinrichtung angeblich mehrere Pfleger Gewalt ausgeübt haben, und zwar sehr starke Gewalt gegenüber älteren Menschen ausgeübt haben. Wir in Bremen – wir erinnern uns – haben hier im Zusammenhang mit einem Fall, in dem ein Angehöriger Filmaufnahmen gemacht hat, in dem gegenüber einer Seniorin in einer Einrichtung Gewalt ausgeübt wurde, alle unsere Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Wir alle sind uns einig: Wir wollen, dass Gewalt in der Pflege beseitigt wird, bekämpft wird, und dazu muss uns eigentlich jedes Mittel recht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Von daher wollen wir hier nichts Großes, Neues, Institutionelles schaffen, sondern wir wollen eine kleine Stelle einrichten, und wir bitten Sie, heute wirklich einmal darüber nachzudenken, Ihre allseits bekannte Antragsallergie gegenüber den guten Ideen der CDU aufzugeben und den Weg zur Einsetzung eines Pflegebeauftragten mitzugehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(B)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(D)

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Bensch, Sie haben uns hier einen Antrag vorgelegt, der zum Ziel hat, einen Pflegebeauftragten einzusetzen. Wir haben lange über Ihren Antrag nachgedacht,

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Wir auch!)

uns auch damit auseinandergesetzt und uns auch viele Fragen gestellt. Fangen wir an mit der Frage: Warum? Sie weisen zu Recht darauf hin, dass es in Zukunft einen zunehmenden Pflegebedarf gibt, auch im Land Bremen. Das ist nicht neu, aber richtig. Auf diese Entwicklung muss sich auch das Land Bremen vorbereiten, und es muss kontinuierlich an der Verbesserung der bestehenden Instrumente arbeiten. Richtig, das machen wir bereits.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Seit Jahren bearbeiten wir dieses Thema in all den verschiedenen Facetten. Ich nenne hier nur ein paar Stichworte: Aufsuchende Altenarbeit, Unterstützungsangebote, Beratungsangebote. Wir haben die Pflegestützpunkte, wir haben die Dienstleistungszentren,

(A) wir arbeiten an „ambulant vor stationär“ und an neuen Wohnformen. Pflegebedürftigkeit und Pflege gehören zu einer Gesellschaft des langen Lebens; das ist richtig. Deshalb ist es für uns wichtig, dass es in alle Politikfelder gehört. Für uns ist es wichtig, unter den Punkten Selbstbestimmung, Selbstständigkeit, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in einer selbst gewählten Umgebung. Das Recht auf die Achtung der Würde gehört auf allen Ebenen dazu. Ich denke, da sind wir d'accord.

Wir haben hier in Bremen den Landespflegeausschuss, der sich mit vielen Themen im Bereich der Pflege beschäftigt, fast mit allen relevanten Themen. Auch in den Ressorts wird das Thema bearbeitet, nicht nur abgearbeitet, sondern auch zukunftsorientiert bearbeitet. Dabei werden das Wissen und das Know-how von Pflegewissenschaft, die wir ja im Land Bremen haben, und auch der Pflegetätigen genutzt. Dieser ständige Informationsaustausch findet jetzt schon statt, und die von Ihnen geforderte Pflegekonferenz ist in unseren Augen eine Doppelstruktur, die nicht sinnvoll ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was ist denn dringend notwendig, um die Situation von Pflege und besonders die Situation von denen, die zu pflegen sind, zu verbessern? Da ist als erstes der Pflegebedürftigkeitsbegriff, der endlich eine gesetzliche Grundlage haben muss. Sie nicken. Wieder Übereinstimmung. Die Pflegeversicherung muss zukunftssicher gemacht werden. Sie wissen, dass wir da eine Bürgerversicherung wollen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Zuruf)

Ja, egal, aber bei „zukunftssicher“ stimmen Sie mit mir überein. Das Jahr der Pflege ist ja schon – wann war das? – vor eineinhalb Jahren ausgerufen worden.

(Zuruf)

Es ist vorbei, genau. Danach wurde sich wieder hingelegt. Die Diagnose war klar, Therapie gab es nicht.

Gut, jetzt haben Sie die nächste Chance! Ich denke, wir betrachten dann auch einmal den Bereich der in der Pflege Tätigen. Auch das ist ein wichtiger Bereich. Die in der Pflege Tätigen sind vor Monaten auf die Straße gegangen und haben deutlich gemacht, dass Pflege am Limit ist. Wir unterstützen diese Aktion ausdrücklich. Wir sind für eine bessere personelle Ausstattung und mehr Zeit für die Pflegenden. Damit kommen wir wieder zur Finanzierung, darauf gehe ich jetzt nicht länger ein.

Was haben wir hier in Bremen getan? Wir haben die Bremer Pflegeinitiative gegen den Fachkräftemangel.

gel. Die erste Bilanz ist jetzt nach einem Jahr gezogen worden und durchaus positiv von denjenigen, die darin sind. „Wir haben bereits viel erreicht“, so war die Botschaft vor ein paar Wochen. Es ist die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege erhöht worden. Die Ausbildung in der ambulanten Pflege ist ermöglicht worden. Es reicht Ihnen nicht, es ist aber erhöht worden.

(C)

Folgende Themen werden noch in der Arbeitsgruppe bearbeitet: Rahmenbedingungen und Finanzierung der Pflege, Nachwuchssicherung, Entwicklung und Bildung und auch die Werbung für diesen Beruf.

Sagen Sie einmal: Wie passt denn Ihr Pflegebeauftragter da hinein? Er kann natürlich dabei mitmachen, das ist klar. Bloß: Was macht das für einen Sinn? Wir halten das für eine Doppelstruktur.

Sie thematisieren in Ihrem Antrag auch noch das Thema Gewalt. Ich glaube, da sind wir uns auch einig: Wir müssen alles dafür tun, dass Gewalt in der Pflege nicht vorkommt, und dafür auch Bedingungen schaffen, die dem präventiv entgegenwirken.

(Glocke)

Wir haben das Thema mehrmals hier in der Bürgerschaft behandelt. Sie haben im Mai abgefragt, was sich alles getan hat.

(Zuruf)

Sie sorgen sich um meine Zeit, wie niedlich! Von daher wiederhole ich das nicht. Von daher will ich noch mal sagen: Wir sehen keine Notwendigkeit, so einen Pflegebeauftragten hier einzusetzen.

(D)

(Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Ich denke, Sie machen ihn schon! Machen Sie ihn oder machen Sie ihn nicht?)

Präsident Weber: Frau Hoch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bensch?

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja!

Abg. **Bensch** (CDU): Frau Kollegin Hoch, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass – bei der jüngsten Pflegefachkonferenz, die am Klinikum Bremen-Mitte stattfand, war ich übrigens den ganzen Tag dabei – die Pflegenden a) eine Selbstverwaltung wollen – sprich: Pflegekammer – und dass sie b) auch einen Pflegebeauftragten wollen? Wenn Sie davon Kenntnis hätten, hätten Sie das in Ihren Beiträgen zumindest auch einmal würdigen müssen, denn Sie erwecken ja den Anschein, dass alles gut ist, wie es ist, und dass keine Veränderung gewünscht wird. Die Veränderung wird von den Pflegenden gewünscht, und dass muss hier noch einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

(A) Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen): Das nehme ich auch zur Kenntnis.

(Abg. Frau **A h r e n s** [CDU]: Aber das interessiert Sie nicht!)

Das haben sie ja auch in ihrer Demonstration „Pflege am Limit“ gezeigt. Wir werden gucken, wie die Befragungen in Schleswig-Holstein und in Hamburg zur Pflegekammer laufen. Das werden wir angucken.

Ich habe auch die Punkte aufgezeigt, die im Prozess verändert werden müssen. Ich denke, dass dieser Pflegebeauftragte auch in der Struktur, die Sie wollen, das gar nicht machen kann. Ein ehrenamtlich Tätiger mit einer geringen Aufwandsentschädigung, und dann noch als Impulsgeber für die Pflege – Herr Bensch, einen solchen Menschen gibt es leider nicht. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma, SPD-Fraktion.

(B) Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Pflege beschäftigt uns intensiv auch als SPD-Fraktion. Im Bund kann man das jetzt bei den Koalitionsverhandlungen sehen: Wir bringen die Anträge rein, wir wollen Mindestbedingungen haben. Wir wollen zum Beispiel eine bessere Finanzierung in diesem Bereich. Das sind für uns ganz wichtige Rahmenbedingungen. Da ist unter Schwarz-Gelb in vier Jahren nichts passiert, es wurde geschlafen. Wie gesagt, wir wollen zum Beispiel eine Bürgerversicherung.

(Beifall bei der SPD)

Denn die privaten Pflegeversicherungen bringen nicht mehr Leistung als die gesetzliche, die haben nur hohe Rücklagen, die Anlagemöglichkeiten suchen, und gerade in dieser Niedrigzinsphase wäre es doch richtig, wenn sie integriert würden in die gesetzliche Pflegeversicherung.

Ein weiterer Punkt: Demnächst haben wir Buß- und Bettag.

(Abg. **D r . K o r o l** [BIW]: Mittwoch!)

Der ist sonst ein Feiertag gewesen. Hier haben die Arbeitnehmer eine Anschubfinanzierung gegeben für die Pflegeversicherung. Warum kann man nicht darüber nachdenken, dass wir den Buß- und Bettag wieder einführen?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Geben wir den Arbeitnehmern die Produktivität zurück, die sie in den Jahren erwirtschaftet haben, so wie es bei Porsche gegenwärtig der Fall ist!

(C)

(Beifall bei der SPD)

Also von daher, das wären Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Berlin zu stärken.

Was jetzt zu den Pflegebeauftragten zu sagen ist, Herr Bensch: Also, die Forderung gab es auch im Saarland. Hier wurde einer eingerichtet. Es war zwar eine andere Person vorgesehen, weil 1 000 Euro zu wenig für die ausgesuchte Person waren. Danach hat man verzweifelt jemand anderen gesucht. Jetzt gibt es einen ehrenamtlichen ehemaligen Sozialrichter, der das für 1 000 Euro Aufwandsentschädigung macht. Aber Sie müssen auch sagen, er muss die Aufgaben des Behindertenbeauftragten und auch für Gesundheit, also die des Patientenbeauftragten, erledigen. Für diese Gebiete haben wir ja hier Beauftragte. Ich weiß nicht, wohin wir noch überall mit den Beauftragten sollen. In Ihrem Antrag schreiben Sie: Er soll eine angemessene Vergütung kriegen, er soll Arbeitskräfte erhalten, er soll Räumlichkeiten bekommen. Von daher ist das nicht ganz richtig, was Sie hier jetzt verbal geäußert haben und was in Ihrem Antrag steht.

Ich glaube, wir haben in Bremen genug Unterstützungsmöglichkeiten, was die Pflege anbetrifft. Es gab auch das Monitoring der Pflegeinitiativen. Dort habe ich Sie auch nicht gesehen, bei der Arbeitnehmerkammer, da gab es den ganzen Tag Diskussionen, wie wir die Pflege verbessern. Es gibt das Forum „Gewalt in der Pflege“, das trifft sich auch alle drei Monate. Wir haben ein wunderbares Wohn- und Betreuungsgesetz, wonach man Beschwerden an die Behörde richten kann, an die Heimaufsicht, an die Heimleitungen. Das wird ermöglicht. Es gibt Heimbeiräte und, und, und. Ich finde, hier haben wir doch ein weites Feld, wo man tätig werden kann, ohne dass man jetzt noch eine zusätzliche Institution schafft.

(D)

Deshalb bin ich der Meinung – das ist auch die Auffassung meiner Fraktion –, wir sollten Ihren Antrag ablehnen, und wir sollten vielleicht auch als Abgeordnete aktiv ehrenamtlich tätig werden im Pflegebereich. Ich glaube, da haben wir mehr gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Einen Pflegebeauftragten für das Land Bremen – auch wenn Herr Bensch sich jetzt hier sehr angestrengt hat – möchten wir nicht.

(Abg. **B e n s c h** [CDU]: Sie möchten es nicht!)

- (A) Auch ich halte das für eine Kunstfigur, die uns nicht weiterhilft. Herr Bensch, wir haben das Thema „Gewalt in der Pflege“ ausführlich in der Deputation behandelt. Wir haben uns jetzt auch noch einmal im Rahmen der Bremer Pflegeinitiative und auch noch einmal bei der Auswertung auseinandergesetzt. Was ist alles in der letzten Zeit passiert, und welche Richtung können wir der Bremer Pflegeinitiative noch geben? Da haben wir – so sage ich einmal – unter dem Strich festgestellt: Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Da habe ich die Entscheidung getroffen, dass wir diese aufstocken. Das ist eine wichtige Entscheidung.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Wir haben aber allerlei Gremien und Vertretungen sowie die Bremer Seniorenvertretung, wo sich 80 Delegierte um die Bedürfnisse und Bedarfe auch von Pflegebedürftigen kümmern, die Ansprechpartner sind, die wir auch nicht durch einen Pflegebeauftragten ersetzen können. Wir haben Gremien noch und nöcher. Ich glaube, es hilft uns auch nicht immer, wenn wir da noch etwas draufpacken. Es geht darum, das zu optimieren. Ich will gerne mit Ihnen daran arbeiten, dass wir diese Gremien, die wir haben, vielleicht noch besser aufstellen, bekannter machen. Aber jetzt nicht wieder einen zusätzlichen Beauftragten! Ich glaube, das hilft bei dem Thema auch nicht weiter.
- (B) Wir haben in Bremen auch – bundesweit gibt es wenig Vergleichbares – Beratungsstellen wie „kom.fort“ und wie das DIKS, die speziell auch Angehörige von Demenzkranken beraten. Das sind alles gute Strukturen. Die „Help-Line“ als Telefonberatung ist in Bremen auch bekannt. Wir geben auch eine Broschüre heraus. Wenn wir sie verkaufen würden, könnten wir vielleicht noch Geld verdienen. Ich gucke mal eben nach oben, da sitzt Klaus Kranke aus meinem Resort. Ich glaube, dass wir bei dem Thema gut aufgestellt sind. Wir haben die Heimaufsicht personell aufgestockt und haben jetzt in den letzten zwölf Monaten in dem Bereich richtig was gemacht. Wir haben offiziell auch noch einmal für einen Preis geworben, da hat Friedehorst gewonnen, da ging es um das Thema „Gewalt in der Pflege“. Dort sind Handreichungen entwickelt worden. Ich glaube, das Thema ist in Bremen angekommen, es ist bekannt, und wir brauchen keinen Pflegebeauftragten. – Danke schön!
- (C) (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/1020 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür CDU und BIW)
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- (D) Das war der letzte Tagesordnungspunkt für heute.
- Sehr geehrte Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen nicht zu arbeitsreichen Abend. Ich schließe die Sitzung, und wir sehen uns im Dezember wieder.
- (Schluss der Sitzung 17.56 Uhr)
- Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

